



Politische Berichte

Nummer 21 / 14. Jahrgang

7. Oktober 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Frontal gegen Gewerkschaften

Gesamtmetall-Arbeitgeber kündigen Lohn- und Urlaubstarife

Der Vorstand der Arbeitgeberverbände der Metallindustrie (Gesamtmetall) hat bekanntgegeben, daß die regionalen Mitgliedsverbände die zum Jahresende kündbaren Tarifverträge über Lohn, Gehalt, Ausbildungsvergütungen und Urlaubsbedingungen kündigen werden. „Kein einziges Prozent Lohnerhöhung und somit auch keinen Preisausgleich“, gibt DIHT-Präsident Stihl für die Lohnseite vor. Beim Urlaubstarifvertrag geht es um die Urlaubsdauer (sechs Wochen für alle Arbeitnehmer), die Lohnzahlung während des Urlaubs und das Urlaubsgeld in Höhe von 50 % des Lohnes während der Urlaubsdauer. Gesamtmetall will damit nun eindeutig die „Wende in der Tarifpolitik“ herbeiführen. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dr. Kirchner dazu: „Der Artikel 9 des Grundgesetzes ‚Der Besitzstand ist unter allen Umständen zu wahren‘ kann künftig zumindest in diesem Bereich der deutschen Industrie“, gemeint ist der Metallsektor, „keine Geltung mehr haben“. Verarmung durch Arbeit glaubt Gesamtmetall als Tarifprinzip durchsetzen zu können.

Mit der Attacke auf den Urlaubstarif will Dr. Kirchner die Debatte über „Personalkostenentlastung“ „einleiten und zu Ergebnissen“ führen. Vor allem Urlaubsgeld und -dauer sollen gesenkt werden. Im Visier sind darüber hinaus aber alle tarifierten Regelungen außerhalb des Entgelttarifes, z.B. Schichtzulagen, Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“), Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeitregelungen usw. usw.

Seit über zehn Jahren gelten sechs Wochen Urlaub, seit über 20 Jahren gibt es das Urlaubsgeld. Diese Regelungen sind als Ausgleich für die unerhört gestiegene Arbeitsintensität erkämpft worden. Ein Zurückdrehen spekuliert auf den ergiebigen Arbeitsmarkt und zu erwartende leichtere Kündbarkeit für verschlissene Beschäftigte. Die Urlaubsregelungen waren in der betrieblichen Debatte außerhalb jeder Vorstellung, wieder revidiert werden zu können. Sie galten, anders als die Arbeitszeitverkürzung, als fester sozialer Anspruch.

Parallel zu der tarifpolitischen Rückschrittsstrategie weist das jetzt favorisierte Blümsche Finanzierungsmodell

der Pflegeversicherung auf die Untergrabung eines weiteren wichtigen Bestandteils der BRD-Arbeits- und Sozialbeziehungen. Die Lohnzahlung an den durchschnittlich neun bundeseinheitlichen Feiertagen soll um 20 Prozent gekürzt werden. Die Arbeitnehmer würden die Pflegeversicherung damit faktisch allein finanzieren, der Beginn des Ausstiegs aus der Beitragspflicht der Arbeitgeber zur Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung) wäre gelegt. Statt Kürzung der Feiertagsentlohnung soll der Arbeitnehmer auch auf zwei Urlaubstage im Jahr verzichten können.

Die Kündigung des Urlaubstarifs durch die Kapitalisten mag auch den Sinn haben, dies tarifrechtlich zu ermöglichen. Hinzu kommt auf dem Feld der sozialen Sicherung die mittlerweile nicht mehr überschaubare Fülle kürzender Vorschriften bei Arbeitslosigkeit, bezüglich Sozialhilfe bis zur Neumarkierung, was Menschen als überlebensfähig zugebilligt wird am Beispiel der Leistungsregelungen für Asylbewerber.

Ebenfalls zersetzen sich langgewohnte betriebliche Arbeitsbeziehungen. Auf breiter Fläche wurden und werden tarifliche Lohnerhöhungen auf betriebliche Zulagen angerechnet. Betriebsvereinbarungen über „betriebliche Sozialleistungen“ wie zusätzliches Weihnachtsgeld, Schichtzulagen, Altersversorgung oder Verpflegungszuschuß streichen die Unternehmen gerade in zigfacher Millionenhöhe zusammen. Gewerkschaftliche Reformhoffnungen, begründet auf den

Mehr als ein Geldkonflikt

Bedeutungszuwachs der Facharbeit im Zuge neuer Produktionsmodelle, zerstoben an der Zerrüttung sozialstaatlicher Grundfesten. Dr. Gotscholl, Präsident von Gesamtmetall, sieht mit der Kündigung des Urlaubstarifs gleichzeitig einen Weg, teure Lohnzusatzkosten in leistungsorientierte Bezahlung umzusetzen. Dem Griff ins Portemonnaie und der Anspannung der Leistungsschraube soll mit Aufstieg in der betrieblichen Hierarchie zu entkommen sein. Das Zusammenschweißen einer Belegschafts-élite als zu allem bereiten Corps soll die soziale Basis für den antigewerkschaftlichen Angriff abgeben. Als politische Instrumente wird sich Gesamtmetall kaum mit der Aussperrungsmöglichkeit beim Arbeitskampf begnügen. Nicht umsonst beruft sich Dr. Kirchner auf einen „Notstand“, in dem sich Gesamtmetalls Mitgliedsfirmen befänden.

Zu Recht bewertet IG Metall-Vorsitzender Zwickel das Vorgehen Gesamtmetalls als „Frontalangriff auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung“ und spricht sein Stellvertreter Riester von der Verteidigung des Sozialstaats. Der anstehende Konflikt ist bereits in hohem Maße politisiert. Ohne gesellschaftliche Bewegung, die die Arbeits- und Obdachlosen einbezieht, die die Folgen für die europäische Gewerkschaftsbewegung darstellt, ohne Aufwerfen der Frage, wie der Markt- und Kostenlogik, wie der Standortpolitik entgegengetreten werden kann, scheint eine erfolgreiche Abwehr von Gesamtmetalls Übergriffen fraglich. Die Mobilisierung für die gewerkschaftlichen Gegenwehraktionen ist gut. Viele spüren, daß da mehr als ein Geldkonflikt im Anzug ist. Die gewerkschaftlichen Aktionen brauchen aktive Unterstützung.

Quellen: Handelsblatt, versch. Ausg. — (gka)



Essen, 20.9.: Deutsche Postgewerkschaft demonstriert gegen Sozialabbau.

Meist wird die Pflege schlechter

Arbeitsminister Blüm behauptet, die Verabschiedung des neuen Pflegegesetzes sei ein Gebot der Menschlichkeit, was auch ein größeres Opfer wert sei.

In der Öffentlichkeit wird damit der Eindruck erweckt, daß die großen Probleme der Pflegebedürftigen nun endlich einer humanen Lösung zugeführt würden, was nicht stimmt. Hier zunächst nur die wichtigsten Verschlechterungen.

Die allermeisten Pflegebedürftigen, die derzeit Sozialhilfe beziehen, das sind etwa 600 000 Personen, sind auch in Zukunft darauf angewiesen. Die durchschnittliche Versichertenrente liegt derzeit bei 1 200 DM (für Frauen rund 750 DM, für Männer rund 1 700 DM) im Monat. Die Leistungen der Pflegeversicherung sollen nach dem jetzt im Bundestag verabschiedeten Gesetz höchstens 2 100 DM monatlich für stationäre Pflege betragen, wobei die Kosten für Unterbringung und Verpflegung persönlich zu tragen sind. Für die häusliche Versorgung sollen maximal 1 200 DM bezahlt werden, wenn rund um die Uhr Betreuung notwendig ist. Die tatsächlichen Heimkosten und die tatsächlichen Kosten für die häusliche Pflege liegen weit darüber, so daß die Abhängigkeit von der Sozialhilfe bleibt.

Leichtere Pflegefälle, die bisher von der Sozialhilfe unterstützt wurden, bekommen nach dem neuen Gesetz künftig gar nichts mehr. Die Zahlungen der

Pflegeversicherung beginnen erst, wenn erhebliche Pflegebedürftigkeit vorliegt: „Pflegebedürftige der Pflegestufe I (erheblich Pflegebedürftige) sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.“ (§ 13, Abs. 1,1)

Wer weniger Hilfe braucht, vielleicht nur zweimal in der Woche Hilfe im Haushalt zum Einkaufen, Saubermachen und Waschen und einmal Hilfe

Blüms Pflegegesetz

beim Baden, was bisher bei niedriger Rente das Sozialamt bezahlt, soll keine Unterstützung mehr bekommen.

Bisher wird auch die Aufnahme älterer Personen in ein Altenheim von der Sozialhilfe bezuschußt, wenn die häusliche Versorgung über die Kräfte geht, Pflegebedürftigkeit aber nicht vorliegt. Im Altenheim wird nur für Unterbringung und Verpflegung gesorgt. In einem Heim in Hamburg kostet das z.B. rund 2 500 DM, was laut Gesetz in Zukunft selber bezahlt werden soll.

Die Pflegekassen zahlen auf Antrag. „Die Pflegekassen haben durch den Medizinischen Dienst der Krankenver-

sicherung prüfen zu lassen, ob die Voraussetzungen der Pflegebedürftigkeit erfüllt sind und welche Stufe der Pflegebedürftigkeit vorliegt.“ (§ 16) Bisher konnte der Hausarzt die Notwendigkeit von häuslicher Hilfe oder von Aufnahme in ein Alten- bzw. Pflegeheim bescheinigen.

Viele Kommunen sind Träger von Pflegeeinrichtungen, und die Investitionen werden aus dem Haushalt bezahlt. Nach dem neuen Gesetz sind auch diese aus dem Pflegesatz aufzubringen.

Für die besser gestellten Pflegebedürftigen und deren Angehörige tritt eine gewisse Entspannung ein. Bisher mußten sie ihr Vermögen verbrauchen, bzw. die Angehörigen mußten für die Pflegekosten aufkommen. Sie sparen bei der höchsten Pflegestufe etwa 25 000 DM im Jahr. Darüber regeln sich die Kapitalisten ganz besonders auf, unter Hinweis auf rund 100 Mrd. DM, die jährlich vererbt würden. Es könnte ja sein, daß der Teil der Belagschaften, der z.B. ein Häuschen erbt, sich den Konzerninteressen nicht ganz und gar mit Haut und Haar verschreiben muß.

Insgesamt führt das im Bundestag von den Regierungsparteien verabschiedete Pflegegesetz, würde es in Kraft treten, zu einer Verschlechterung der Lage der Pflegebedürftigen, in erster Linie für die mit niedrigen Renten, und zu einer Verschlechterung für die Lohnabhängigen. — (sul)

BAW verfolgt Kritik erneut mit Ermittlungsverfahren

Erneut ist das im GNN-Verlag erscheinende *Angehörigen Info* von mehreren Ermittlungsverfahren gegen presserechtlich Verantwortliche betroffen, wieder wurden die Verfahren von der Bundesanwaltschaft eingeleitet. Die unvorhersehbaren und unbegründeten Verfahren betreffen das *Angehörigen Info* 115 und 118 (§ 90a) sowie 117 und 122 (§ 129a). Als Staatsverleumdung (§ 90a) soll jetzt nach dem Willen der für die Haftbedingungen der politischen Gefangenen verantwortlichen Bundesanwaltschaft die ausführlich begründete Kritik eben dieser Bedingungen als z.B. „Sondermaßnahmen“ (*Info* 115) unterdrückt werden. Als „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ will die BAW die Dokumentation der Erklärungen der RAF zu den Anschlägen auf Kroesen, Haig und Ramstein aus den Jahren 1979/81 verfolgen lassen, die im jüngsten Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeyer durch das Gericht verlesen wur-

den. Die neue Verfolgungswelle fällt in einen Zeitraum, in der verschiedene verantwortliche Behörden bemüht sind, die Taten von GSG9-Beamten in Bad Kleinen zu vertuschen. — (sec)

Aktion gegen Totalisolation von Birgit Hogefeld

Angehörige der politischen Gefangenen führten am 2.10. eine Kundgebung vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe durch. Sie forderten in einem Schreiben an den zuständigen Ermittlungsrichter Beyer: „Aufgrund des Beschlusses des Bundesgerichtshofs ist Birgit Hogefeld seit ihrer Festnahme der Totalisolation unterworfen ... Auch Sie wissen, daß Isolationshaft zu schweren gesundheitlichen Schäden führt ... Wir fordern deshalb heute von Ihnen: 1. Sofortige Aufhebung der Totalisolation von Birgit Hogefeld! 2. Rückverlegung nach Preungesheim in die Nähe der Familie und der Anwälte und Zusammenkommen mit den politischen Gefangenen Gabi Hanka, Sigrid Happe und Eva Hau-

le! 3. Umfassende medizinische Versorgung — aktuell Versorgung mit Kontaktlinsen und Brille! 4. Uneingeschränkte Kommunikation nach draußen und zu allen Gefangenen im gleichen oder in anderen Gefängnissen!“ — (rub)

Passau: Protest gegen DVU-Parteitag

Seit elf Jahren führt die DVU ihren Bundesparteitag in Passau durch. Die Stadt hat alle dagegen angestregten 33 Verfahren verloren. Dieses Jahr hat ein breites Bündnis (u.a. Stadt, Kirchen, Gewerkschaften, CSU, FDP, SPD, autonome Gruppen) zu Gegendemonstrationen und Aktionstagen aufgerufen, an denen sich weit mehr als 3 000 Personen beteiligten. Das Bürgermanifest „Passau gegen DVU — Rechtsextremismus nicht mit uns“ wurde von 10 000 unterschrieben. Zur DVU-Veranstaltung kamen rund 2 000 Teilnehmer, halb soviel wie letztes Jahr. Die Polizei nahm im Vorfeld bei Straßensperren 57 Personen in Gewahrsam. — (uth)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Sicher durch Kanther?

Kriminalität bei CDU/CSU

Im Münchner OB-Wahlkampf, der von den Reichen der Stadt mit bis zu 8 Millionen DM extra unterstützt wurde, hat die CSU den Schulterschluss mit dem Rechtsextremismus geprobt. Die Sache war eine Pleite, insofern die 43 % Gauweilers nicht ausreichten, ein Erfolg aber wegen der gelungenen rechtsextremen Ausrichtung dieser Wähler. Die Reps selbst erhielten nur 3 %, aber 43 % plus 3 % wurden auf Rep-Inhalte eingestimmt. Um konservative mit rechtsextremer und faschistischer Politik zu legitimieren, wurde in der Bevölkerung die Angst vor Kriminalität aufgeheizt. Inzwischen hat der Parteitag der CDU ein Grundsatzpapier zur Kriminalitätsbekämpfung verabschiedet, das Innenminister Kanther als Regierungskonzept nachformulierte. Ein Schritt von extremer Reklame zu extremistischer Politik.

Alle faschistischen Organisationen arbeiten mit Angstmacherei vor Kriminalität, um die Bindung der Bürger an demokratische Rechte zu lockern und vor der Bevölkerung extreme Polizeieingriffe ins tägliche Leben zu legitimieren.

Zu dieser seit Jahr und Tag laufenden Hetze gesellt sich der moderne Konservatismus aus akuten Gründen.

Die so bezeichnete Alltagskriminalität hat, alle statistischen Übertreibungen abgerechnet, in der Tat zugenommen. Es ist eine Kriminalität entstanden, die darauf beruht, daß die Ordnung der Gesellschaft den Überlebensenergien bedrängter Menschen nicht Bahnen zur Entfaltung läßt, und das allem Anschein nach auch noch mutwillig. Im Gang der Geschichte stellt die Gesellschaft eine immer noch wachsende Zahl von Menschen außerhalb der Sozial- und Rechtsordnung. Es gibt nur die Möglichkeit einer Umkehr in der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder eine Ausdehnung des wirtschaftlichen Vernichtungsdenkens auf den Bereich der Politik. Der moderne Konservatismus entscheidet sich für das zweite, und das bedeutet: Organisation eines Polizeikrieges angeblich der Bürger gegen die Kriminellen, faktisch der Reichen, Wohlsituierten gegen die Armen, Rechtslosen.

Faschisten und Konservative der BRD treffen sich aktuell nicht nur in der Absicht, Kriminalität mit Gewaltmitteln niederzuhalten. Der Weg, den CSU, CDU und Bundesregierung beschreiten, führt zu einer Gesellschaft, die unter gleich zwei Gesichtspunkten als Polizei-

„Kriminalität entschlossen bekämpfen — Innere Sicherheit stärken“

Beschluß des 4. Parteitages der CDU Deutschlands, Berlin, 12. 9. 93

38. Zur Unterstützung und Entlastung der Vollzugspolizei ist ein freiwilliger Polizeidienst einzuführen, in den Männer und Frauen aufgenommen werden. Im freiwilligen Polizeidienst unterstützen die Bürger ehrenamtlich die Arbeit der Polizei und leisten einen besonderen Beitrag zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit sowie zur Entlastung von hauptberuflichen Polizeibeamten. Die Verpflichtung insbesondere von jungen Menschen wird gefördert, einen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten.

Dieser ehrenamtliche Polizeidienst besteht aus Personen, die sich freiwillig für die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben zur Verfügung stellen und nach Weisung der Vollzugspolizei arbeiten. Er kann eingesetzt werden zur Sicherung von Gebäuden und Anla-

gen, zur Sicherung, Regelung und Überwachung des Straßenverkehrs und zum Streifendienst.

In den freiwilligen Polizeidienst kann jeder aufgenommen werden, der über die erforderliche Eignung verfügt. Die Interessenten erhalten eine Grundausbildung und sind zur regelmäßigen Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen verpflichtet. Sie tragen Dienstkleidung und erhalten auf Antrag Ersatz für Verdienstausschlag und notwendige Auslagen.

Die Dienstzeit im freiwilligen Polizeidienst ist auf den Wehr- bzw. Ersatzdienst anzurechnen.

39. In „Kommunalen Sicherheitsforen“ sollen durch die organisierte Zusammenarbeit von Behörden, Sachverständigen und interessierten Mitarbei-

tern aus der Bürgerschaft ortsspezifische Verbrechensbekämpfungs- und Präventionsstrategien entwickelt werden. Durch Koordination mit der örtlichen Polizei kann so insbesondere den ortstypischen Kriminalitätsstrukturen und -ursachen entgegengewirkt werden.

Die „Kommunalen Sicherheitsforen“ sollen auch die Aufgabe haben, die Bürger über polizeiliche Beratungsangebote und Warnhinweise zu informieren, sie zum Einbau technischer Sicherungen an Haus und Wohnung zu motivieren, für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Polizei zu werben (Bereitschaft zu Zeugenaussagen, Hinweise auf sicherheitsrelevante Beobachtungen und Vorgänge etc.) sowie Anliegen und Wünsche der Bürger an die Polizei weiterzuleiten.

staat würde charakterisiert werden müssen.

Erstens ein Polizeistaat im klassischen Sinne, so genannt wegen der Verkürzung gesetzlicher Rechte der Bürger bis dahin, daß sie in ihrer ganzen Existenz von Polizeimaßnahmen getroffen werden, denen sie wehrlos, unwissend, völlig entblößt ausgesetzt sind. Typisch dafür ist die von Kanther verlangte Änderung des Art. 13 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung), „um Rückzugszonen für Gangstertreffs auch in Wohnungen zu verhindern“. Die Begründung legt es darauf an, jemandes Wohnung als „Gangstertreff“ unter Sonderrecht zu stellen. Die Polizei wird hier in konkreten Verbrechen gegen das Menschen-

recht auf unverletzte Wohnung zum Täter, ihre Auswertungssitzung zum Gangstertreff. Es ist ein Weg, auf dem die Hüter der öffentlichen Ordnung mit der Zeit zu einer immer größeren Gefahr für diese werden, deswegen gibt es auch im bürgerlichen Lager gelinde Kritik und Tendenzen zur Einschränkung. Man könnte ja selbst betroffen sein.

Dieser Problematik begegnen die Reaktionen, indem sie die ganze Gesellschaft verpolizeilichen wollen.

Die Pläne für den „freiwilligen Polizeidienst, der auf den Wehr- bzw. Ersatzdienst anzurechnen ist“, und die „Kommunalen Sicherheitsforen“ laufen darauf hinaus, daß sich die „Guten“ in der Gesellschaft um die Polizei gruppie-

ren. Ob es sich um den sog. Zeugen-schutz handelt, der aus einem verantwortlichen Zeugen einen geheimen Zuträger und Denunzianten macht, ob in „Kommunalen Sicherheitsforen“ die Zuträger organisiert wird, ob schließlich das Vereinsleben in Polizeipflicht genommen wird und den Vereinsmitgliedern, wie vorgesehen, irgendwelche Taten anderer Vereinsmitglieder zugeordnet werden dürfen, es ist immer Mobilisierung von gesellschaftlicher Gewalt im Polizeiverbund.

Wie kann das Gewaltprogramm der Reaktionen und Faschisten gestoppt werden? Der Polizeikrieg, in den die Reaktionen die Gesellschaft treiben wollen, verliert mit jedem Schritt in Richtung Selbsthilfe und Selbstbefreiung an Legitimation. Es muß anerkannt werden, daß die Gesellschaft, so wie sie heute steht und liegt, eine Riesenzahl von Menschen die Chance nicht gelassen hat, das von ihr als normal vorausgesetzte Leben tatsächlich zu führen. Es muß anerkannt werden, daß die Gesellschaft die Verpflichtung hat, dem Streben nach Selbsthilfe, das jeder wahrnehmen kann, der es wahrnehmen will, entgegenzukommen. Es gibt so viele Beispiele, daß die vielfältigen wirtschaftlichen und psychosozialen Notlagen, die das moderne Leben — oft als Überraschung — bereithält, das Streben nach Selbstbefreiung und Selbsthilfe bei den Betroffenen nicht auslöschen.

Hier hingegen wieder beobachten wir die Parteimänner von der CSU, wie sie z. B. in München solche Vereinigungen mit Haß verfolgen. Soweit jedoch in der konservativen Wählerschaft klar wird oder ihr wenigstens schwant, wie die Alternativen liegen — Polizeikrieg oder soziale Selbsthilfe —, werden viele schon merken, daß es eine Wahl gibt. — (maf)



Polizei fühlt sich fehl am Platz. Demonstration gegen Sozialabbau, Köln, 11. 9. 93.

Bild: H. Sachs

Aktuell in Bonn

Kinkel vor der UNO

Am 29. September hat Bundesaußenminister Kinkel (FDP) vor der UNO-Vollversammlung offiziell den Anspruch der BRD auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat angemeldet. Der UN-Sicherheitsrat entscheidet u.a. über militärische Aktionen im Auftrag der UNO. Ständige Mitglieder können aber auch Entscheidungen des Sicherheitsrats durch Veto blockieren. Beides will die Bundesregierung künftig — mit dem gleichen Ziel: Der Auslandseinsatz deutscher Militärs soll erleichtert werden. Die Presse ist über die Erfolgsaussichten der BRD eher skeptisch. Der dänische Außenminister schlug gleich eine andere Konstruktion vor. Er will im Sicherheitsrat nur einen Vertreter für die EG insgesamt. Wenn künftig drei ständige Mitglieder des Sicherheitsrats aus der EG kämen, aber kein einziges aus Lateinamerika oder Afrika, sei das nicht zu vertreten.

Bürgergeld statt Versicherung?

Mitte Oktober will der Bundeshauptauschuss der FDP über ein sogenanntes „Bürgergeld“ beraten. Dieses soll anstelle des angeblichen „Wirkwarms“ von Sozialversicherungen, Sozialhilfe, Kindergeld, Lohnsteuern usw. treten. Für

jeden „Bürger“ soll der „individuelle Bedarf“ und das verfügbare Einkommen festgestellt werden, evtl. Differenzen sind dann „Bürgergeld“. Ein Ergebnis wäre, daß alle bisherigen Versicherungseinkommen (Rente, Arbeitslosengeld usw.) aus Steuern bestritten werden — die Kapitalisten also kaum noch zahlen. Erwerbseinkommen sollen nur teilweise auf das „Bürgergeld“ angerechnet werden, um den „Anreiz zur Arbeit“ zu steigern. Vorbild des FDP-Plans sind die USA, wo ähnliche Regelungen schon lange bestehen und zu extremer Armut, verbunden mit desolaten Sozialversicherungen, geführt haben.

Treuhand-Untersuchungsausschuß

Der Bundestag hat auf Verlangen der SPD einen Ausschuß zur Untersuchung der Arbeit der Treuhand eingerichtet. Publikumswirksam wurde Otto Schily, SPD, als Ausschußvorsitzender benannt. CDU, CSU und FDP sprechen von einem „Wahlkampfausschuß“. Inwieweit der Ausschuß die Vorgänge um die Berliner Ausverkaufsbühne ausleuchten kann, wird sich erweisen. Was den Treuhand-Skandal Bischofferode betrifft: In dem „normalen“ Treuhand-ausschuß des Bundestages, in dem Otto Schily ebenfalls sitzt, hat derselbe dem Fusionsvertrag und damit dem Aus für Bischofferode zugestimmt.

China-Geschäfte

Die BRD ist wichtigster europäischer

Handelspartner der VR China. 1993 wird das Importvolumen aus China bei mehr als 12 Milliarden Mark liegen. Im Frühjahr wollte Wirtschaftsminister Rexrodt mit einer Delegation von Bankern und Industriellen in der VR China und betätigte sich als Türöffner für eine deutsche Exportoffensive. Ende September, beim Gegenbesuch der chinesischen Ministerin für Außenhandel, Wu Yi, in Bonn konnten Verträge über 3,8 Milliarden Mark besiegelt werden. Weitere Projekte im Wert von drei Milliarden Mark sind im Gespräch. Es geht vor allem um Vorhaben der Branchen Luftfahrt, Schifffahrt, Telekommunikation und Telefon, Verkehr sowie Maschinen und Anlagenbau.

Rußlanddeutscher Korruptionssumpf

166 Millionen Mark gibt Bonn in diesem Jahr an „Hilfe für Rußlanddeutsche“ aus. Mehrmals im Jahr schwebte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Waffenschmidt, in russischen Landen ein, um irgendeinem Projekt den Bonner Segen zu verleihen. Mit der Verwaltung der Millionenhilfe betraute Bonn den „Verein für das Deutschland im Ausland (VDA)“, eine 1881 gegründete völkische Truppe. Mitte 1993 hat sich die Staatsanwaltschaft des VDA angenommen: Ein großer Teil der „Projekte“ steht nur auf dem Papier oder erweist sich als Fehlinvestition; der VDA hat Bonner Gelder auf Konten in Paris angelegt. Für 100 000 deutsch-rus-

sische Wörterbücher wurden z.B. 1,6 Millionen Mark ausgegeben. Preis bei dem renommierten Moskauer Verlag Russkij Jazyk: 400 000 DM.

Zweiterlei Strompreise

Während in Bonn der Streit um die Zukunft des „Jahrhundertvertrags“ andauert, hat die RWE als einer der größten Kohleabnehmer bereits eine weitere Differenzierung der Strompreise angekündigt. Bei einem Senkung der Kohleabnahme für die Stromherstellung könne die Industrie ab 1995 mit „spürbaren Preissenkungen rechnen“, kündigte ein RWE-Sprecher an (*Handelsblatt*, 29. 9.). Bereits 1994 sollen die Industriepreise leicht gesenkt werden, die Preise für private Haushalte dagegen erneut steigen. Offiziell liegen die RWE-Strompreise für Industriekunden derzeit „im Durchschnitt“ um 20 % niedriger als die Preise für private Haushalte.

Parteienfinanzierung

Am 1. Oktober beriet der Bundestag in erster Lesung ein neues Gesetz zur Parteienfinanzierung. Im April 1992 hatte das Bundesverfassungsgericht auf Klage der Grünen das bestehende Gesetz als verfassungswidrig bezeichnet — u.a. wegen darin enthaltener „Sockelbeträge“ für Parteien. Auch der neue Gesetzesentwurf enthält eine solche Klausel: je eingenommener Spenden- und Beitragsmark sollen die Parteien danach weitere 50 Pfennig vom Staat erhalten, je Wäh-

Lega will Sezession

Rechtskurs in Italien

Die Lega Nord hat angekündigt, wie sie schon in den nächsten Monaten den italienischen Norden abspalten will. Auf einer Kundgebung in Curno, Provinz Bergamo, am 26. 9. hat ihr Vorsitzender Bossi drei Schritte bekanntgegeben, mit denen vorgezogene Neuwahlen im April '94 erzwungen und Tatsachen bei der Sezession geschaffen werden sollen.

Im November soll eine Steuerwerkzeugkampagne gegenüber der Regierung beginnen: „Die Lega beabsichtigt nicht Steuerflucht, aber sie will nicht mehr, daß der Norden sein Blut seinen Feinden anvertraut, und der zentralistische Staat ist der Feind“ (Bossi). Drei Möglichkeiten werden erwogen, von denen die erste bevorzugt wird: Entweder sollen die Steuern statt an die Regierung an die Lega-kontrollierten Kommunen überwiesen werden (was nach dem Steuerrecht als Irrtum gewertet und mit einer Strafe von 5 % der Steuerschuld relativ mild geahndet wird). Oder die Lega-Anhänger sollen bei der Bank ein Steuerkonto eröffnen, das einer „Autorität“ der Lega anvertraut wird, die mit diesem Faustpfand mit der Regierung über die Lega-Forderungen verhandeln soll. Der Lega-Bürgermeister von Mailand, Formentini, ist dafür im Gespräch. Beide Vorschläge richten sich an die Hauptklientel der Lega, mittelständische Unternehmer, Freiberufler usw. An abhängig Beschäftigte richtet sich der dritte Vorschlag: Sie sollen ihre jeweiligen Unternehmer auffordern, die Einkommensteuer an die Staatskasse nicht zu überweisen, was wohl mehr demonstrativ gemeint ist.

Der zweite Schritt sieht dann im April 1994 eine Volksabstimmung über ein „föderales Italien“ vor; wobei Föderalismus bei Bossi der staatsrechtliche Deckmantel für die faktische Sezession des Nordens ist. Das wird auch an dem dritten Schritt deutlich: „Im geeigneten Augenblick werde ich die Delegationen (von Abgeordneten und Senatoren, rok) zurückziehen und das erste Parlament der Republik des Nordens entstehen lassen“. Zu diesem Zweck verlangt Bossi von allen Lega-Parlamentariern Blanko-Rücktrittserklärungen, in die er bei passender Gelegenheit das Datum einsetzen will. Das Vorhaben wirft ein Licht auf die Verachtung demokratischer Grundsätze — Wahlrecht — durch die Lega.

Die Regierungsparteien haben kein politisches Konzept gegen die Lega. Sie suchen nach Wegen, eine parlamentarische Mehrheit zusammenzuhalten und die Wahlen auf einen für sie günstigen späteren Zeitpunkt zu schieben. — (rok)

lerstimme 1 DM, bei den „ersten fünf Millionen Stimmen“ aber 1,30 DM. Insgesamt sollen so die Parteien ca. 30 Prozent weniger erhalten als bisher. Am 18. Oktober ist Anhörung.

Schnellere Kündigungen

Am 30. September hat der Bundestag endgültig die Einsprüche des Bundesrates gegen das neue Gesetz über Kündigungsfristen zurückgewiesen, das Gesetz tritt damit in den nächsten Tagen in Kraft. Die gesetzliche Kündigungsfrist wird damit auf vier Wochen bis zum 15. oder zum Ende des folgenden Monats vereinheitlicht, für Angestellte, die bisher gesetzlich nur zum Quartal kündbar waren, eine erhebliche Verschlechterung. Die Entlassungsprogramme der Konzerne im Angestelltenbereich werden damit erheblich erleichtert und für die Konzerne verbilligt.

Was kommt demnächst?

Am 8. und 9. Oktober ist in München CSU-Parteitag, u.a. mit Beratungen über ein neues Parteiprogramm. An den gleichen Tagen beraten die Grünen auf einer a.o. BDK über ihre Linie zu „humanitären“ Bundeswehrreinsätzen im Ausland. Am 14. 10. ist CDU-CSU-Treffen, u.a. zur Entscheidung über den gemeinsamen Kandidaten zum Bundespräsidenten. Am gleichen Tag beraten Finanzminister Waigel und Verkehrsminister Wissmann mit den Ländern über die geplante „Bahnreform“.

Außerparlamentarische Kraft oder Verbandsinteressen?

Ein Bericht vom „Ostdeutschen Bundeskongreß der Verbände“ in Berlin am 2. Oktober 1993 (siehe auch Dokument Seite 8)

Der am 2. 10. 93 im Berliner Kino „International“ durchgeführte erste „Ostdeutsche Bundeskongreß der Verbände“ hat noch eine kurze Geschichte. Nach dem Einzug aller etablierten Parteien in Ostdeutschland und der Zersplitterung der politischen Landschaft entstanden Zusammenschlüsse interessierter Personen und Personengruppen, die gemeinsame Interessen vertreten und die ihre Forderungen in der Politik der Parteien nicht mehr vorfinden. Die Gründung und Tätigkeit von Vereinen und Verbänden war eine logische Folge dieser Situation. Darunter befanden sich Vereine mit ausschließlich ostdeutscher „Zielsetzung“ wie z.B. „Verein der Märkischen Eigenheim- und Grundstückbesitzer e.V.“, der die Interessen von rund 50000 Eigenheimbesitzern vertritt, die befürchten müssen, durch die Rückübertragung von Grund und Boden an ehemalige Besitzer, ihr in harter Arbeit geschaffenes Hab und Gut zu verlieren. Oder die „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“, die sich für die Vertretung der legitimen Interessen der Ostdeutschen auf Arbeit, gegen Menschenrechtsverletzungen und gegen politische Strafverfolgung einsetzt. Dazu gehören aber auch Vereine, die eine enge Anbindung an westdeutsche Vereine, wie den Mieterbund z.B., haben.

Menschen, die ihre elementaren Lebensinteressen bedroht sehen, schlossen sich zusammen und brachten durch ihre Forderungen ihre große Desillusionierung zum Ausdruck, die sie nach der Wiedervereinigung und den ausbleibenden blühenden Landschaften erlebten. Es war aber auch eine Suche nach Gleichgesinnten und der Wunsch, gemeinsam mit anderen zu protestieren und Widerstand gegen die Plattmacherei zu leisten. Gegenseitige Verständigung war angesagt. Ziele mußten neu abgesteckt werden. Sie wollten es nicht hinnehmen, daß ihr Leben gedemütigt wird und ihre Biografien verbogen werden. Aber es ging ihnen auch um gegenseitigen Beistand in der Auseinandersetzung mit Wildwestmethoden und Wildwessis, die mit besserer Kenntnis der Gesetze und aller Schliche sich in Ostdeutschland bereichern. Es ging ums Sich-Wehren, ums gemeinsame Wehren, selbst wenn noch nicht immer klar war, wie man es anstellen und durchsetzen muß.

Gemeinsam wurde begonnen, Renteninteressen aufzugreifen und Verfassungsbeschwerden einzulegen. Diese Zusammenarbeit erweiterte sich durch

die Vertretung von Mieter- und Arbeitsloseninteressen oder die Vertretung der Interessen von Personengruppen, die politisch diskriminiert und durch gerichtliche Verfolgung oder Berufsverbot belegt werden. Einen ersten Niederschlag fand das Zusammenwirken in der Veröffentlichung des „Ostdeutschen Memorandums“, das zum zweiten Jahrestag der Vereinigung vorgelegt wurde und das auch heute noch die Grundlage für das Zusammenwirken darstellt. Das Memorandum wurde bis Januar 1993 von 64 Vereinigungen unterschrieben. Von den Parteien, denen das Memorandum zur Kenntnis gegeben wurde, reagierten nur die Abgeordneten der PDS im Deutschen Bundestag.

Ein nächster Schritt wurde getan und ein neues Dokument erarbeitet: Dem ersten Ostdeutschen Bundeskongreß der Verbände lag eine Erklärung „Menschenrechte in Deutschland“ vor, die in ihren Grundzügen vom Kongreß angenommen wurde.

Außerparlamentarische Opposition, Bürgerbewegung

Nach drei Jahren Einheit sieht die Bilanz traurig aus. Die Bundesrepublik durchlebt ihre bisher schwerste Krise nach ihrer Gründung. Die Krise ist nicht nur ökonomischer Natur, sondern wird vor allem durch die Unfähigkeit der alten Parteien charakterisiert, aus zwei Teilen eins zu machen. Mehr und mehr ergeben sich Zweifel, ob eine grundlegende Änderung möglich ist, wenn der Nationalismus sich verstärkt und rechte Tendenzen in Politik und Gesellschaft zunehmen.

Der Präsident des Arbeitslosenverbandes, Klaus Grehn, machte deutlich, worum es im Deutschland von Heute geht: Er sehe nicht so sehr die Vertiefung der Spaltung zwischen Ost und West, sondern „die Spaltung wird immer stärker eine Spaltung zwischen oben und unten, und die Grenze geht quer durch Deutschland“.

Der Zusammenschluß von Verbänden in einem Kuratorium, das die Interessen von rund 1,5 Millionen Menschen vertritt, ist ein bedeutender Schritt zur Legitimierung des Willens dieser Verbände. Sie verschaffen sich Kraft und Stimme, um dieser unheilvollen Entwicklung entgegenzuwirken. Es entsteht eine außerparlamentarische Kraft, die Druck auf

die Politik und die Parteien ausüben kann und sich selbst als Kraft des Widerstandes etabliert. Prof. Heinrich Fink, Vorsitzender des Bundesverbandes der Komitees für Gerechtigkeit, äußerte, Deutschland braucht eine außerparlamentarische Opposition. „Wir wollen die Menschen ermutigen, sich selbst Gehör zu verschaffen.“ Der krisenhaften Entwicklung in Deutschland müsse durch solidarisches Verhalten von Menschen aller Bevölkerungsgruppen begegnet werden.

Viele Redner stimmten dem zu und forderten größeren Schulterschluss. Nur massenhafter Protest und nicht vereinzelte ostdeutsche oder westdeutsche Aktionen sind gefragt. Das Wahljahr 1994 wirft seine langen Schatten voraus.

Der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky, der als Gast am Kongreß teilnahm, wird aufmerksam hingehört und diese Forderung sorgfältig registriert haben. Jedenfalls konstatierte er, daß der Vorschlag einer ostdeutschen Vertretung aktueller denn je sei, da es in Deutschland um Alternativen zu einer gescheiterten Einigungspolitik gehe.

Mit dem Zusammenschluß der Vereine haben sie mehr Mitglieder als alle Parteien Ostdeutschlands zusammengekommen. Wenn es gelingt, sich nicht nur als Anhängsel der Parteien, sondern als selbständige politische Kraft zu entwickeln, kann außerparlamentarisch Druck ausgeübt und können eigene Konzepte erarbeitet und vorgestellt werden. Mit ihrer Bürgernähe haben sie große Kompetenz für die Wahrnehmung der Interessen der Bürger. Einflussspektrum und Handlungsrahmen können wesentlich erweitert werden.

Ergebnisse des ostdeutschen Bundeskongresses

Geht man von der Zielsetzung und dem Arbeitsprogramm aus, so war der erste ostdeutsche Bundeskongreß ein Erfolg. Über 200 Delegierte aus 77 Verbänden und Vereinen sowie rund 70 Gäste nahmen daran teil. 48 Verbände/Vereine haben das Dokument „Menschenrechte in Deutschland, eine ostdeutsche Initiative“ unterzeichnet. 31 Verbände/Vereine haben ihre Mitarbeit in einem ständig arbeitenden ostdeutschen Kuratorium erklärt, davon 12 als Angehörige des Sprecherrates (siehe Beschlusdokumentation).

Dokumentiert: Beschluß zur Gründung eines ostdeutschen Kuratoriums

A. Der ostdeutsche Bundeskongreß der Verbände beschließt die Gründung eines ostdeutschen Kuratoriums. Das Kuratorium wird legitimiert, im Auftrag der Verbände folgende Ziele anzustreben:

1. Die Interessenvertretung der Menschen, die von der krisenhaften Entwicklung und der Politik der Bundes- und Landesregierungen besonders stark betroffen sind.
2. In besonderer Weise sich der Interessen der Ostdeutschen anzunehmen und darauf hinzuwirken, daß der Einigungsvertrag eingehalten und im Interesse der Menschen verbessert wird.
3. Kriterien für die Überprüfung der Wahlprogramme aller Parteien und Wählervereinigungen anhand der Interessen der Ostdeutschen bis zum 15. November dieses Jahres zu erarbeiten.
4. Aufgrund der politischen Entwicklung im Wahljahr einen 2. Bundeskongreß im Mai 1994 einzuberufen.

B. 1. Der Bundeskongreß bevollmächtigt einen provisorischen Sprecherrat, die erste Sitzung des Kuratoriums vor-

zubereiten und diese mit der Bildung eines Ordentlichen Sprecherrates abzuschließen.

2. Der provisorische Sprecherrat wird beauftragt, das Dokument „Menschenrechte in Deutschland, eine ostdeutsche Initiative“ mit einem Begleitschreiben, in dem redaktionelle Änderungen aufgenommen werden (1), an alle Abgeordneten des Bundestages und der Länderparlamente, an die Bundesregierung, an den Bundespräsidenten, an den Europarat in Strasbourg und an das Menschenrechts-Zentrum der Vereinten Nationen in Genf zu senden.
3. Der Sprecherrat wird beauftragt, sich eine Geschäftsordnung und eine Finanzordnung zu geben, einen Geschäftsführer und einen Schatzmeister zu benennen und eine Geschäftsstelle einzurichten.
4. Der provisorische Sprecherrat erhält das Recht, sich bis zur ersten Kuratoriums-Sitzung als Sprecherrat des ostdeutschen Kuratoriums der Verbände zu bezeichnen.

(1) gemeint sind Ergänzungen zum Abschnitt Mieten sowie eines zusätzlichen Punktes zur Situation der Kinder. Der Beschluß wurde bei 6 Enthaltungen angenommen.

An der sich anschließenden Protestkundgebung gegen Massenarbeitslosigkeit, Tarifbruch, Mietwucher, politische Strafverfolgung ... beteiligten sich mehrere tausend Demonstranten.

Weitere Diskussion nötig

Wenngleich einige wenige gesamtdeutsche bzw. westdeutsche Vereinigungen anwesend waren und in der Erklärung „Menschenrechte in Deutschland“ auch gesamtdeutsche Zahlen betrachtet werden, ging es bei diesem Kongreß ganz eindeutig um Schaffung einer „Lobby“ für Ostdeutschland. Dies scheint mehr als berechtigt und notwendig zu sein, das belegen die Dokumente und Diskussionsbeiträge des Kongresses. Von dem Ausmaß der Diskriminierung, die in Ostdeutschland stattfindet, und die man in manchen Bereichen (z.B. Renten) schon beinahe als Gewaltanwendung bezeichnen kann, machen sich die meisten Westdeutschen keine Vorstellung, teils aus subjektiven, teils aus objektiven Gründen.

Ob es trotzdem gerechtfertigt ist, aus dieser Lage einen „Ost-West-Konflikt“ zu institutionalisieren oder ob nicht ein gemeinsamer Kampf „unten gegen oben“ erforderlich ist, diese Frage wurde aufgeworfen, aber nicht weiter diskutiert. Dabei hat sie nicht unwesentlich Einfluß auf eine weitere Diskussion, die

im Vorfeld des Kongresses aufgeworfen wurde, nämlich die einer eigenen Wahlbeteiligung.

Wenige Tage vor dem Kongreß wurde über die Medien verbreitet, das ostdeutsche Kuratorium wolle eigenständig zu den Bundestagswahlen antreten und auf dem Kongreß zur Bildung einer Wahlpartei aufrufen. Diese Meldung hat nicht nur unter den ostdeutschen Verbänden Überraschung hervorgerufen, war doch in den veröffentlichten Materialien in Vorbereitung des Kongresses nichts dergleichen angekündigt und somit auch den Delegierten kein Mandat für diese Diskussion auf den Weg gegeben.

Von manchen werden einer ostdeutschen Wahlpartei mehr Chancen eingeräumt, in den Bundestag einzuziehen als der PDS. Ob diese Erwartungen berechtigt sind? Wäre ein solches Unterfangen nicht eher geeignet, die noch nicht so lange Zusammenarbeit der ostdeutschen Verbände und Vereine aufs Spiel zu setzen? Und würde man dadurch nicht auch noch Streit in die Vereine und Verbände selbst hineintragen, deren Satzungen zumeist politische Unabhängigkeit vorschreiben?

Die PDS muß mit dem Anspruch einer sozialistischen Kandidatur zu den Bundestagswahlen antreten.

Es wäre wohl eine Diskussion wert, ob sie auf ihre offenen Listen nicht auch solche Vertreter ostdeutscher Vereine und Verbände aufnimmt, die dazu bereit sind. — (abe/har)

Jelzin zieht seinen Putsch durch

Frankfurter Börse „im Kaufrausch“, Rußlands Rohstoffe locken

Wer in Moskau gegen wen „geputscht“ hat, war nie die Frage. Selbst das *Handelsblatt*, sicher keiner Feindesblatt zur Parlamentsopposition verdächtig, hatte nach der Verhängung des Ausnahmezustands durch Jelzin festgestellt: „Der Präsident hat kein Recht, Wahlen anzusetzen. Das Dekret Jelzins vom Dienstagabend verstößt gegen die Verfassung. Das Parlament handelte mit der Absetzung Jelzins formal korrekt ... Auch der Amtseid von Vizepräsident Alexander Rutzkoi ist durch Artikel 121-11 gedeckt.“ (*Handelsblatt*, 23. 9.)

Aber das ist jetzt Schnee von gestern. Jelzin hat den Machtkampf in Moskau gegen die von Vizepräsident Rutzkoi und Parlamentspräsident Chasbulatow vertretene Opposition durch den militärischen Sturm auf das Parlament für sich entschieden. Auch wenn jetzt für den 11. und 12. Dezember Wahlen angesetzt sind, „frei“ werden diese nicht sein. Noch am Abend des 4. Oktober hat Justizminister Kalmykow „die kommunistischen und nationalistischen Parteien“ verboten (*Bild*, 5. 10.). Zeitungsverbote, zahlreiche Verhaftungen, die Absetzung mißliebiger Gouverneure folgten. Der Ausnahmezustand gilt vorerst weiter, die Verfassung ist außer Kraft.

Trotzdem: Für Kohl verkörpert Jelzin „den demokratischen Reformprozeß in Rußland“ (ebenda).

Die westlichen Konzerne und Regierungen haben von Anfang an Jelzin unterstützt, ja vermutlich zu dem Putsch direkt gedrängt. Seit dem Sommer seien die „Reformen“ in Rußland „aus dem Gleis“ gesprungen, beklagt z.B. die Weltbank, die „den größten Einzelkredit in ihrer Geschichte für die russische Öl- und Gasindustrie“ vorbereitet (*Handelsblatt*, 23. 9.) Jelzin hat letzte Woche mit einem Dekret Auslandsinvestitionen in Rußland weiter erleichtert. Nur noch der Präsident darf jetzt Geschäfte von westlichen Konzernen in Rußland einschränken. Die BRD, die 17 % ihrer Erdöl- und 30 % ihrer Erdgasimporte aus Rußland bezieht und mit 50 Mrd. \$ Forderungen mehr als die Hälfte der russischen Auslandsschulden auf sich vereint, vereinbarte daraufhin durch Finanzminister Waigel umgehend eine weitere „Umschuldung“. Noch in dieser Woche sollen in London weitere Umschuldungsverhandlungen mit einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank zum Ende kommen. Derweil beraten deutsche „Experten“ in Moskau bei 30 „Privatisierungen“,

Vorbild dabei ist die BRD-„Treuhand“.

Im russischen Außenhandel dominieren derzeit „Bartergeschäfte“, d.h. Geschäfte Ware gegen Ware, und Verkäufe von russischen Rohstoffen gegen West-Devisen. Bei einer Teuerung von (so der IWF) derzeit 940 Prozent im Jahr schreitet die Verarmung der Bevölkerung rapide voran — während Gauner, Spekulanten und Schieber ihre Geschäfte umso rücksichtsloser machen. Diese Allianz von alten und neuen Ausbeutern, Warenausbeutern, insbesondere von Leuten, die im Rohstoff- und Rüstungsgeschäft „Verbindungen“ haben, zusammen mit Moskauer Beamten und Militärs, die schon immer der Ansicht waren, aller Reichtum des Landes müsse in Moskau verpaßt werden, scheint die soziale Basis des Jelzin-Regimes zu sein. Stabil ist dieses Regime keineswegs. Insbesondere die Verteilung der Profite und der Grundrente zwischen Moskau und den Provinzen ist offenbar heftig umstritten. Welche reaktionären sozialen Klassen bei diesem Streit wieder hochkommen, sieht man an dem als „Vermittler“ eingeschalteten Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, Alexij II. Laut *FAZ* vom 2. 10. ist der Mann von baltendeutschem Adel. — (rül)



Mit den Augen der Bild-Zeitung: Der Kampf ums Weiße Haus in Moskau. Die Guten siegen, die in Richtung „Untermensch“ verzeichneten Bösen „werden sofort erschossen“. *Bild*, 6. 10. 93

Kolonialkrieg der Türkei bereits verloren?

Eine Delegation berichtet aus Kurdistan

Flüchtende Familie auf einem LKW bei Cizre. Der Panzer auf dem Bild ist ein BTR-60 — geliefert von der BRD aus den Beständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee.
Bild: Roland Röder.



Vom 19. bis 26. September besuchte eine zehnköpfige Delegation aus der BRD von Leuten aus Gewerkschaften, Solidaritätsgruppen, Journalisten und ein Rechtsanwalt den Verbotprozess gegen die Tageszeitung *Özgür Gündem*. In Kurdistan reiste die Delegation nach Diyarbakir und Batman und führte dort Gespräche mit Vertretern von *Özgür Gündem*, der Demokratiepartei, der Erdölarbeiter-, Finanz-, Gesundheits- und Lehrgewerkschaft, des Anwaltsvereins, des Menschenrechtsvereins IHD sowie mit Flüchtlingen und Vertretern der assyrischen Kirche. Auf einer Rundfahrt von Batman über Hasanköy, Midyat, Idil, Cizre, Şirnak, Nusaybin, Mardin nach Diyarbakir konnte sich die Delegation ein Bild von dem Einsatz der deutschen Waffen im Krieg gegen das kurdische Volk machen.

Deutsche Waffen sind im Kriegseinsatz

Bei den Städten sind größere Militärkasernen und -camps. Dort lagern geradezu unüberschaubar BTR-60-Panzer, M-48- und M-60-Panzer, Unimogs, MAN-Transporter, drei- und vierachsige gepanzerte Mannschaftstransportwagen, Mannschaftstransportpanzer M-113 sowie Panzerhaubitzen. An den Ein- und Ausgängen der Städte sind überall Militärsperren — allein 17 erlebte die Delegation. Meist stehen dabei am Straßenrand BTR-60-Panzer. Alle Soldaten waren mit G-3-Gewehren ausgerüstet. Polizisten, Geheimdienstleute sowie Spezialeinheiten hatten Kalaschnikows und P-1-Pistolen.

Das Ausmaß des Befreiungskampfes wird deutlich. Am Rande der Straßen sind immer wieder zerstörte Militärstationen zu sehen. Die türkische Armee

konzentriert sich am Rande von Botan und den Cudi-Bergen in den Städten. Auf freier Straße ist kaum eine Militärkontrolle oder -stellung, höchstens zur Bewachung der Pumpstationen der Irak-Türkei-Pipeline oder zur Bewachung des Panzerstraßenbaus zwischen Idil und Cizre. Spezialeinheiten und Geheimpolizei bleiben in den Städten, alleine wagen sie sich nicht mehr auf das Land hinaus.

Die türkische Armee rächt sich grausam an der Zivilbevölkerung. In die Innenstädte von Midyat, Idil, Cizre, Şirnak und Mardin wurde die Delegation nicht eingelassen. Aber schon die Fahrt durch die Außenbezirke von Idil und Şirnak machte das Ausmaß der Zerstörungen durch die Beschießung der türkischen Armee deutlich: die Häuser waren von Einschußlöchern übersät, manche Häuserfronten komplett weggeschossen. Nach der Zerstörung der Stadt Şirnak im August letzten Jahres flüchteten fast alle der 25000 Einwohner. Sie sind nicht in die Stadt zurückgekehrt. Der türkische Staat hat heute in Şirnak Dorfschützer und Milizen angesiedelt. Auf der Strecke von Idil nach Cizre und Şirnak war kaum noch ein Dorf bewohnt. Die Vernichtungspolitik der türkischen Regierung wird hier richtig deutlich, zerstörte Dörfer und immer wieder Kolonnen von Eselskarren, Treckern oder Kleinlastwagen mit flüchtenden Familien. Seit 1990 hat die türkische Armee über 600 Dörfer zerstört, ihre Einwohner vertrieben. Die Flüchtlinge ziehen in die Städte. Die Einwohnerzahl von Diyarbakir ist so auf über eine Millionen Menschen angestiegen.

Ökonomisch und politisch hat die Türkei den Kolonialkrieg bereits verloren. Das bestätigen die Gesprächspartner vom Menschenrechtsverein, aus den Gewerkschaften und vom Anwaltsverein. An dem riesigen GAP-Projekt wird nicht mehr gebaut. Auf den Baustellen

sind keine Arbeiter mehr zu sehen, die militärischen Absperrungen bei dem Staudamm vor Batman sind geräumt. Am Atatürk-Staudamm sollten acht Turbinen Strom liefern. Vier wurden bisher fertig gebaut, die anderen Baustellen sind geräumt worden.

Der Kolonialkrieg ruiniert die türkische Wirtschaft

Wahrscheinlich kommt daher die Forderung der türkischen Ministerpräsidentin Çiller, daß Siemens ein Kernkraftwerk im Westen der Türkei errichten soll. Die Ölraffinerie in Batman soll geschlossen werden, die Regierung plant eine Verlegung in den Westen. Einzig die Förderung der Rohstoffe — Öl aus Batman und Diyarbakir, Kohle aus Şirnak sowie Mangan- und Chromerze — soll bleiben, Kurdistan soll geplündert werden. Aber ausländische Investoren wollen nicht in Kurdistan investieren. Bohrkonzessionen werden von Mobil Oil oder Shell nicht wahrgenommen. Der Pipelinebau von Aserbaidschan über Kurdistan ans türkische Mittelmeer findet zwar Interessenten, aber keiner will heute investieren.

Der Vorsitzende des Anwaltsvereins von Diyarbakir, Fehmi Gümes, berichtet, daß die Anwälte nur noch mit politischen Prozessen beschäftigt sind. Vor dem Staatssicherheitsgericht Diyarbakir waren das im letzten Jahr 12000. Gesellschaftliche Probleme und Streitigkeiten, wie etwa Familienzwiste oder Landfragen oder Ehescheidungen, werden von der Befreiungsorganisation PKK nach ihren Gesetzen geregelt. Die Leute gehen, besonders auf dem Land, nicht mehr mit diesen Problemen zu den Kolonialämtern oder den Gerichten. Innerhalb der letzten Monate hat die türkische

Regierung den Krieg in Kurdistan forciert.

Sie greift jetzt die legalen demokratischen Organisationen und Zeitungen an. Gegen den Menschenrechtsverein IHD Istanbul findet am 6. Oktober wegen einer Podiumsdiskussion über die „kurdische Frage“ der Verbotprozess statt. Der Verbotprozess gegen *Özgür Gündem* wurde auf den 11. November verlagert, das Istanbul State Security Court hielt aber ein Verbot für verfassungskonform. In Diyarbakir verhängte das Staatssicherheitsgericht am 18. September 24 Haftbefehle gegen Gewerkschaftsvorsitzende und den IHD-Vorsitzenden. Sie hatten am 27. Mai in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Morde der Konterguerilla und die Vernichtungspolitik protestiert.

Täglich werden am Tage auf der Straße Menschen erschossen: in Batman, der „Stadt des Todes“, in einem Jahr 197 Menschen, darunter am 4. September der Parlamentsabgeordnete Mehmet Sincar; in Diyarbakir seit dem 4. September über 30 Leute. Zwei Tage, bevor die Delegation nach Diyarbakir kam, wurden zwei Mitglieder der Lehrgewerkschaft ermordet, einer davon in der Pause auf dem Schulhof.

Der Terror soll die legale Opposition lahmlegen. Die türkische Regierung fürchtet die bevorstehenden Kommunalwahlen im März 1994 in der Newroz-Woche. In Kurdistan wird eine überwältigende Mehrheit für die Demokratiepartei in den Kommunalparlamenten erwartet. Selbst nach Aussagen der Militärs wird nach diesen Wahlen kein Bürgermeister oder Dorfvorsteher gewählt werden, der nicht für die Rechte des kurdischen Volkes eintritt und mit dem Unabhängigkeitskampf sympathisiert. Generalstabschef Güres will deshalb die Wahlen in Kurdistan, dem Ausnahmezustandsgebiet, überhaupt nicht durchführen lassen und Bürgermeister und

Dorfvorsteher staatlich einsetzen. Diesen Krieg kann die türkische Armee nur mit der massiven deutschen Unterstützung führen.

Das weiß auch die deutsche Botschaft und die Bundesregierung. Sie schickte den Botschaftsangehörigen Werner Zierer schon dreimal zu Gesprächen mit dem Menschenrechtsverein nach Diyarbakir. Nicht etwa zur Recherche über den Einsatz deutscher Waffen beim Völkermord in Kurdistan, sondern zum Protest gegen die Veröffentlichungen über diesen Einsatz. Einmal war Werner Zierer wegen Berichten über die Ausbildung türkischer Killertruppen von Özel-Tims und Spezialeinheiten durch die deutsche GSG-9, zweimal wegen Berichten über den Einsatz deutscher BTR-60-Panzer bei Dorferstörungen in Diyarbakir, zuletzt nach den detaillierten

BRD wünscht keine Öffentlichkeit

Berichten in der *Frankfurter Rundschau* und *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Anfang August dieses Jahres. Dort betonte Zierer, daß diese Berichte den deutsch-türkischen Beziehungen schaden und daß für die Haltung der Bundesregierung allein die Interessen der BRD ausschlaggebend seien. Zierer bestätigte, daß die Bundesregierung von dem Einsatz der deutschen Waffen weiß. Auf die Giftgas- und Napalmeinsätze wollte er keine Antwort geben. Aber von Napalmherstellung in der Türkei wußte er.

Von den kurdischen Organisationen wird die Bundesrepublik Deutschland wegen dieser Waffenlieferungen angeklagt. Die deutsche Öffentlichkeit wird aufgefordert, gegen diese Waffenlieferungen zu protestieren und sie endlich zu unterbinden. — (rub)

PKK Pressegespräch im Libanon

„Zur politischen Lösung sind wir jederzeit bereit“

Der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, erklärte, daß der Krieg von der militärischen Ebene auf die ökonomische ausgedehnt wird. Er warnte erneut Touristen, in die Türkei zu reisen: „Wir haben schon mehrmals Warnungen ausgesprochen. Der Tourismus unterstützt die Kriegswirtschaft. Bis heute ist kein Tourist ums Leben gekommen. Wenn in Zukunft Menschen sterben sollten, kann uns niemand dafür verantwortlich machen. Es ist sicherer für die Touristen, wenn sie in den Büros der PKK im Ausland eine Erlaubnis für die Reise holen.“

Öcalan forderte vor mehreren dutzend Presse- und Rundfunkvertretern

auch die ausländische Investoren auf, nicht in den Tourismussektor der Türkei zu investieren. Er forderte sie auf, von solchen Investitionen abzusehen.

Auf eine Anfrage bezüglich der Erdöl-pipeline Baku-Yumurtalik erklärte Öcalan, daß das zuständige Konsortium eine Genehmigung von der PKK einholen muß. Sie würden auch nicht zulassen, daß die Erdöl-pipeline von Irak nach Iskenderun in Betrieb genommen wird, so der PKK-Generalsekretär.

„Unser Ziel ist es, bis Monat März, für den die TR bereits Massaker plant, eine Guerillakraft von 30000 Befreiungskämpfern zu erreichen. Das ist möglich. Wir haben jetzt schon um die 15000 Befreiungskämpfer. Wir haben keine Positionen aufgegeben, sondern die bestehenden ausgebaut und ganz unter unserer Kontrolle. Die türkische Armee ist nicht mehr in der Lage, sich zu bewegen.“

Zur Palästina-Frage erklärte der Generalsekretär, daß sich, wenn es sich auch nur um eine vorübergehende Eini-gung handelt, eine Lösung nähert, so

daß im Mittleren Osten nunmehr die kurdische Frage in den Vordergrund rückt.

Öcalan betonte, daß sie „unter politisch gleichberechtigten Bedingungen zu einer politischen Lösung bereit sind.“

Im Kampf gegen die Regierung in Ankara

PKK-Führer droht mit „totalem Krieg“

Öcalan: Türkische Armee setzt gegen die Kurden Napalm ein

Am 30.9. titelt die „Süddeutsche Zeitung“: „PKK-Führer droht mit ‚totalem Krieg‘“. Die Metapher vom „totalen Krieg“ wurde im deutschen Sprachgebrauch durch die Nazi-Propaganda eingeführt. Mit einem schmutzigen Formulierungstrick versucht die SZ den kurdischen Befreiungskampf braun anzustreichen. Es wäre für die SZ nicht schwierig gewesen, sich eine autori-

„Die PKK ist die überlegene Kraft in diesem Krieg!“ Öcalan, der von den ausländischen Pressevertretern mit Fragen überhäuft wurde, erklärte zu der

Aussage des Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei, Dogan Güres, der erklärt hatte: „Wir werden die Sache bis zum März erledigen“:

„Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates erklärte, daß sie die Gue-

sierte Erklärung der PKK zu diesem Pressegespräch zu besorgen. Die Sache ist nahe bei der gezielten Lüge. Nach Auskunft des Kurdistan Komitees Köln war bei dem in Frage kommenden Pressegespräch deutsche Presse nicht anwesend. Aus der Pressemitteilung über diese Konferenz — wir veröffentlichen sie ungekürzt — ergibt sich ein völlig anderer Tenor.

rilla bis zum Frühjahr ‚ausrotten‘. Was ist jetzt schon davon übriggeblieben? Gibt es noch die nationale Frage? Gibt es noch die Frage der Demokratie? Oder

gibt es gar noch die Frage der Existenz eines Volkes? Wir kämpfen gegen diese Politik und der Widerstand gegen den Hunger, den Durst und die Kälte hat uns sogar noch stärker gemacht. Wir können in alle Bergegebiete vordringen. Die Guerilla kann ihre Existenz sichern und sich auch selbst entwickeln. Unser Ziel ist es, bis Monat März, auf den sie es abgesehen haben, eine Kraft von 30000 Guerillakämpfern zu erreichen. Das ist unserer Meinung nach auch möglich, wir verfügen jetzt schon über eine Guerilla-Armee von 15000 Kämpfern.

Die Befreiungskämpfer haben ihre Positionen nicht aufgegeben. Sie haben sie ausgebaut. Die Kontrolle liegt in unseren Händen.“

Auf die Frage: „Wann können Sie ihre Unabhängigkeit proklamieren?“ antwortete Öcalan:

„Die PKK ist nicht nur eine nationale Befreiungsbewegung, sondern eine Bewegung der Menschlichkeit. Wir können eine Übergangskriegsregierung und das Nationalparlament im Laufe des Jahres 1994 proklamieren.“

Keine Waffen! Keine Wirtschaftshilfe!

Abschlußerklärung der Delegation

Die Delegation wendet sich mit ihrer Resolution an die Bundesregierung und fordert diese auf, ihre Unterstützung des Kolonialkrieges gegen das kurdische Volk einzustellen.

Kurdistan ist ein kolonial besetztes Land. Sein Volk wird vom türkischen Staat einem Krieg ausgesetzt, der den Charakter des Völkermordes hat.

Auf unserer Delegationsfahrt durch Kurdistan sahen wir etliche verlassene und zerstörte Dörfer, deren Einwohner von der türkischen Armee verjagt worden waren. Wir haben mit Menschen gesprochen, die von der Armee vertrieben und deren Häuser niedergebrannt wurden. Diese Vertreibungspolitik hat dazu geführt, daß beispielsweise die Einwohnerzahl der Stadt Diyarbakir von 250 000 im Jahre 1979 auf über eine Million im Jahr 1993 angewachsen ist.

Nach offiziellen Angaben befinden sich 300 000 türkische Soldaten, Jandarma und Polizei, Spezialeinheiten mit 150 000 Mann, 30 000 vom türkischen Staat bezahlte „Dorfschützer“ als paramilitärische Einheiten sowie eine große Zahl von Geheimpolizei und Konterguerilla in den sogenannten Gebieten des Ausnahmezustands.

Neben dem militärischen Krieg versucht der türkische Staat daher mit massivem Terror seine Macht aufrechtzuerhalten. Allein in der kurdischen Stadt Batman wurden von Anfang 1992 bis heute 197 Menschen von der staatlich organisierten Konterguerilla ermordet. 17 Lehrer, alle aktiven Mitglieder der Lehrgewerkschaft, wurden in einelhalb Jahren Opfer dieser Todesschwadronen. Am 4. September 1993 wurden Mehmet Sincar, Abgeordneter der Demokratieteilpartei DEP im türkischen Parlament, sowie der Batman-Vorsitzende der DEP, Metin Özdemir, in Batman auf offener Straße erschossen.

Um über die Politik des Völkermordes einen Mantel des Schweigens zu decken, versucht der türkische Staat die Berichterstattung und jegliche Äußerung über diesen schmutzigen Krieg in Kurdistan zu verhindern. Innerhalb eines Jahres wurden neun Journalisten der Tageszeitung Özgür Gündem, die nicht der staatlich verordneten Berichterstattung über die Realität in Kurdistan folgt, ermordet, ihre Mitarbeiter werden verhaftet, bedroht, gefoltert. 150 Millionen DM Geldstrafe fordert die Staatsanwaltschaft von dieser Zeitung. Am 11. November 1993 will das Staatssicherheitsgericht in Istanbul über ein Verbot der Zeitung Özgür Gündem entscheiden. Der Herausgeber der Zeitung und Vorsitzende der DEP, Yasar Kaya, befindet sich derzeit in Haft, da er auf dem Kongreß der KDP (Kurdische Demokratische Partei-Irak), die ein offizielles Büro in Ankara unterhält, zur Lösung der kurdischen Frage gesprochen hatte.

Seit der Gründung der DEP im Mai 1993 sind acht ihrer Mitglieder Opfer der staatlichen Todesschwadronen geworden. Gegen 24 Gewerkschaftsvorsitzende und den Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir wurden Haftbefehle erlassen, weil sie sich in einer Erklärung gegen den Krieg und die Ermordung von Menschen

durch sogenannte „unbekannte“ Täter wandten.

Der Kampf des kurdischen Volkes um sein Selbstbestimmungsrecht hat den türkischen Staat in eine tiefe Krise gestürzt. Mehrfach wurde uns von Anwälten, Gewerkschaftern und beim IHD sowie der DEP bestätigt, daß die türkische Zivilverwaltung in Kurdistan faktisch außer Kraft gesetzt ist. Die Überlegungen des türkischen Staates, die Kommunalwahlen im März nächsten Jahres in Kurdistan auszusetzen und stattdessen Bürgermeister einzusetzen, machen diese Realität deutlich.

Der Krieg gegen das kurdische Volk wird zum großen Teil mit deutschen Waffen geführt. Davon konnten wir uns überzeugen. Wir haben Waffen deutscher Herkunft — Leopard-Panzer 1, BTR-60-Panzer, gepanzerte Mannschaftstransportwagen, MAN-Transporter, Unimogs, Maschinengewehre und -pistolen sowie Gewehre — im Einsatz gesehen: allein am 25. September 1993 in den Orten Diyarbakir, Batman, Hasankeyf, Kartmine, Midyat, Idil, Dinova, Gercus, Cizre, Sirnak. Tag und Nacht konnten wir in Diyarbakir die startenden und von ihren Bombeneinsätzen zurückkehrenden Alpha-Jets, Phantom- und Starfighter-Kampfflugzeuge hören. Viele dieser Kampfflugzeuge stammen ebenfalls aus der BRD.

Nur dank der Waffenlieferungen aus NATO-Staaten, der EG-Wirtschaftshilfe sowie dem Totschweigen des Völkermordes in Kurdistan kann die Türkische Republik diesen Kolonialkrieg überhaupt fortsetzen. Die Bundesrepublik Deutschland ist dabei eine der Hauptstützen dieses Regimes. Die Bundesregierung weiß vom Einsatz dieser Waffen, wie auch das Botschaftsmitglied Wolfgang Zierer dem Menschenrechtsverein IHD in Diyarbakir bestätigte.

Wir fordern:
Schluß mit den Waffenlieferungen und der Wirtschaftshilfe an die Türkische Republik!
Schluß mit dem Völkermord in Kurdistan!
Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes!

Istanbul, 26. September 1993

Dieter Balle, freier Journalist

Beate Berg, delegiert vom OVV der IG Medien

Hamburg

Rudolf Bürgel, Mitglied der IG Medien, Kurdistan

Komitee Karlsruhe

Wolfgang Eppler, Flüchtlingsrat Karlsruhe

Martin Heimig, Rechtsanwalt, delegiert vom Republikanischen Anwaltsverein und der Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V.

Dirk Müller, delegiert vom Freien Radio Karlsruhe,

Infobüro für die Freiheit der Politischen Gefangenen

Karlsruhe

Ursel Quack, Antirassistische Aktion Saarland

Roland Röder, freier Journalist, Aktion 3. Welt

Merzig-Wadern

Gerrit Selzer, Aktion 3. Welt Merzig-Wadern

Hans-Otto Wiebus, Bundesvorsitzender der Fachgruppe Journalismus in der IG Medien

Ich komme aus dem Dorf Peçar, das ist der kurdische Name. Der türkische Name lautet Güldekim. Das Dorf liegt etwa 90 km östlich von Diyarbakir. Wir haben unser Dorf verlassen und sind nach Diyarbakir gekommen. Einen Tag vorher haben sie unser Dorf zerstört.

Ist das Dorf verbrannt worden?

Einen Tag vorher ist das Dorf verbrannt worden. Am nächsten Tag mußten wir das Dorf verlassen.

Soweit ich sehen konnte, sind mehr als 300 Soldaten zum Dorf gekommen. Die Soldaten kamen morgens zwischen vier und fünf Uhr. Wir waren gerade dabei, die Betten zu machen. Zuerst haben die Soldaten die Scheiben unserer Häuser kaputt geschlagen. Sie hatten Benzin dabei und so ein Pulver. Das schmierten sie an die Wände, dann zündeten sie es an. Das Pulver brannte. Wir versuchten, unsere Sachen aus den Häusern mitzunehmen, aber das ließen sie nicht zu.

Bevor die Soldaten die Häuser in Brand steckten, haben sie uns alle, Kinder, Frauen, Männer, am Dorfplatz gesammelt. Dann haben sie das Feuer gelegt. Sie ließen nicht zu, daß sich jemand bewegte, um seine Sachen zu retten.

Das Dorf besteht aus 66 Häusern, das heißt 66 Familien. Davon sind 20 Häuser heil geblieben, der Rest wurde verbrannt. Die Tiere waren draußen auf dem Feld. Die Soldaten waren den ganzen Tag da und haben uns gezwungen, das Dorf zu verlassen. Sie sagten: „Geht, verlaßt das Dorf!“ Wir fragten: „Wohin sollen wir gehen?“ Sie sagten: „Wohin ihr wollt.“ Daraufhin sind wir zu einem Nachbardorf gegangen, dort haben wir übernachtet. Am nächsten Tag sind wir nach Diyarbakir gekommen. Ich bin mit meinen beiden Söhnen hier. Meine Söhne sind verheiratet. Unsere Familie besteht aus neun Mitgliedern, und wir leben in einer Ein-Zimmer-Wohnung. Sie hat eine Küche, eine Toilette, einen Duschraum. Wir schlafen alle in einem Zimmer. Es gibt keine Betten, wir schlafen alle auf dem Boden. Wir sind alle arbeitslos. Meine Söhne arbeiten gelegentlich in der Holzverar-

beitung. Man kann dort Brennholz kaufen, das Holz wird kleingemacht, aber nicht wie in einem Sägewerk.

Ich habe eine Nichte hier. Für eine Woche waren wir bei ihr, dann haben wir diese Wohnung gefunden. Für die

Ein Flüchtling berichtet

müssen wir 400 000 Lira monatlich bezahlen.

Ich bin also ohne Arbeit, meine Söhne arbeiten gelegentlich. Wir leben hier nicht, wir versuchen zu leben.

Haben die Soldaten einen Grund genannt für die Zerstörung des Dorfes?

Sie haben gesagt: „Ihr seid Armenier. Ihr versucht ein Kurdistan zu gründen. Es gibt kein Kurdistan!“ Zu jemanden Armenier sagen ist in der Türkei eine Beschimpfung, weil die Armenier als Christen Ungläubige sind. Deshalb sagen sie, wir sind Armenier. Also hier in dem Gebiet gab es 1925 dieses Massaker an den Armeniern. Die Kurden wurden auch dazu ausgenutzt, die Armenier zu massakrieren. Der türkische Staat behauptet immer, daß die PKK unter dem Einfluß der Armenier steht. Es hat nichts damit zu tun, ob die Dorfbewohner Armenier sind oder nicht.

Ich war im Dorf Bauer, ich bin 56 Jahre alt. Ich hatte fünf Kühe, einen Maultesel und etwa 20 Schafe und Ziegen. Die Tiere habe ich verkaufen müssen.

Von den Bewohnern ist keiner ins Dorf zurückgegangen. Viele wurden von den Soldaten geschlagen, aber keiner mitgenommen. Manche Leute aus dem Dorf sind nach Diyarbakir gegangen, manche nach Adana. Vorher waren die Soldaten auch schon ein paar mal da gewesen, sie hatten Bomben geschmissen, aber passiert war nichts.

Wollen Sie in Ihr Dorf zurück?

Wenn sie es zulassen. Ich würde mir sogar eine einfache Hütte bauen und im Dorf bleiben, nicht wie hier. Wir können hier nicht auskommen.

dem ein neues Vertriebssystem aufgebaut. Die Zeitungen werden selbst nach Kurdistan transportiert. In den Städten verkaufen Kinder die Zeitung im Straßenverkauf. Die Kinder werden von Polizei und Zivilpolizei angegriffen, ge-

Gespräch mit Özgür Gündem



30 Tage Hungerstreik von Özgür Gündem-Mitarbeitern im IHD Istanbul gegen Journalistenmorde, Folter, Verhaftungen und den Verbotstreß. Bild: Roland Röder.

schlagen, ihnen werden die Zeitungen weggenommen. An verschiedenen Orten wird daher in der Zeit des Verkaufs zum Selbstschutz übergegangen. Vorne und hinten an der Straße passen jeweils vier Freunde auf, damit den Kindern nichts passiert. Bei Belästigungen grei-

fen sie ein. In Diyarbakir verkaufen 60 Kinder zwischen 3 000 und 3 500 Zeitungen, der Kioskverkauf lag bei ca. 2 000. Aber alle Angriffe können auch sie nicht verhindern. Am 26. September erfuhr die Delegation, daß in Diyarbakir ein Jugendlicher mit einem Schlachtermesser beim Zeitungsverkauf schwer verletzt und verstümmelt wurde, am 28. September wurde ein 16jähriger Junge ermordet.

Die Kioskbesitzer wollen jetzt dem Grossisten ein Ultimatum stellen. Wenn er Özgür Gündem nicht liefert, werden sie ihre Läden schließen und auch keine türkischen Zeitungen mehr verkaufen.

Hasan Doğan berichtete, daß eine normale journalistische Arbeit in Diyarbakir, Batman oder anderen Städten kaum noch möglich ist. Mitarbeiter können z.Zt. nicht für Recherchen die Redaktionsräume verlassen. Alle stehen unter ständiger Polizeiüberwachung. Zeitungsmachen, die Wahrheit über Kurdistan zu berichten, hat schon für neun Journalisten von Özgür Gündem tödlich geendet. Die Mörder werden immer von türkischen Kolonialstaat geschickt.

Haben Sie schon öfters solche Erlebnisse mit der türkischen Armee gehabt?

Das ist erst seit kurzem so, daß das Militär ständig in die Dörfer kommt. In der Nachbarschaft sind noch fünf Dörfer auf die gleiche Art zerstört worden. Viele Familien haben ihre Sachen schon weggebracht. Oft sind nur zwei oder drei Familien zurückgeblieben, in vielen Fällen nur alte Menschen. In einem anderen Dorf gibt es etwa 200 Häuser. Bewohnt werden nur noch 70 von alten Leuten.

Haben Leute aus dem Dorf mit der Polizei zusammengearbeitet?

Dorfschützer gibt es da keine. Aber es gibt in jedem Dorf einen, den Muhtar, den Dorfvorsteher. Da werden Leute eingesetzt, die keine leiden kann, die spionieren. Zum Beispiel wenn die Guerilla kommt, wenn die Familien denen Essen geben usw.

Den Leuten wird von ihnen gesagt, „eure Kinder sind bei der Guerilla“ und „ihr dürft nicht sagen, daß ihr Kurden seid“.

Hat der Muhtar gegen die Dorfzerstörung protestiert?

Er hat protestiert. Die Soldaten haben ihn zusammengeschlagen, auf dem Boden liegengelassen und sind gegangen.

Was für Militäreinheiten haben Ihr Dorf zerstört?

Alle waren da. Spezialeinheiten, Polizei, Gendarmerie und Soldaten. Mit Kettenfahrzeugen, mit Panzern. Sie haben damit das Dorf umzingelt, dann sind sie mit ihren Waffen runter gekommen und haben angefangen.

Hat es vorher in der Gegend Aktionen der Guerilla gegeben?

Da gibt es in der Nähe einen militärischen Wachposten. Da war schon mal was, eine Aktion der Guerilla.

Das Gespräch mit dem kurdischen Flüchtling führte die Delegation am 23. September 1993 in Diyarbakir.

Zu einer Frage nach dem Waffenstillstand antwortete Öcalan:

„Unsere einzige Bedingung ist es, daß der Weg für eine politische Lösung offengehalten wird. Unter solchen Umständen sind wir jederzeit zu einem beidseitigen Waffenstillstand bereit. Unsere einzige Bedingung ist der Dialog. Das wäre die erste Stufe. Die zweite Stufe könnte die Diskussion über eine Föderation sein. Punkte wie die Abschaffung des Dorfschützersystems, eine Generalamnestie für politische Gefangene würden ohnehin bei einem Dialog erwähnt werden.“

„Die Çiller-Regierung ist eine Marionette der Militärs.“ — „Die Regierung von Tansu Çiller ist eine völlig auf das Militär gestützte Regierung. Eine Regierung, die die Befehle der Generäle erfüllt. Wir wissen, daß auch die vorherige Regierung und Parteien unter der Kontrolle der Generäle standen.“

Die Differenzen innerhalb der Armee können stärker werden. Vor allem die in Kurdistan kämpfenden Soldaten sagen, daß sie nicht kämpfen wollen. Sie kön-

nen die Regierung und die Armee unter Druck setzen. Die Bildung einer Spezialarmee hat ihre Ursachen darin, daß die reguläre Armee dem Krieg nicht gewachsen ist. Die Idee einer Spezialarmee kommt der Niederlage der regulären Armee gleich.“

In bezug auf den arabisch-israelischen Frieden erklärte der PKK-Generalsekretär: „Das ist eine zeitweilige Versöhnung. Sie kann zur Öffnung eines Lösungsweges führen. Meine Worte sollten jedoch nicht mißverstanden werden, ich will damit nicht sagen, daß ich die Einigung gut finde.“

Im Falle einer Lösung der palästinensischen Frage wird die kurdische Frage im Mittleren Osten in den Vordergrund rücken.“

„Wer ist der Terrorist?“ Auf die Frage eines französischen Journalisten zum Thema Terrorismus antwortete Öcalan:

„Ich betrachte die Journalisten als Freunde, kritisiere sie jedoch wegen der falschen Einschätzung über die PKK. Wer ist denn hier Terrorist? Wir haben den Boden von niemanden besetzt. Wir

haben keinem seine Sprache weggenommen. Wessen Identität haben wir verleugnet und deshalb Massaker an ihm verübt? Auf all unsere guten Absichten und Forderungen haben sie mit der Ermordung von Zehntausenden von Menschen geantwortet.“

Ich frage Sie jetzt: Warum glauben Sie das alles? Wir stellen ganz legale Forderungen für das kurdische Volk. So wie das Selbstbestimmungsrecht und Ausbildung in kurdischer Sprache. Wer antwortet auf diese legitimen Forderungen mit Massakern und Terrormethoden?“

„Man muß genau begreifen, was wir unter Unabhängigkeit verstehen.“ Öcalan antwortete auf die Fragen eines Journalisten, ob die PKK eine Autonomie von der Türkei fordere:

„Wir wollen vor allem unsere eigene Existenz aufrechterhalten. Wir haben schon in der Vergangenheit erklärt, daß eine Einigung mit der türkischen Regierung über die Frage der nationalen und demokratischen Rechte möglich ist. Dafür haben wir sogar den einseitigen Waf-

fenstillstand proklamiert, doch sie waren zu keinerlei Gesprächen bereit.“

Wir bestehen nicht auf unbedingter Unabhängigkeit. Das Volk will Unabhängigkeit, aber das ist nicht mit einem unabhängigen Staat gleichzusetzen.“

„Die PKK ist für die Einheit bestimmd.“ Abdullah Öcalan erklärte, daß die Türkei Talabani benutze:

„Dabei ist Talabani nicht so sehr gegen uns. Wir sind bestrebt, die nordkurdischen Organisationen zu vereinen, aber es sind schwache Organisationen. Wir versuchen, alle kurdischen Organisationen, vor allem die von Burkay, zu vereinen. Dabei ist die PKK die entscheidende Kraft.“

In Zusammenhang mit Syrien erklärte der PKK-Generalsekretär, daß sie keine Probleme mit Syrien hätten:

„In Syrien lebt eine große kurdische Bevölkerung. Alle sind unsere Freunde. Sie haben viel unter den Türken gelitten. Zum Beispiel Antakya, das kommt zehn Golanhöhen gleich. Dann steht die ‚Wasserfrage‘ auf der Tagesordnung. All diese Umstände machen es notwen-

dig, daß Syrien uns aufmerksam beobachtet.“

Abdullah Öcalan betonte, daß Behauptungen, die PKK finanziere sich mit Drogenhandel, vollkommen falsch sind. „Wir sind gegen Drogen. Denn mit Drogen zu handeln oder sie zu benutzen, ist ein Verbrechen an der Menschheit. PKK-Anhänger trinken noch nicht einmal Alkohol. Probieren Sie es, Sie werden sie nicht zum Trinken bringen können.“

Auf die Frage, ob die PKK ausländische Unterstützung erhalte, antwortete der PKK-Generalsekretär: „Es gibt keine Unterstützung. Die PKK stützt sich auf ihre eigene Kraft. Trotz der Folter und der Morde ‚unbekannter Täter‘ wächst die Unterstützung durch unser Volk. Wenn ich jetzt 500 000 Menschen sagen würde, ‚arbeite für die PKK‘, würden sie das tun. Nur das Volk hält uns auf den Beinen. Die PKK hat weder vom westlichen Kapitalismus noch vom Sowjet-Sozialismus noch vom Islam Nutzen gehabt. Sie alle haben gegen uns gearbeitet.“

Eine „Neutrale Kraft“ oder ein Joker der Standortpolitiker?

Aus der Hamburger Diskussion: Zur STATT-Partei

Mehr als 14 Tage nach der Bürgerschaftswahl hat sich die SPD als stärkste, wenngleich stark geschwächte Partei noch nicht zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entschlossen. Der erste Bürgermeister Voscherau sucht die Koalition mit der STATT-Partei, um die „rot-grüne“ Koalition zu umgehen. Die Handelskammer, Repräsentant der Hamburger Kapitalisten, hat einen Forderungskatalog vorgelegt und verlangt klare Entscheidungen für die Hafenerweiterung, für eine vierte Elbtunnelfähre, ein den Privatverkehr förderndes Verkehrskonzept, Punkte, in denen die GAL Opposition signalisiert — noch? Mittlerweile hat sich die DGB-Kreisdelegiertenkonferenz für „rot-grün“ ausgesprochen, mit einer knappen Mehrheit der Stimmen aus den Dienstleistungsgewerkschaften.

Der Erfolg der STATT Partei, die bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft 46895 Stimmen bzw. 5,6 % erhielt und dadurch mit acht Sitzen in der Bürgerschaft vertreten ist und zudem in fünf Bezirksversammlungen je drei Sitze errang, hat fast alle politischen Kräfte überrascht. Sie erreichte ihre besten Ergebnisse in den großbürgerlichen Wohnvierteln, so über 10 % in Groß-Flottbek, Nienstedten, Volksdorf, Wellingsbüttel und Wohldorf-Ohlstedt, über 9 % in Blankenese, Othmarschen, Poppenbüttel, Rissen und Sasel. Aber auch in den Stadtteilen mit niedrigem Durchschnittseinkommen, in denen die Faschisten von REP und DVU zusammen über 10 % einfahren konnten, wie Altona-Altstadt, Billstedt, Billbrook, Billwerder, Hamm, Harburg, Horn, Jenfeld, Lurup, Veddel und Wilhelmsburg, erzielte sie noch zwischen 3,8 und 5,6 % und band so einen Teil des Protests gegen SPD, CDU und FDP.

Ohne Zweifel ist ein großer Anteil der Stimmen für die STATT Partei Ausdruck dieses Protests, der nicht links, grün oder rechts wählen wollte. Achim Reichert, einer der gewählten Abgeordneten der STATT Partei, drückt das aus, wenn er im *Abendblatt* (25.9.) meint: „Das ist die erste Gelegenheit, neutral politisch zu arbeiten.“ In einem nach der Wahl erschienenen Flugblatt bezeichnet sich die Partei als „unabhängige Wählervereinigung für ideologiefreie Politik, daß heißt Ausdruck der breiten bürgerlichen Mitte statt links- und rechtsgerichteter Ideologien, nur dem Gemeinwohl verpflichtet statt einseitigen Gruppeninteressen, Sprachrohr der Bürgermeinung und unparteiischer Fachleute“.

Ein Blick in die spärlichen programmatischen Äußerungen der STATT Partei zeigt jedoch, daß die Vorstellungen, die darin enthalten sind, durchaus nicht „neutral“ und „ideologiefrei“ sind, sondern in der Tradition einer konservativen Kritik am Parteiensystem der BRD stehen. So wird in den „Leitgedanken der Partei“ kritisiert, daß die Parteien das öffentliche Leben beherrschen, das Volk von der direkten Bestimmung über Sachfragen ausschließen, die Nominierung von Wahlkandidaten monopolisieren und sich im Kampf um Pfründe gemeinsam „den Staat zur Beute machen“ (R. v. Weizsäcker). Die Bürger seien unzufrieden mit den Parteien, weil sie bei wachsender Machtfülle sich immer weniger am „Gemeinwohl“, sondern an den Interessen von Partei, einzelnen und Interessengruppen orientierten.

Scheuchs Parteienkritik im Kapitalistenauftrag

Demgegenüber wendet sich die STATT Partei mit Erwin K. Scheuch gegen einen „neuen Adel“ der Parteiherrschaft. Da die Thesen der STATT Partei zum guten Teil auf seinem Mist gewachsen sind, lohnt es sich, die Kritik Scheuchs etwas näher zu betrachten. Erwin K. Scheuch (geb. 1928) ist Direktor des Instituts für angewandte Sozialforschung und des soziologischen Seminars der Universität Köln, bekleidete bzw. bekleidet zahlreiche Posten in nationalen und internationalen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Verbänden, so z. B. Deutsche Gesellschaft für Soziologie, International Sociological Association, Bund Freiheit

der Wissenschaft, Beirat der Nestle Gruppe Deutschland, Bundesverband deutscher Marktforscher, Mitglied der CDU (Bundesdelegierter) etc. Seine Kritik ist veröffentlicht in dem Buch *Cliquen, Klüngel und Karrieren*, Reinbek 1992 (rororo aktuell 12599), daraus stammen die folgenden Zitate.

Im Mai 1991 wurden Scheuch und seine Ko-Autorin Ute Scheuch von der Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Ausgangspunkt des Auftrags war: „... ihr Vorstand hatte einen grundsätzlichen Mangel in den heutigen Parlamenten ausgemacht: der wirtschaftliche Sachverstand fehle fast völlig. Zugleich hätten die früher einmal mächtigen Vereinigungen in der Partei zugunsten der Lokal- und Regionalorganisationen an Einfluß verloren. Hierzu sollten wir beide ein begründetes Thesenpapier mit Vorschlägen zur Änderung gegenwärtiger Zustände vorlegen.“ (S. 127) Die Autoren stellten in ihrer Arbeit fest, daß die Personalauswahl für Wahlämter die Schwachstelle des politischen Systems sei. „Diese Personalauswahl läuft ... nicht zuletzt deshalb schief, weil ein System von Vorteilsnahme in den lokalen und regionalen Parteiorganisationen das Durchsetzen motivierter und kenntnisreicher Persönlichkeiten abblockt.“ Mit anderen Worten: Die Verhältnisse in den örtlichen Parteiorganisationen der CDU waren für die in der CDU-Wirtschaftsvereinigung überregional organisierten Kapitalisten und Konzerne dysfunktional geworden. Die Ausführung des Gutachtens anhand einer konkret auf Kölner Verhältnisse bezogenen Fallstudie führte dann zu einem erheblichen Presse-Rummel, weil hier mit einer gewissen Systematik die Verfilzung von Parteien (v. a. CDU und SPD), Verwaltung und öffentlichen Unternehmen dargestellt wurde. Bezeichnend ist jedoch, daß die Beziehungen des „Kölischen Klüngels“ zur privaten Wirtschaft sorgfältig ausgeblendet blieben. Dies ist auch in den weitergehenden und verallgemeinernden Ausführungen der Autoren der Fall, was unter Berücksichtigung des ursprünglichen Auftrags auch verständlich wird. Die Möglichkeiten der Parteien bzw. von parteiinternen Cliquen, durch Kandidatenaufstellung, Einfluß auf Ämter- und Postenvergabe in Verwaltung und öffentlichen Unternehmen zu einem von den Kapitalisten relativ unabhängigen Machtapparat zu werden, ist ihnen ein Dorn im Auge.

Diffamierung von Sozial- und Umweltpolitik

Die Einseitigkeit der Kritik der Scheuchs an dem zweifelsfrei existierenden und kritikwürdigen System von Filz, Korruption und Ämterpatronage wird aber noch an anderen Punkten deutlich: Indem politische Karrieren vor allem „auf der Durchsetzung mit Hilfe von Seilschaften in lokalen Zusammenhängen“ gegründet seien (S. 112), habe „Sachkompetenz, die in praktischer Erfahrung gründet und wie sie vor allem durch die Verbände in die Politik hineingetragen wird“, nur noch untergeordneten Stellenwert. Über die regionalen Parteigliederungen setzten sich Vertreter der 68er Generation durch, die über „kommunikative Kompetenz“ verfügten. „Dem entspricht ein Wechsel von sogenannten ‚harten Themen‘ der Politik, die sich um Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung und materiellen Versorgung drehen, zu ‚weichen Themen‘, die moralische Themen und Ziele betonen, die nicht unmittelbar von existentieller Bedeutung sind. Darüber hinaus werden ‚harte Themen‘ moralisiert, das erleichtert das Mitreden und die Auseinandersetzung mit ihnen in den Medien.“ (S. 109) Propagandisten der „weichen“ Themen in der CDU seien Klaus Töpfer, Rita Süßmuth und Heiner Geissler. Als weiteres Beispiel für „weiche Politik“ wird Norbert Blüm angeführt: „Zur Begründung, warum die Einführung einer Pflegeversicherung

von unaufschiebbarer Dringlichkeit sei, legte er — im Ton beinahe schluchzend — besondere Betonung auf die Aussage, es sei moralisch unzumutbar, wenn zunehmend viele alte Menschen Sozialhilfe beantragen müßten.“ (S. 114) Angesichts der Tatsache, daß nunmehr „harte Themen“ wie Staatsverschuldung, Wohnungsmangel, die Kosten des Gesundheitswesens oder die Arbeitslosigkeit wieder in den Vordergrund rückten, wäre „eine rasche Ergänzung des jetzigen Führungspersonals durch fachlich qualifizierte Personen“ erforderlich. „Dies kann in erster Linie durch die Verbände erfolgen, falls deren Vertreter sich überhaupt in dem heutigen System durchsetzen können, in dem die Kandidatenaufstellung durch lokale Cliquen dominiert wird.“ (S. 114)

Es wird deutlich, daß der Kampf gegen den „Filz“ etc. zugleich eine inhaltliche Stoßrichtung gegen Umwelt-, Sozial- und Frauenpolitik hat, sofern sie in Konkurrenz zu den Kapitalinteressen geraten. Mit dem populären Knüttel „gegen den Filz“ soll zugleich das Personal getroffen werden, was nach Meinung der Autoren und ihrer Auftraggeber diesen Themen zu große Bedeutung beimißt. Die Abqualifizierung der Not alter, pflegebedürftiger Menschen als „moralisches Thema von nicht unbedingt existentieller Bedeutung“ spricht Bände.

Joker gegen Rot-Grün?

Die STATT Partei will:

— den Parteifilz aus Institutionen, Behörden und Gremien herausdrängen
— sachliche Fachkompetenz stärken und ideologiefreie Entscheidungen fördern.

Aus der bisher vorliegenden Programmatik geht nicht hervor, daß sie für die Lohnabhängigen irgendwelche positiven Anhaltspunkte in sozialer Hinsicht bietet, die über das CDU-Wahlprogramm hinausgehen. Wie sich zeigen läßt, kann das aber für die Kapitalisten durchaus der Fall sein. Die Handelskammer schreibt in ihrem Organ *Hamburger Wirtschaft* vom September zur Wahl: „Zur Lösung der großen Zukunftsaufgaben Hamburgs bedarf es der Konzentration auf die Bewältigung realer Herausforderungen, statt ‚weichen‘ Themen wie Gleichstellungsfragen, Beratungs- oder Betreuungsangeboten für selbsternannte Randgruppen und Scheinproblemen unangemessen viel Zeit und Kraft zu widmen. Ein Aufwind für ideologische Kräfte würde einen Abwind für unsere Stadt bedeuten. Nur mit einem politischen Kurs der Mitte sind die miteinander verbundenen Probleme von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und öffentlichen Finanzen zu bewältigen.“ Wie oben zitiert, begreift sich die STATT Partei als Ausdruck der „ideologiefreien bürgerlichen Mitte“. Nachdem die CDU aus verschiedenen Gründen nicht koalitionsfähig ist, könnte die STATT Partei für die Kapitalisten zum populären Instrument werden, unerwünschten Einfluß der Gewerkschaften und der Grünen auf den Senat abzuwehren. Markus Wegner hat bereits am Tag nach der Wahl im *Abendblatt* die Tolerierung eines SPD-Senats angeboten, wenn dieser bereit sei, „eine Reihe von Regierungsposten durch unabhängige, fachbezogene Personen zu besetzen“. Voscherau äußerte am 24.9. ebendort, „Rot-Grün“ werde es mit ihm nur geben, „wenn die SPD es schafft, glasklar ihre Hauptfunktion in so einer Konstellation durchzusetzen. Sie ist Garant von Arbeit, Wertschöpfung, Wirtschaftsfreundlichkeit und gesundem Menschenverstand, und das muß sie auch bleiben.“ Die größte Sorge der Bürgerlichen galt ohnehin nur der Frage, ob die STATT Partei „berechenbar“ sei. Für den *Abendblatt*-Redakteur Scholz keine Frage mehr: „Die gutbürgerlichen STATT Parteiler verbindet mit den wilden Grünen von vor elf Jahren bestenfalls der Protest gegen die Etablierten. An ihrer Berechenbarkeit wird kaum gezweifelt.“ (*Hamburger Abendblatt*, 25.9.) — (ulj)

Freiburg

Haushalt: Neuer Schock für die Stadt

Nachdem bereits im Mai diesen Jahres ein Fehlbetrag für den Doppelhaushalt von 57 Mio. DM festgestellt worden war (Solidarpakt 10, Steuer-mindereinnahmen 12, Mehrausgaben Jugend- und Sozialhilfe 23 und Fehlbetrag aus 1992 13 Mio.), ist nun ein weiteres Haushaltsloch von 41 Mio. DM zu stopfen (wg. Dt. Einheit und „Rezesion“ 22,5 Mio. und Mehrausgaben Sozial- und Jugendhilfe 18,5 Mio.).

All diese Defizite beruhen auf Regelungen des Bundes. Die Stadt protestiert, gibt die Belastungen letztlich aber einfach weiter. Die Möglichkeit, die Senkung der Gewerbesteuererinnahmen durch Anhebung des Hebesatzes auszugleichen (wie von der Linken Liste/Friedensliste beantragt), hat die Stadt Freiburg z. B. nicht in Betracht gezogen. Die Stadtverwaltung hat vor:

1. Personaleinsparungen durch Abbau übertariflicher Leistungen, durch Stellenabbau. 2. Einsparungen bei den Leistungen für Asylbewerber, im Kultur- und Freizeitbereich, Kürzungen bei der Bau- und Straßenunterhaltung, bei Schulen und bei den Zuschüssen an alternative Projekte. 3. Verwaltungsreform mit Zusammenlegung von Ämtern, Privatisierung, Dezentralisierung und eigener Budgetierung der Ämter.

Was von der Stadt als „revolutionäre strukturelle Überlegungen“ verkauft wird, erweist sich bei näherem Hinsehen als „alter Wein in nicht so neuen Schläuchen“. Personaleinsparungen (das „Ur-alt-Hobby“ der CDU) entlasten den Haushalt. Bei einer Arbeitslosenrate von ca. 8 % wird bei einem generellen Stellenstopp durch Ausgaben für Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld etc. die Hälfte der „Einsparungen“ einfach von einem Topf in den nächsten gesteckt. Die realen Einsparungen zahlen die einfachen Arbeiter/-innen und Angestellten.

Bei den sonstigen Einsparungen kritisiert die Linke Liste/Friedensliste, daß die Stadt Freiburg an ihrer Linie festhält, „Glitzerprojekte“ wie z. B. die Bahnhofsachse oder die B31 Ost im wahren Sinne des Wortes „koste es was es wolle“ durchzuziehen und ohnehin unliebsame Projekte mit dem Finanzknüttel zu erschlagen. So wird dem Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) eine Million für das Soziokulturelle Zentrum gestrichen, die Freisportanlage der Gesamtschule Staudinger ist wieder mal vom Tisch, unzählige alternative Projekte und Einrichtungen werden die Zuschußkürzungen von 10 bis

50 % nicht überleben. Und die Kürzungen der Leistungen für Asylbewerber sind die zynische Konsequenz daraus, die Asylbewerber für die finanziellen Engpässe der Kommunen verantwortlich zu machen, wie es der OB in seiner Haushaltsrede vor einem knappen Jahr getan hat.

Was den Sinn und Zweck des Privatisierungsrauschs angeht, der den gesamten Gemeinderat befallen zu haben scheint, so geht es damit entweder um Einschränkungen der Aufgaben bzw. Leistungen der Stadt oder um eine soziale Verschlechterung für die Bediensteten oder darum, ohne größere politische Probleme Gebühren und Tarife „marktgerecht“ explodieren zu lassen.

Und der absolute Clou: die Verwaltungsreform. Der politische Effekt ist klar und wird auch ausgesprochen: „Auf der Grundlage eines Verwaltungskontrollings wird die Verwaltungsführung zukünftig das ‚Unternehmen Stadt‘ mit Leistungs- und Finanzzielen ... steuern“. Also im Klartext: der Gemeinderat, eine politische Kontrolle wird weitgehend ausgeschaltet, sie sind einer „marktgerechten“ Führung des „Unternehmens Stadt“ nicht förderlich. Demokratie ist zu unberechenbar, zu ineffizient und zu teuer.

Eine eigene Budgetierung der einzelnen Ämter bedeutet nichts anderes, als daß ein Amt, z. B. das Sozialamt, mit einem festgelegten Etat eben auskommen muß und für die Verteilung der Gelder weitgehend selbst verantwortlich ist. Wenn also z. B. die Zahl der Sozialhilfempfänger steigt, gibt es eben weniger Kindergärten. Bis zur nächsten Horrervision, der Forderung nach einem nach unternehmerischen Kriterien kostendeckend arbeitenden Sozialamt, ist es nicht mehr weit.

— (aus az Freiburg, leicht gekürzt)

Essen

Mit 33 Jahren „abgebaut“?

Der Vorstand der Ruhrkohle AG will den Abbau der Belegschaften im Steinkohlenbergbau drastisch beschleunigen. Die Bergleute reagieren mit wütenden Protesten.

Schon zum 1.1.1994 sollen — zusätzlich zu den beschlossenen Stilllegungen — die Zeche Monopol in Bergkamen geschlossen und die Zechen Heinrich Robert in Hamm und Hugo/Consolidation in Gelsenkirchen teilweise stillgelegt werden. 6000 Bergleute sind davon betroffen, so daß allein in den zwei Jahren 1993 und 1994 die 20000 wegrationali-



Stuttgart. Gegen die Zerschlagung der Lohnfortzahlung und der Tarifautonomie demonstrierten am 23. September ungefähr 1500 Beschäftigte in Stuttgart Feuerbach. Bei Behr, Werner & Pfeiderer, Leitz und Bosch ruhte für zwei Stunden die Fertigung. — (ros)

Gewerkschaftsrat fordert Verbot der Leiharbeit

Karlsruhe. Der interregionale Gewerkschaftsrat Baden/Elsaß/Südpfalz hat kritisiert, daß deutsche Unternehmen in der Region bis zu 7000 Leiharbeiter aus Frankreich zu schlechteren Konditionen, als dies die Tarifverträge vorsehen, beschäftigen. Damit werden Tarifver-

träge unterlaufen. Das für französische Leiharbeiter zuständige Arbeitsamt meldet, die Zahl französischer Leiharbeiter in der Region sei rückläufig. Auch die illegale Beschäftigung französischer Bauarbeiter sei stark rückläufig. 1983 bis 1987 gab es jährlich rund 250 Verfahren wegen illegaler Überlassung französischer Arbeiter, 1993 noch kein einziges. Das Landesarbeitsamt: „Fra-



Bild: M.S.

sien würden. Erstmals seit langem lehnten die Belegschafts- und Gewerkschaftsvertreter im montan-mitbestimmten Aufsichtsrat einen Antrag des Ruhrkohle-Vorstandes ab.

Der Vorstoß des Vorstands brachte das Faß zum Überlaufen. „Wer Püttts platt macht, den machen wir platt!“, mit solchen Plakaten riefen Gliederungen der IG Bergbau zum Protest auf. Mehr als 1000 Bergleute besetzten am nächsten Tag die Zeche Monopol. Mehrere Schichten legten die Arbeit nieder. Am 22.9. ruhte in einem Großteil der Zechen im Ruhrgebiet die Arbeit. 60000 Bergleute, unterstützt von ganzen Schulklassen, gingen an diesem Tag auf die Straße. Zahlreiche Kreuzungen wurden blockiert. Vor allem in den nördlichen Ruhrgebietsstädten kam der Verkehr zeitweise vollständig zum Erliegen. Anders als früher gab es dabei Ärger mit der Polizei. Im Saarland demonstrierten 10000 Bergleute, denn es geht auch um die Kohlepolitik der Bundesregierung.

Viele Bergleute befürchten, daß die Bundesregierung von den Ergebnissen der „Kohlerunde“ von 1991 weg will. Demals haben die Energiewirtschaft, die Bundesregierung, die zuständigen Landesregierungen und die IG Bergbau Vereinbarungen über die Fortführung des „Jahrhundertvertrages“, aber auch über den Abbau der subventionierten Steinkohle-Förderung getroffen. Danach wird dem Bergbau bis zum Jahre 2005 die Abnahme von 50 Mio. t Steinkohle jährlich gesichert — bei einem Belegschaftsabbau von rund 30000 Beschäftigten. Die Finanzierung der Subventionen für die Verstromungskohle durch

den Kohlepfennig ist jedoch nur bis 1995 geklärt, ein neues Finanzierungsmodell steht aus. Gleichzeitig wankt das vereinbarte Mengengerüst. Allein die Verkokungsmengen sind durch die Stahlkrise auf 15 Mio. t in diesem Jahr gesunken, 3,5 Mio. t weniger, als vorgesehen.

Die Kapitalistenverbände drängen seit Jahren auf den Abbau des Kohlepfennigs. Seine für die weitere Subventionierung nötige Erhöhung von 7,5 % auf 8,5 % wurde gerade zu Fall gebracht. Die Kapitalisten wollen die stärkere Nutzung von billiger Kernenergie und Importkohle, die bis zu 200 DM/t unter der hiesigen liegt. Auch Erdgas aus den osteuropäischen Ländern und der ehemaligen UdSSR spielt eine zunehmend wichtigere Rolle. Gleichzeitig versuchen die Stahlkonzerne, die Krise zum Preisdruck zu nutzen. Krupp-Chef Cromme hatte hier einen ersten Erfolg erzielt: Im Zusammenhang mit der Stilllegung von Krupp-Rheinhausen zwang er die Ruhrkohle AG zur Gründung einer gemeinsamen Kokerei-Gesellschaft, in die diese die hochmoderne Kokerei Minister Stein in Dortmund einbrachte — Krupp-Hoesch kann so indirekt Kostenvorteile herauschlagen.

Auf die vom Ruhrkohle-Vorstand beabsichtigte Beschleunigung des Belegschaftsabbau haben vor allem die jüngeren Bergleute verbittert und wütend reagiert. Das Durchschnittsalter vieler Belegschaften liegt bei 33 Jahren. Die bisher üblichen Sozialpläne greifen weniger. Von den derzeit noch 6026 Beschäftigten auf den Zechen Hugo und Consolidation sollen nach den Plänen des Ruhrkohle-Vorstands 3700 bleiben; in den Vorruhestand können jedoch gerade 300 gehen. Und Umschulungen sollen zum Teil auf Bergleute unter 35 Jahren begrenzt werden.

Die IG Bergbau befürchtet vielleicht nicht zu Unrecht, den Protest nicht mehr lange kontrollieren zu können. Die Perspektiven sind jedoch nicht klar. Welche Bedeutung kann die Steinkohle im Rahmen einer Energiepolitik haben, die nicht den Profit zum Maßstab erhebt? Diese Frage müßte beantwortet werden. Quellenhinweis: WAZ 21., 22., 23., 24. und 28.9.1993 — (wof)

Norderstedt/Quickborn

Gegen den Krieg sein ist eine Straftat

Zum Antikriegstag 1993 plante die Antifa Quickborn für den 31. August eine Veranstaltung in Quickborn.

Ein Raum in der Heinrich-Hertz-Real-

schule wurde von der Stadt zur Verfügung gestellt. In einem Flugblatt rief die Antifa zur Veranstaltung unter der Überschrift „Die Bundesrepublik Deutschland auf Kriegskurs!“ auf und kritisierte darin die Mitverantwortung der BRD für den Krieg im ehemaligen Jugoslawien sowie die Beteiligung am UNO-Kriegstreiben in Somalia.

Abschließend forderte das Flugblatt: „Gegen UNO, NATO und WEU-Intervention! Abzug deutschen Geldes, deutscher Waffen, deutscher Soldaten!“

Desertiert, sabotiert, hoch die internationale Solidarität!“ Am Tag der Veranstaltung erfuhr die Antifa Quickborn, daß die Räumlichkeiten von der Stadt Quickborn entzogen wurden. Begründung des Verbots: Eindeutige Aufrufe zu Straftaten, die den Tatbestand des § 109d + e des StGB erfüllen. Dies kann in Schulen oder ähnlichen städtischen Einrichtungen nicht geduldet werden.“

Dieser Paragraph 109d Strafgesetzbuch mit dem Namen „Störpropaganda gegen die Bundeswehr“ nannte sich früher bei den Faschisten „Wehrkraftzersetzung“.

Ein Polizeiaufgebot verhinderte die Durchführung der Veranstaltung. Die Stadt Quickborn schaltete zudem den Verfassungsschutz ein. Im Haus der Jugend, wo sich die Antifa Quickborn und Umgebung bisher getroffen hat, wurde ihnen Hausverbot erteilt. Dieses ist der vorläufige Höhepunkt der staatlichen Repression gegen AntifaschistInnen im Raum Quickborn.

Die Repression gegen die Antifa Quickborn wird von den AntifaschistInnen so beurteilt, daß sie der Auffassung sind, dies soll Modellcharakter bekommen und der Beginn einer Repressionswelle gegen linke Gruppen in dieser Gegend sein.

Dieser Entwicklung wollen die antifaschistischen Gruppen sich entschlossen entgegenstellen. Die Antifa Norderstedt hat sich bereits mit der Antifa Quickborn solidarisch erklärt und verurteilt das repressive Vorgehen der Stadt Quickborn und der Polizei.

Auch sie bewertet das Vorgehen als einen gezielten Angriff auf alle antifaschistischen Gruppen und den Versuch, diese zu spalten und einzuschüchtern. Zum antifaschistischen Kampf gehöre vor allem das Engagement gegen die Bundeswehr, die zunehmend Kriegseinsätze vorbereite, um ihre außenpolitischen Interessen zu sichern. Getreu der Erklärung der Westeuropäischen Union (WEU), „daß die überseeischen Märkte und Energiequellen zu den vitalen Interessen Westeuropas zählen und mit militärischen Mitteln zu sichern sind.“ Eine Demonstration ist für Ende Oktober geplant. — (hei)

Aktion Zuflucht gegen Roma-Abschiebung

Die Roma brauchen eine politische Lösung, die vor Abschiebung schützt

Stuttgart. Seit Anfang September sind etwa 100 Frauen, Männer und Kinder aus der Roma-Gruppe, die seit Monaten Zuflucht vor Abschiebung sucht, in Stuttgart.

Wie berichtet, hatte das baden-württembergische Innenministerium mit Paßkontrollen und damit Abschiebung gedroht. Fast täglich finden Veranstaltungen statt, werden Aktionen vor dem Innenministerium und in der Stadt durchgeführt. Am 23. September beteiligten sich etwa 100 Menschen an einem Gedenkmarsh vom Hohenasperg (Landkreis Ludwigsburg), wo vor 55 Jahren eine Sammelstelle für die Deportation in Vernichtungslager war, nach Stuttgart. Der DGB, die Grünen, die VVN/BdA, die Fachschaftsvertreterversammlung der Universität, die „Aktion Zuflucht“, „Ohne Rüstung leben“, ein Stuttgarter Waldheimverein, der Stadtjugendring, Landtags- und Europaabgeordnete u.a. unterstützen die Forderungen der Roma und appellieren an den SPD-Innenminister Birzele, seinen Handlungsspielraum auszuschöpfen.

In der Tagespresse erschienen verschiedentlich unwahre und verzerrte Berichte, worin z. B. behauptet wurde, die Grünen unterstützten die Politik des Innenministeriums. Auf einer Pressekonferenz bezeichnete der Sprecher der Süddeutschen Roma-Union Jasar Demirov die ebenfalls in der Presse gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, er locke die Roma hierher und verlange von ihnen Geld für seine Tätigkeiten, als Verleumdung und wurde dabei von der Roma-Gruppe unterstützt.

Die derzeitige Situation der Roma ist in jeder Hinsicht unerträglich. Eine angestrebte Kompromißlösung muß unbedingt den Weiterbezug von Sozialhilfe (alles muß derzeit über Spenden finanziert werden) und Straffreiheit für die Aktion enthalten. Gegen Jasar Demirov sowie die Evangelische Studiengemeinde Köln wird bereits ermittelt wegen der Veröffentlichung des „Dachauer Appells“, also wegen des Aufrufs zur Bildung von Fluchtbüroen. Diese Verfahren zielen direkt gegen die Selbstorganisation und den Widerstand von Flüchtlingen.

Die Roma akzeptieren jede Möglichkeit, die Schutz vor Abschiebung mindestens garantiert, bis das Europaparlament über die Petition entschieden hat. Die Gruppe hat sich im Bemühen um einen Kompromiß am 29. September erneut an den Innenminister gewandt und mitgeteilt: „Wir gehen auf die angebotene sorgfältige und großzügige Einzelfallprüfung auf Abschiebehindernisse ein und haben detaillierte Vorschläge zu diesem Verfahren gemacht. Bisher haben wir ‚Einzelfallprüfungen‘ abgelehnt: wir sind ja auch schon bisher nach ‚Einzelfallprüfungen‘ abgeschoben worden. Wenn wir heute ‚Einzelfallprüfungen‘ akzeptieren, dann nur gekoppelt an die Prüfung relevanter Tatbestände und Stellungnahmen internationaler Gremien: UN-Menschenrechtskommissionen, EG-Ministerrat, Europäisches Parlament, KSZE-Konferenzen. Diese internationalen Gremien haben immer wieder Beschlüsse und Empfehlungen zum Schutz der Roma gefaßt. In Deutschland aber handeln Regierung und Behörden, als stünde unser Land auf internationaler Ebene in einem rechtsfreien Raum. Die deutschen Gesetze und die deutsche Behördenpraxis mißachten souverän diese Dokumente der internationalen Völkergemeinschaft, angefan-

gen von der Genfer Konvention zum Schutze der Flüchtlinge (1959) bis zur Resolution der UN-Menschenrechtskommission ‚Schutz der Roma‘ von 1992. Herr Birzele hatte schon bei seinem Gespräch mit uns im DGB-Haus am 16. August 93 die Meinung geäußert, daß das ‚Roma-Problem‘ eigentlich auf europäischer Ebene eine Lösung finden müsse. Wenn er am 15. September mit drei Europa-Abgeordneten über die ‚Dachauer-Roma‘ gesprochen hat, dann zeigt er damit, daß er diese Dimension mit einbezieht. Wir haben uns an den UNHCR in Genf, ans Europäische Parlament in Strasbourg und an den Europarat (Menschenrechtskommission) gewandt. Wir sagen heute dem Innenminister: Einzelfallprüfung ja — aber bitte unter Einbeziehung europäischer/internationaler Erkenntnisse, Resolutionen und Empfehlungen!“

Das genaue Ergebnis erneuter Verhandlungen mit dem Innenministerium war bis Redaktionsschluß nicht bekannt. Die Aktion Zuflucht teilte mit, Birzele sei den Roma nicht entgegengekommen, er habe sie nach wie vor aufgefordert, an ihre Unterkünfte (die meisten haben gar keine Unterkünfte mehr!) zurückzukehren und dann Anträge auf Einzelfallprüfung zu stellen. Zur Zeit beraten die



Bild: p.b.

Roma über ihre nächsten Schritte.

Die Situation der Roma war auch Thema beim Tag des Flüchtlings am 1. Oktober. Die Sprecherin der Grünen/Bündnis 90 bekräftigte die Forderung nach Abschiebestopp und warnte: „Desto mehr wir uns abschotten, desto häufiger wird es mit großem Druck durchgeführte Aktionen verzweifelter Menschen geben müssen.“ Ilona Langrene, die Vorsitzende des baden-württembergischen Landesverbands deutscher Sinti und Roma, verurteilte die unverantwortlichen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete und forderte Solidarität mit allen Menschen, die vor Pogromen, Verfolgung, Krieg und Gewalt fliehen müssen: „Nach dem Völkermord der Nazis an Sinti und Roma aus ganz Europa haben die Bundesregierung und die Regierungen der Bundesländer auch gegenüber den Roma-Völkern in Ost- und Südosteuropa eine besondere historische Verantwortung zum Schutz ihrer Minderheitenrechte und damit zum Abbau der Fluchtursachen.“

Quelle: Pressemitteilungen der Roma-Union und der Aktion Zuflucht — (evc)

zosen, die damals auf dem Markt billig angeboten wurden, sind nun teurer als die Osteuropäer.“ — (map)

Arbeitszeitverlängerung bei Autozulieferbetrieb

Gleichenburg. Der Autozulieferbetrieb Burgess will am 13. September unter Umgehung des geltenden Tarifvertrages die Wochenarbeitszeit der 120 Angestellten um zwei Stunden heraufsetzen. Bislang ist von einer Befristung bis zum 31.12. die Rede. Die zusätzliche Arbeitszeit soll angeblich für „konzeptionelles Denken“ genutzt werden. Als Begründung wurden von der Geschäftsleitung Umsatzrückgang und Preisnachlässe angegeben. Etwa 40 Beschäftigte des Betriebes wurden bereits seit Anfang des Jahres entlassen. Die IG Metall klagt die Geschäftsleitung an, die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates zu mißachten, und beabsichtigt, rechtliche Schritte einzuleiten. — (jot)

Dienstaufsichtsbeschwerde wegen Solingen abgelehnt

Solingen. Das Bundesjustizministerium hat die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft zu dem faschistischen Brandanschlag am 29.5.1993 in Solingen zurückgewiesen. Vertreter antifaschistischer Initiativen und Organisationen und zwei Abgeordnete der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag hatten sich darin darüber beschwert, daß die Bundesanwaltschaft der Frage nach den Hintergründen des Anschlages offensichtlich nicht nachgeht. Auf die konkreten Vorhaltungen geht die Antwort aus dem Bundesjustizministerium jedoch nicht ein. Die flauhe Begründung: Laufende

Ermittlungen. Die VVN-BdA hat ihre Unzufriedenheit über diese Antwort in einem weiteren Schreiben zum Ausdruck gebracht. Darin weist sie auch darauf hin, daß einige Tatsachen anscheinend im Widerspruch zu den Geständnissen der vier Tatverdächtigen stehen. So steht nach Untersuchungen der Bundesanwaltschaft fest, daß als Brandbeschleuniger nicht Benzin verwendet wurde, sondern Pinienterpentinöl. Dieser Stoff ist nur in Fachgeschäften erhältlich — was auch die Aussage in Frage stellt, es habe sich um eine „spontane“ Tat gehandelt. Sollen hier vielleicht andere gedeckt werden? Bei einem Widerruf der Geständnisse können solche Widersprüche zur Erschütterung des Verdachts führen, während die Zeit für neue Ermittlungen zu spät ist. Ähnlich war es bei dem Prozeß um den Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. — (wof)

Eine Fregatte für die Türkei

Hamburg. Gewerkschafter und Mitglieder von Friedensgruppen protestierten am 29.9. vor Blohm + Voss anläßlich der Taufe einer Fregatte. Das mit hoher Feuerkraft und hochmoderner Bewaffnung ausgerüstete Kriegsschiff ist für die Türkei bestimmt. Den größten Teil ihres Kaufpreises (500 Mio. DM) stellt die Bundesregierung der Türkei in Form von Militärhilfe zur Verfügung. Ein weiterer Teil wird mit niedrigen Zinsen als Kredit von der bundeseigenen Hermes Kreditversicherung verbürgt. Die Türkei nimmt für den Bau dieses Schiffes Sonderkredite aus dem Bundeshaushalt in Anspruch. Zur Zeit wird mit den türkischen Streitkräften über ein weiteres Fregattenprojekt verhandelt. Die Bundesregierung ist bereit, zusammen

mit den deutschen Banken auch für dieses Geschäft Gelder und Kreditbürgschaften bereitzustellen. Der Handel soll im November abgeschlossen werden. — Über den Bau der Kriegsschiffe hinaus wird bei Blohm + Voss der Führungsstab der Marine-Offiziere für die Bedienung der Waffen in einem neugeschaffenen Trainingszentrum ausgebildet. — (scc, nach Lokalberichte Hamburg)

Evangelische Kirche im Faschismus

Köln. Auch die Bekennende Kirche hat sich nicht grundsätzlich gegen den Nationalsozialismus gewandt. Eindrucklich belegte dies Hans Prolingheuer in einer Veranstaltung des Deutschen Freidenker-Verbandes (Köln) am 23. September. Anhand von Dokumenten wies er nach, daß die „Fronten“ im Kirchenkampf nicht zwischen Nazigegnern und Nazi-Anhängern verliefen, sondern zwischen protestantischen Christen, die Hitler zum Messias stilisieren wollten und sich „Deutsche Christen“ nannten, und der Bekennenden Kirche, die erklärte: „Wir sagen ‚Ja‘ zum Hakenkreuz, dem Siegeszeichen Adolf Hitlers“ und „Wir sagen ‚Ja‘ zum Kreuz unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus“. Hans Prolingheuer verwies darauf, daß ab 1936 auch für Nichtchristen keine Möglichkeit mehr bestand, sich als gottlos oder atheistisch zu bezeichnen. Für die „Deutschen“ bestand nur die Möglichkeit, sich einer der beiden großen christlichen Konfessionen oder aber den „gottgläubigen Religionsgemeinschaften“ zuzuordnen. In diese Kategorie mußten sich alle Anders- und Nichtgläubigen einordnen, zum Beispiel auch Freidenker, deren Verband lange aufgelöst und verboten war. — (uld)

Kurz berichtet

Kein Schritt voran bei der Zusatzversorgung Ost

Erfurt. Am 20.9. fand in Erfurt die zweite Verhandlungsrunde zur Übertragung der Zusatzversorgung (VBL) auf den öffentlichen Dienst in Ostdeutschland und Ostberlin statt. Die ÖTV betrachtet es als Auftrag des Einigungsvertrages, einheitliche Arbeits- und Lebensbedingungen herzustellen. Auch bei diesem Treffen legten die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes kein Angebot vor. Sie verwiesen auf ihre finanzpolitischen Probleme, die sich seit dem ersten Treffen weiter verschlechtert hätten. Deshalb hätten sie „ernsthaft prüfen müssen, ob die Verhandlungszusage überhaupt weiterhin aufrechterhalten bleiben könne. In der Sache selbst beschränkten sich die Arbeitgeber darauf, ihre ... bereits genannten Positionen zu wiederholen. Diese laufen im Ergebnis darauf hinaus, für den Bereich der neuen Bundesländer ein Betriebsrentensystem außerhalb einer Gesamtversorgung zu entwickeln, das aus ihrer Sicht der Maßstab für künftige Regelungen auch im alten Bundesgebiet sein könne. Dieser erneute Versuch, auf dem Umweg über Verhandlungen für das Tarifgebiet Ost in das ... Tarifgebiet West einzugreifen, mußte von der Gewerkschaft ÖTV energisch zurückgewiesen werden.“ Am 15./16.11. wird weiterverhandelt. ÖTV-Tarifinformation 2/93 — (har)

Treuhandvorstoß zunächst abgeblasen

Gegen die Neue Deutschland GmbH unternehmen Parteienkommission und Treuhandanstalt alles, um ihr die Existenzgrundlage einzuschränken oder gar zu beseitigen. Die Treuhandanstalt hatte auf Drängen der Bundesinnenminister unterstehenden Parteienkommission ultimativ von der Neue Deutschland GmbH eine Zahlung von zwei Millionen DM angeblicher Schulden gefordert. Per Gerichtsurteil sollte die GmbH gezwungen werden, diese hohe Summe, die den Konkurs der GmbH nach sich ziehen und die Liquidierung der größten sozialistischen Tageszeitung Deutschlands bedeuten würde, zu zahlen. Nun entschied die 9. Zivilkammer des Landgerichts Berlin die Zivilklage der Treuhand für unzulässig und verwies sie ans Verwaltungsgericht, was zunächst als Niederlage der Treuhand zu werten ist. Nach Erläuterungen des Leiters des Direktorats Sondervermögen, Dr. Josef Dierdorf, wurde diese Entscheidung getroffen, um eine völlige Abweisung der Klage zu verhindern. Laut Justizsprecher Rautenberg ist eine Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtes fraglich, da ND auf Beschluß der Parteienkommission im Oktober 1991 „unbeschwert“ aus der Treuhand-Verwaltung entlassen wurde. Es wird bezweifelt, ob die seit drei Jahren anhaltenden Versuche der Treuhand nun endgültig eingestellt werden.

Quelle: ND vom 21.9.93 — (abe)

Opposition kritisiert Kommunalverfassung

Potsdam. Nach heftigem Streit hat das brandenburgische Parlament mit nur 42 zu 37 Stimmen den Gesetzentwurf zur Kommunalverfassung beschlossen. Die PDS kritisiert daran vor allem die überproportionale Stärkung der hauptamtlichen Bürgermeister als Gefahr eines „kommunalen Bonapartismus“ sowie das „Privatisierungsgebot“. Letzteres besagt, daß eine Gemeindevertretung verpflichtet wird, im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung Leistungen privaten Anbietern zu übertragen, wenn sie in mindestens gleicher Qualität und Zuverlässigkeit erbracht werden. — (har)

Olympia 2000 7 Stimmen für Berlin

Die „Völker“ der Welt, oder wer auch immer, haben entschieden, daß die Olympischen Sommerspiele im Jahr 2000 in Sydney (Australien) stattfinden werden. Die mit der Bewerbung Berlins als Olympia-Standort betraute Olympia GmbH hat nach den Angaben der Olympia-Organisation in der Stadt rund 270 Mio. DM in den Sand gesetzt. Neben den Kosten in Höhe von rund 60 Mio. DM für die Bewerbung incl. Schmiergelder für die Mitglieder des Olympischen Komitees, fallen gut 200 Mio. DM für die Räumungskosten des Stadions der Weltjugend, Zuschüsse für die Olympia-Sportstätten GmbH, Gutachten und sonstige Planungskosten in die Gesamtrechnung. Besonders schmerzhaft wurde beklagt, daß zwar Schmiergelder für mindestens 30 sichere Stimmen investiert, jedoch nur 7 von 89 stimmberechtigte IOC-Mitglieder zum funktionieren gebracht hat. Zwei Stimmen haben die eigenen Delegierten zur Gesamtstimmzahl von 9 Stimmen beigetragen.

Inzwischen haben alle gelben Bären entweder Mundwinkel und Augenbrauen verzogen, oder sind gänzlich aus dem Stadtbild verschwunden.

Angetreten war und gewonnen hat die Olympia GmbH mit dem Slogan „Sportstadt Berlin“. Gemeint war aber wohl, daß möglichst viele Zuschauerplätze gebaut werden, damit viele wenige bei sportlichen Übungen zuschauen können. Die vier Olympischen Großprojekte wie Mehrzweckhalle, Rad-, Schwimm- und Sprunghalle, Olympia-Halle sowie als Sporthallen nutzbare Erweiterungsbauten auf dem Messegelände dokumentieren das deutlich. Ob dieser Milliardenprojekte haben die Schul-, Freizeit- und Breitensportler der Stadt schon rote Backen vor lauter Erwartung auf die künftigen Sportobjekte bekommen.

Allein im Bezirk Prenzlauer Berg fehlen 45 Schulsportanlagen. Durch geschickte Nutzungsbelegung wäre es bestimmt möglich gewesen, die Schüler auf die in ihrem Bezirk geplanten Hallengroßprojekte aufzuteilen. Das alles ist nun in weite Ferne gerückt. Es steht aber zu befürchten, daß die Großprojekte doch noch errichtet werden, wenn sie niemand verhindert. — (mam)

Wir dokumentieren (aus Platzgründen gekürzt) Auszüge aus der Erklärung „Menschenrechte in Deutschland“ des Ostdeutschen Bundeskongresses der Verbände, die dieser am 2. Oktober in Berlin unterzeichnet hat (siehe auch Seite 3).

Mit großen Hoffnungen auf Freiheit und Menschenrechte haben Millionen Deutsche im Osten unseres Vaterlandes den gesellschaftlichen Umbruch des Herbstes 1989 verbunden. Ungeachtet der Tatsache, daß sich einige dieser Hoffnungen erfüllt haben, gerieten die Bemühungen um eine freie Lebensgestaltung nach der Wende in Konflikt mit der neuen Wirklichkeit nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990. Das gilt nicht nur für den Ostteil des Landes, sondern auch zunehmend für den Westteil ... Die Ausdifferenzierungen zwischen „unten“ und „oben“ verschärfen sich weiter ... Die gegen die SED-Parteidiktatur erstrebten Grundfreiheiten und Menschenrechte gerieten in die Fänge eines neuen Kartells der Regierungsparteien, das für viele Ostdeutsche eine neue Form der Parteidominanz darstellt. Die erreichte Demokratie mündiger Bürgerinnen und Bürger hohlt sich durch egoistische Kapitalinteressen, Parteienfilz, Rechtsradikalismus, Rassismus und Kriminalität aus.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 bekräftigt: „Jedermann hat das Recht auf Arbeit“. In Deutschland aber gibt es gegenwärtig mehr als 7,5 Millionen Arbeitslose in unterschiedlicher Form (Erwerbslose, Kurzarbeiter, Vorruheständler u.a.) und ein Rückgang ist nicht abzusehen.

„Jedermann hat das Recht auf eine Wohnung.“ In der Bundesrepublik aber fehlen fast drei Millionen Wohnungen. Über eine Million Menschen ist obdachlos oder haust in Notunterkünften.

Das „Recht auf angemessenen Lebensstandard“ spricht die Allgemeine Erklärung jedem zu. In der Bundesrepublik leben heute bereits 6 bis 8 Millionen Menschen in Not, über 4 Millionen Menschen sind auf das Sozialamt angewiesen.

Das „Recht auf soziale Sicherheit“ steht jedem Bürger zu. In der Bundesrepublik vollzieht sich gegenwärtig ein dramatischer Abbau von Sozialleistungen zu Lasten der ohnehin Gefährdeten und bereits Ausgegrenzten, und weiterer Abbau ist vorgesehen.

Das zustehende „Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“, wird in der Bundesrepublik ausgehöhlt.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bekräftigt „die Gleichberechtigung von Mann und Frau“. In Deutschland verschärfen sich die Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Das beweist u.a. der Fortbestand bzw. die territoriale Ausweitung des Abtreibungsparagraphen 218.

Die Allgemeine Erklärung untersagt es Gruppen und Personen, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die auf die Abschaffung der in dieser Erklärung ausgesprochenen Rechte und Freiheiten hinzielt. In der Bundesrepublik aber erheben Rechtsradikalismus, Gewalttätigkeit und Neofaschismus ihr Haupt und die Regierungspolitik bietet dieser bedrohlichen Entwicklung nicht kategorisch Einhalt.

Die „Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft innewohnenden Würde und ihrer unveräußerlichen Rechte“ durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte steht im Kontrast dazu, daß es einer wachsenden Zahl von Bürgern nicht möglich ist, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten und ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen ...

Enteignung

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte versichert: „Jeder hat das Recht, allein oder in Gemeinschaft mit anderen Eigentum zu besitzen. Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.“ Die Ostdeutschen erleben seit dem 3. Oktober 1990 einen großangelegten Angriff und Zugriff auf ihr gesellschaftliches und genossenschaftliches und sogar auf ihr persönliches Eigentum. Von allen europäischen Völkern gehört den Ostdeutschen in ab-

sehbarer Zeit am wenigsten von dem von ihnen bewohnten Territorium samt seiner Bebauung und Infrastruktur. Die als „Privatisierung“ bezeichnete Vernichtung von Industriegebieten vornehmlich im Konkurrenzinteresse der westdeutschen Wirtschaft oder im Interesse der „Alteigentümer“ beraubt das deutsche Volk im Osten wesentlicher Existenzmittel.

Das gleiche gilt für die großflächige Vernichtung von genossenschaftlichem Eigentum in der Landwirtschaft. Die Bäuerinnen und Bauern in den LPG haben ihr Eigentum erarbeitet. Jetzt werden ihnen Rahmenbedingungen und Instrumentarien der EG-Agrarpolitik übergestülpt und eine kurzfristige Umstrukturierung gefordert.

70 % des Wohnungsbestandes der DDR sind mit den Händen und Mitteln der DDR-Bevölkerung errichtet worden. Das waren schon ohne Berücksichtigung des neuen Marktwertes 300-450 Mrd. DM. Jetzt werden ihr sogar ihre eigenen Vermögenswerte als Eigentumswohnungen zum Kauf angeboten.

Die Einschränkung des Bestandschutzes für Renten kommt ebenfalls

den ostdeutschen Rentnern weniger als 50 % der Mittel westdeutscher Rentner zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts zur Verfügung ...

Diskriminierung im öffentlichen Dienst

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verbietet die in ihr „proklamierten Rechte und Freiheiten ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung“ ... Die quasi unter Treuhandschaft stehenden und einer Beschränkung ihrer Souveränität unterworfenen Ostdeutschen erleben seit dem 3. Oktober 1990 eine permanente Verletzung des Menschenrechts auf gleichberechtigten „Zugang zu öffentlichen Ämtern“. 1,5 Millionen Ostdeutsche werden aufgrund ihrer ehemaligen beruflichen Stellung oder politischen Tätigkeit vom Zugang zum öffentlichen Dienst und zu öffentlichen Ämtern ausgeschlossen. Gegen zehntausende von Lehrern, Ärzten, Juristen, Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, Soldaten, Trainern und Sportfunktionären, Wissenschaftlern und Künstlern aller Disziplinen und Bereiche wurde ein politisches Berufsverbot verhängt ...

Zerstörung von Wissenschaft, Bildung und Kultur

Der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.12.1966 verpflichtet die Vertrags-

staaten, die zu wissenschaftlicher Forschung und schöpferischer Tätigkeit unerlässliche Freiheit zu achten“.

Obwohl die Bundesrepublik zu den Vertragsstaaten dieses Pakts gehört, haben die Bundesregierung und die ostdeutschen Landesregierungen diesen Menschenrechtsgrundsatz groblich mißachtet ... In einer historisch beispiellosen Weise wurde nach dem Anschluß der DDR nahezu das gesamte Wissenschaftspotential der DDR zerschlagen. Von den 195073 in Forschung und Lehre Beschäftigten wurden inzwischen annähernd 90 % aus ihren Vollzeitstellen entlassen ... Wie die Wissenschaftler, so wurden auch 80 % der Künstler und Kulturschaffenden der DDR durch die Zerschlagung kultureller Infrastrukturen und unvermittelter Marktkonfrontation weitgehend ihrer materiellen Existenzbedingungen beraubt ...

Aufhebung des Grundprinzips der Gleichheit

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde geboren“ wird in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gesagt.

Für viele Westdeutsche und den überwiegenden Teil der Ostdeutschen aber gilt dieser erste Grundsatz der Menschenrechte nicht. Der Einigungsvertrag hat Ostdeutschland zu einem Gebiet minderen Rechts und seine Bevölkerung zu Bürgern minderen Rechts erklärt. Wie ein Sprecher der Bundesregierung erst im Juli 1993 offiziell im Bundestag erklärte, stehen Bürgern der DDR höchstens Reservatsrechte zu. Damit haben die Ostdeutschen lediglich den Status einer nicht gleichberechtigten Minderheit ...

(Es folgen Forderungen zur Industri- und Landwirtschaftspolitik, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Sicherung der Eigentumsrechte der Ostdeutschen, zum sicheren Wohnen, zu Renten, Gesundheit, Menschenrechten. d. Red.)

Fazit

Drei Jahre deutsche Einheit haben den Zustand politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Krisenhaftigkeit verstärkt ... Appellationen und Forderungen an die herrschende Politik bleiben erfolglos, wenn sie nicht von einer starken Menschen- und Bürgerrechtsbewegung, einer außerparlamentarischen Opposition, getragen werden ...

Menschenrechte in Deutschland

Eine ostdeutsche Initiative

einer Enteignung der Betroffenen gleich.

Diese Politik der Enteignung spricht — das Völkerrecht negierend — der DDR nachträglich das Recht ab, Eigentum juristisch begründet zu haben. Die Politik der Enteignung zielt auf das Selbstwertgefühl der Ostdeutschen, deren auch international anerkannte Aufbauleistung nach dem zweiten Weltkrieg in Bewußtsein und Psyche ausgelöscht werden soll. Deshalb spricht die Bundesregierung nur noch von „Altschulden“ und vom „Schuldenberg“, den die DDR angeblich hinterlassen hat. Dabei wurde der noch vor dem Beitritt mit 625 Mrd. DM geschätzte Wert des Industrievermögens der DDR mit dem 3. Oktober 1990 zu einer Schuldenlast von 210 Mrd. DM umbewertet ...

Massenarbeitslosigkeit

„Jedermann hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“

Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Armut haben das höchste Niveau der Nachkriegsgeschichte in Deutschland erreicht. Statt Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die im Westteil in Folge der Rezession und einer verfehlten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik stark ansteigt und die im Ostteil durch eine beispiellose Entindustrialisierung, insbesondere durch die Operationen der Treuhand wächst, wird ein Sozialabbau größten Ausmaßes betrieben. Immer mehr wird das gegenseitige Ausspielen von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Ost einerseits und in West andererseits zur Methode.

Mit 15,4 % war die Arbeitslosenquote vom August 1993 in Ostdeutschland mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland, und die Quote der von offener und verdeckter Arbeitslosigkeit Betroffenen beträgt im Osten über 40 %. Schon jetzt hat der Anteil der Langzeitarbeitslosen nahezu 60 % erreicht ... Fast 40 % der Schwerbehinderten wurden bereits im ersten Jahr der Einheit aus dem Arbeitsleben herausgedrängt ...

Rentenunrecht

Immer mehr alte Menschen werden an ihrem Lebensabend von Altersarmut betroffen ... Deutschland bleibt weiter in zwei Rentenvölkern gespalten, obwohl auch im Westen die Altersarmut wächst. Im Osten wird man noch 10 bis 12 Jahre auf die Angleichung der Rentenansprüche warten müssen. Gegenwärtig haben



Wie bereits 1992 in Schwerin hatte die PDS zum 3. Oktober zum „Einheitsmarkt“ nach Potsdam eingeladen. Nicht nur einheimische PDS-Mitglieder, auch viele aus den Bundesländern privat oder gleich mit Bussen angereiste Mitglieder und Sympathisanten, aber auch Potsdamer Bürger nutzten die Möglichkeiten, die diese Veranstaltung bot. Es gab Gesprächsrunden mit dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky, dem Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi, der Beobachterin im Europaparlament Sylvia-Yvonne Kaufmann, dem ehemaligen Rektor der Berliner Humboldt-Universität, Prof. Fink, den Kandidaten für die Oberbürgermeisterämter in Frankfurt, Cottbus und Potsdam, Gerlinde Stobrawa, Kerstin Bednarsky und Rolf Kutzmutz (unser Bild). Kreis- und Landesvorstände informierten über ihre Aktivitäten. — (sta)

Das vollständige Dokument kann zusammen mit den anderen Materialien zum Preis von 4,- DM (bitte in bar oder Briefmarken beilegen) bestellt werden bei: Organisationskomitee, c/o GBM, Karl-Lade-Str. 26, 10369 Berlin, Tel. 030/5556355.

„Sind wir denn Kolonie?“

**Mecklenburg-Vorpommern:
Junker wollen ans Bauernland**

Mecklenburg-Vorpommern ist das Land für deutsche Junker zur Vererbung deutscher Bauern. Bundes- und Landesregierung stellen dafür die Weichen. Dieser Prozeß soll nach den Vorstellungen der Regierenden weiter fortgesetzt werden.

Im Auftrag der Treuhand ist die „Bodenverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft“ (BVVG) für die Vergabe und Verpachtung des Bodens der früheren Genossenschaften und Staatsgüter zuständig. Sie untersteht nur den Weisungen der Treuhand. Landesregierung und -parlament haben nur eine beratende Funktion und damit keinerlei Einfluß. Von den 470 000 Hektar Land sind erst ein Drittel langfristig verpachtet. Eine Richtlinie des Bundesfinanzministeriums legt die bevorzugte Verpachtung an Alteigentümer aus dem Westen fest. Damit werde — so Till Backhaus, Vorsitzender des Agrarausschusses des Landtages — der ländliche Frieden gefährdet, weshalb man die Landesregierung auffordern wolle, Klage beim Bundesverfassungsgericht zu erheben. Er bezeichnete Bundeskanzler Kohl und Bundesfinanzminister Waigel als die dafür Verantwortlichen. Ständig neue Richtlinien von Waigel würden nur Verwirrung stiften. Mit dem geplanten Siedlungsaufbauprogramm ab 1995/96 soll ein Großteil der Flächen auf den Markt geworfen werden, was nur den zahlungskräftigen Westdeutschen zugute komme.

Nichtvorhandene langfristige Pachtverträge sind ein Hindernis für Bankkredite. Dadurch werden Investitionen in ärztlicher Höhe blockiert. Ursache dafür sind nichterteilte Atteste für „Grundstücksverkehrsgenehmigungen“ (welch schöne Wortschöpfung!) durch die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen. Erst nach Vorlegen

der Atteste kann die Treuhand Grundstücke veräußern.

Diese Blockierung läuft faktisch auf den Ruin einheimischer landwirtschaftlicher Betriebe hinaus. Westdeutsche „Alteigentümer“ erklären offen, mit dem Gewinn aus der Pacht der beantragten Flächen schrittweise früheres Eigentum zurückzukaufen. Sie wenden sich skrupellos dagegen, daß „Neueinrichter“ mehr Flächen erhalten als „Alteigentümer“ und fordern Mindestflächen für die Verpachtung.

Gegen diese Praxis regt sich Widerstand. Einer der Träger und Organisatoren ist der Landesbauernverband. Sein Präsident Harald Röpke verurteilte insbesondere die Kluft zwischen den Aussagen der BVVG und der Vergabepolitik. Es gebe Fälle, in denen gegen das Veto des Verbandes die Treuhand in Berlin zuungunsten einheimischer Landwirte entschieden habe. Dem sanften Protest auch von Vertretern der Landesregierung setzte Bundeslandwirtschaftsminister Borchert Mitte September auf dem Landesbauerntag entgegen, daß die Vergaberichtlinien von Landespolitikern ausdrücklich gebilligt worden seien. Damit ist und bleibt jeglicher Protest seitens der Landesregierung und ihrer tragenden Parteien nur Schaumschlägerei. Im Hintergrund agieren Borchert und Co. weiter im Interesse der deutschen Großgrundbesitzer.

Parallel dazu wird noch produzierenden Landwirtschaftsbetrieben weiterer Boden „weggepachtet“, bis sie eine Größe erreichen, die eine gewinnbringende Produktion unmöglich macht. Am Ende ist der Ruin einkalkuliert. Selbst die Preispolitik zielt auf die Vernichtung von Betrieben. Die Bauernverbände als berufsständische Interessenvertretungen sind immer weniger gewillt, niedrige Getreidepreise hinzunehmen. Verschär-



aus: Journal für Recht und Würde, Nr. 7 + 8/93

fend wirken sich erntebedingte Ertrags- und Qualitätseinbußen (z. B. bis zu 30 % Mehrkosten für die Trocknung von feuchtem Getreide) bei ungenügendem staatlichen Finanzausgleich aus. Sorgen bereitet den Bauern auch der fortschreitende Abbau der Mastbestände bei Schweinen und Rindern.

Auch das Fischereiwesen ist stark gefährdet. Ein Landesfischereigesetz gibt es nicht. Am 7. Mai legte das Ministerium den sechsten Entwurf vor, der in elf Paragraphen gravierende Verschlechterungen vorsieht. Die Fischer laufen dagegen Sturm, daß keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen für die Ausübung ihres Berufes bestehen, was zu eklatanten Auswirkungen für die Verpachtungspraxis der Gewässer durch die BVVG führt.

Auf einer Landestagung der Fischer Anfang September wurde die Festschreibung einer Mindestpachtdauer von 12 Jahren gefordert. Bei einer Anhörung im Landtag wurde massiver Protest gegen den Gesetzentwurf erhoben. Gewarnt wurde vor einem Ausverkauf von Angel- und Fischereirechten an westdeutsche Pächter.

Ein Höhepunkt in der bisherigen Protestbewegung war sicher die Besetzung des Büros der BVVG in Rostock, Schwerin und Neubrandenburg am 3. September durch mehrere hundert Bauern.

Die Bauern wollen nicht länger hinnehmen, daß Landesregierung und -parlament in diesen für sie so wichtigen Fragen nur beratende Funktion haben. „Auftrag der BVVG — Bauernland in

Junkerhand“ hieß es auf einem der mitgeführten Plakate.

Der Geschäftsführer der Burower Marktfurth GmbH, Jürgen Harnack, dessen Unternehmen von den einst 830 ha BVVG-Flächen nur noch 300 zur Verfügung hat, äußerte, sie wollen jetzt „um jeden Quadratmeter Boden kämpfen“. „Sind wir denn eine Kolonie?“ fragten die Bauern voller Wut und Empörung bei der Schilderung weiterer Versuche zur Vertreibung einheimischer Bauern. Auf einer Pressekonferenz meinte Bauernpräsident Harald Röpke danach: „Solche Fälle können bürgerkriegsähnliche Zustände hervorrufen“.

Hier beginnt offensichtlich eine neue Eskalation — von Junkern und „Alteigentümern“ eingeleitet. — (KC)

PDS/LL im Bundestag

Privatisierung — Angriff auf Kommunalvermögen

Zur von der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der PDS/LL im Bundestag in Auftrag gegebenen Studie „Bedeutung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen für die Selbstverwaltung sowie die Folgen ihrer Privatisierung“ erklärte MdL Dr. Dietmar Keller:

1. In der Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie angesichts der eklatanten Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise — besonders in Ostdeutschland — wird gerade jetzt vielerorts der Ruf nach rigoröser Privatisierung kommunaler Unternehmen unhörbar. Die sich virusähnlich ausbreitende Privatisierungseuphorie wird von der Bundesregierung maßgeblich befördert. Mit dem vor allem ordnungspolitisch geprägten Ziel, privaten Unternehmen Chancen gegenüber kommunalen Betrieben und Einrichtungen einzuräumen, werden von der Bundesregierung knallharte Entscheidungen mit zumeist weitreichenden Folgen vorbereitet. Noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages soll das Haushaltsrecht so geändert werden, daß Private zwingend Vorfahrt vor öffentlichen Unternehmen erhalten. Finanz- und Innenministerium prüfen jetzt darüber hinaus, ob nicht künftig auch auf kommunale Gebühren die Mehrwertsteuer erhoben werden kann. Damit kämen Zusatzbelastungen in Milliardenhöhe auf die Bürgerinnen und Bürger zu. Den kommunalen Unternehmen wiederum wird ein existenzbedrohender Kampf angesagt — obwohl in vielen Regionen Ostdeutschlands gerade sie noch als einzig nennenswerte Arbeitgeber verblieben sind. Eine analytisch fundierte Debatte zum Pro und Contra der Privatisierung kommunaler Dienst-

leistungen ist daher dringend geboten.

2. Die Studie weist nach, daß Ostdeutschland auch bei der Privatisierung von Kommunalvermögen eine Experimentier- und Vorreiterrolle zugeordnet ist. So liegt hier z. B. der Privatisierungsgrad im öffentlichen Personennahverkehr mit z. Z. ca. 20 Prozent bereits weit höher als im Altbundesgebiet.

Die Studie belegt auch, daß die in nicht wenigen Fällen mit der Privatisierung kommunaler Aufgaben verknüpften Erwartungen einer erheblichen Entlastung der Kommunalhaushalte in ihrer Pauschalität nicht eintreten. Kommunale Selbstverwaltungsaufgaben lassen sich ohnehin nicht verkaufen, weil der Versorgungsauftrag der Kommunen bei den sogenannten Pflichtaufgaben auch ohne eigene Unternehmen besteht.

Privatisierungen kommunaler Aufgaben sollten grundsätzlich nur dann zugelassen werden, wenn dadurch die Erfüllung öffentlicher Anliegen nicht beeinträchtigt wird. Maßgeblich ist bei einer Einzelfallprüfung der exakte Vorteilsnachweis sowie die langfristige vertraglich sichere Leistungserfüllung.

3. Die Studie kommt zu dem Schluß, daß kommunale Unternehmen keine Auslaufmodelle sind, sondern als eine wesentliche materielle Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung geschützt und ausgebaut werden müssen. Ihre Existenz gibt den Kommunen wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten, weil eben nicht der Gewinn, sondern das Gemeinwohl im Vordergrund steht. Die desolate Finanzsituation, insbesondere der Ost-Kommunen, wird sich auch mit einer noch so groß angelegten Privatisierungswelle nicht beheben lassen. Dafür ist eine Reform der Gemeindefinanzierung unerlässlich. Angesichts einer bereits viermal so hohen Pro-Kopf-Veranschlagung ostdeutscher Kommunen (1993 rund 1 150 DM) im Vergleich zu denen im Altbundesgebiet sowie fehlender Sicherheiten für die Planung der Gemeindefinanzen treten wir für die Einführung einer auf etwa 15 Jahre verfassungsverankerten Finanz-

pauschale für die Ost-Kommunen ein. Legte man rund 2 000 DM pro Einwohner/ Einwohnerin zugrunde, so könnte diese Pauschale jährlich ca. 32 Milliarden DM betragen.

Sachsen

Volksantrag „Landeswohngeld“ wird eingereicht

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Herr Kunckel (er will gerne Ministerpräsident werden), gab kürzlich eine Pressekonferenz. Thema: Landeswohngeld.

Die Zeitungen reflektierten tags darauf, daß ein parlamentarischer Antrag der SPD auf ein Landeswohngeld von der CDU abgeschmettert wurde und wie sehr die SPD darob betrübt sei, wo sie sich doch so wahnwitzig und vehement für die sozial Bedürftigen im Lande eingesetzt hatte. Der Wahlkampf läßt grüßen. Die Eingeweihten jedoch wissen es besser.

Anfang des Jahres tüftelten die Komitees für Gerechtigkeit in Leipzig und Dresden an einer Möglichkeit, wenigstens den sozial am schlechtesten gestellten sächsischen Bürgern so zu helfen, daß ihnen eine Obdachlosigkeit künftig erspart bleibt. Sie recherchierten und diskutierten, sie lasen und studierten und kamen am Ende auf die Idee, über einen Volksantrag ein Gesetz im Sächsischen Landtag einzubringen, das Personen, die unter ein bestimmtes, definiertes materielles Existenzminimum nach Abzug aller Wohnausgaben kommen, einen entsprechenden finanziellen Zuschuß vom Land Sachsen zur Miete gewährleistet.

Kluge Leute arbeiteten an der Gesetzesformulierung, andere suchten Partner, die diesen Volksantrag mitinitiierten würden. Der Arbeitslosenverband Sach-

sen war sofort dafür, die beiden genannten Komitees auch, der Stadtverband Dresden der PDS war dabei und viele Mietervereine Sachsens ebenso.

Der Chef des Sächsischen Mieterbundes, Herr Dreikopf, zugleich Abgeordneter der Fraktion der SPD im Sächsischen Landtag, wurde ebenfalls mehrmals von Leuten der Komitees und vom Chef des Dresdner Mietervereins angesprochen, den Volksantrag offiziell mitzutragen.

Wie das Leben so spielt, Herrn Dreikopf fiel es schwer, sich eindeutig festzulegen. So brachte der Mieterverein Dresden den Volksantrag zum Landeswohngeld auf dem 2. Sächsischen Mietersitzung in Meißen ein. Er wurde beraten und beschlossen. Mit allen Stimmen der anwesenden Delegierten; also auch mit der Stimme des Vorsitzenden, Herrn Dreikopf.

Die Initiatoren waren nun sehr optimistisch. Parallel hatten Komiteevertreter auch mit den Kreisvorsitzenden der PDS gesprochen und mit anderen Landespolitikern der PDS und sich deren Unterstützung versichert.

Aber — wie das Leben so spielt: Als die Unterschriftenlisten fertig waren, verweigerte Herr Dreikopf seine Unterschrift. Immerhin, er kam wenigstens in die Vorbereitungsgruppe für den Volksantrag, um sich zu erklären. Aus seiner Erklärung war deutlich herauszuhören, daß er Probleme mit seiner eigenen Fraktion bekommen würde, falls er unterschreibe.

Aber die Idee eines Landeswohngelds gefiel ihm doch sehr. Und bald darauf (wie kam das bloß?) erarbeitete die SPD-Fraktion einen Antrag. Einen Antrag zu einem Landeswohngeld. Herr Dreikopf war immerhin so kulant, ihn uns zu übermitteln. Der SPD-Antrag war anders aufgebaut als der der Initiatoren des Volksantrages. Sein Kriterium eines Landeswohngeldes war die Wohnungsgröße, das Kriterium des Volksantrages die natürliche Person.

Mittlerweile begannen die Unterschriftensammlungen für den Volksan-

trag. Es war von vornherein klar, daß die Initiatoren die 40 000 Unterschriften allein nicht zusammenkriegen würden. Dafür waren ihre Strukturen nicht ausgeprägt genug oder in großen Teilen Sachsens gar nicht vorhanden. Sie waren deshalb sehr dankbar, daß die meisten Kreisvorsitzenden der sächsischen PDS die Unterschriftensammlungen mittragen wollten. Sie wußten auch, daß zur gleichen Zeit ein Volksantrag zur Verfassungsnovellierung durch die sächsische PDS lief; dachten aber, daß es möglich sein könne, „für beide Volksanträge“ parallel zu sammeln. Vor allem, da ja der Antrag zum Landeswohngeld das Grundrecht auf Wohnen konkret untersetzt.

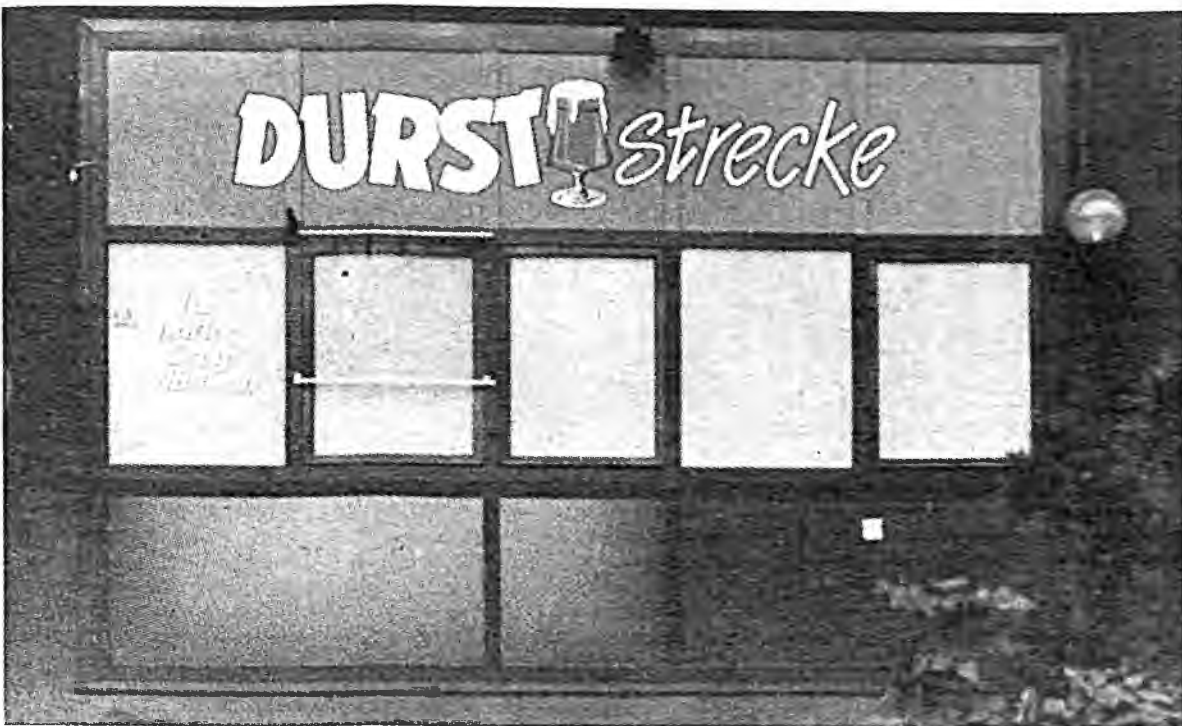
Aber — wie das Leben so spielt: Für den Volksantrag zum Landeswohngeld liegen zur Zeit nur 16 000 Unterschriften vor. Das reicht natürlich nicht, den Gesetzentwurf in den Sächsischen Landtag einzubringen; das reicht noch nicht einmal, um damit politische Power zu machen.

Es blieben zwei Möglichkeiten: Die erste hieß: aufgeben. Die zweite hieß: noch einmal tief Luft holen und weiter-sammeln!

Das heißt, für die PDS-Kreisvorsitzenden, die in Schweinsburg in Klausur berieten, gab es nur eine Variante: Weitermachen! Die fehlenden 25 000 Unterschriften sind bis zum PDS-Landespartei-tag am 27. November zu schaffen!

Illusionen über die Annahme des Volksantrages zum Landeswohngeld machen wir uns alle nicht. Aber die Chancen sind dennoch ein bißchen größer als die für den SPD-Antrag. Denn unser Gesetzentwurf geht von der finanziellen Stützung einer natürlichen Person aus; das liegt den Intentionen der CDU näher als die Subventionierung von Wohngrößen. Selbst dann, wenn der Volksantrag abgelehnt würde, ist bei einer Unterstützung durch 40 000 Bürger daraus politisches Kapital zu schlagen.

— (Christine Ostrowski, PDS-Stadtvorsitzende Dresden)



Linke Zusammenarbeit bei den kommenden Wahlen sinnlos?

Nachlese zum Hamburger 0,5%-Wahlergebnis

Das Stimmenergebnis der Kandidatur der „Linken Alternative“ (LA) bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen hat in der Linken unterschiedliches Echo ausgelöst — von „Sektierertum hat keine Chance“ (PDS) bis „nicht schlecht“ (MLPD).

Einigkeit besteht vielleicht nur darin, daß niemand das Wahlergebnis als gut bezeichnet. Ansonsten wird das Wahlergebnis dazu benutzt, gegenseitige Schuldzuweisungen zu machen, alte Rechnungen zu begleichen und vor allem getrennte und konkurrierende Kandidaturen zu den nächsten Wahlen zu begründen. Das ergibt sich für uns aus den Stellungnahmen verschiedener linker Zeitungen und Vorstände.

Dabei ist das Wahlergebnis schlimmer, als die Stellungnahmen zum Ausdruck bringen, und mit Schlagworten wie „sektiererisch“, „Altherrenpolitik“ und „Anti-Programm“ nicht zu

erklären. Haben linke Kandidaturen im Westen, inkl. PDS, derzeit überhaupt Aussicht auf ein bis zwei Prozent Stimmen, um so einen Beitrag zu leisten, daß die PDS im Bundestag vertreten bleibt? Und wie kann die Linke handlungsfähig werden im Kampf gegen die Faschisierung der Gesellschaft?

Der PDS-Parteivorstand fordert die totale Unterordnung der Landesverbände und sieht seinen Fehler darin, nicht frühzeitig die Kandidatur der „Linken Alternative“ öffentlich kritisiert und bekämpft zu haben, statt zu überlegen, ob eine Unterstützung das Stimmenergebnis hätte verbessern können. Das läßt in punkto „Avantgardepartei“ und „kulturvoller Umgang“ tief blicken und für einen gemeinsamen linken Wahlkampf zu den Europa- und Bundestagswahlen wenig Hoffnung. Daß arrogante Schlagworte und autoritäre Führungsstrukturen die Problemlage erklären und be-

schönigen und nicht dazu beitragen, die Linke für die Europa- und Bundestagswahlen zu mobilisieren, kann man an der Positionsbildung von PDS und VSP sehen. Was haben sie anzubieten? Eine VSP-Parteiladenkandidatur mit noch weniger Stimmen oder eine allwissende Führung in der Hauptstadt, der sich alles unterzuordnen hat?

Ohne Zweifel, die Erfahrung des BWK, daß eine Zusammenarbeit der linken Kräfte auch zu besseren Wahlergebnissen führt, hat sich diesmal nicht bewährt. Erklärungen dafür müssen uns interessieren — in jeder Form. Dagegen, daß linke Politik strömungsübergreifend sein muß und nicht ausgrenzend sein darf, und daß sie von unten entwickelt werden muß und nicht durch neunmalklugen Vorstände entwickelt werden kann, liefert das schlechte Wahlergebnis kein Argument. Die Diskussion muß also weitergehen. — (jöd)

ak, analyse und kritik vormals Arbeiterkampf

Die unter linken Nicht- oder Nicht-mehr-WählerInnen diskutierte (und u.a. auch im letzten ak begründete) Überlegung, durch Stimmabgabe für GAL, Linke Alternative oder VSP den Einzug der Nazis in die Bürgerschaft zu verhindern, hat ebenfalls zu deren Scheitern beigetragen. Allein unter diesem Aspekt hatte die Kandidatur der Linken Alternative ihre Berechtigung. Als zukunftsweisendes Modell ist das Projekt gescheitert. Die LA, formal ein Personenbündnis, in der Darstellung nach außen ein Zusammenschluß linker Organisationen, erreichte nur 0,5 % und fiel damit weit hinter das Ergebnis der letzten Bürgerschaftswahl zurück. Damals hatten AL und PDS noch getrennt kandidiert und jede für sich ebenso viele Stimmen bekommen wie jetzt das Bündnis.

UZ, Zeitung der DKP

Durch den Druck der Verhältnisse (nur acht Wochen Zeit bis zum Wahltermin) entwickelte die LA in einem sehr intensiven Diskussionsprozeß eine „Politische Erklärung“, die Grundlage der gemeinsamen Kandidatur war. Darin wurden klare antikapitalistische und antifaschistische Positionen formuliert. Allen, die sich nicht in den herrschenden Verhältnissen einrichten wollten, wurde eine Alternative geboten. Die Beteiligten sahen schon allein in dem Zustandekommen dieses Bündnisses, in der Arbeitsweise und dem erreichten Konsens, der hauptsächlich auf eine weitere Zusammenarbeit über den Wahltermin hinaus zielt, einen wesentlichen Fortschritt für die linke Politik in Hamburg.

4312 Stimmen (0,5 Prozent) stehen für ein Bekenntnis gegen Rassismus, Faschismus, menschenfeindliche Stadtpo-

litik und für klassenkämpferisches Eingreifen in die herrschenden Verhältnisse.

Dies Ergebnis ist bescheiden und dennoch nicht gering einzuschätzen. Die linke Alternative wird unter diesem Namen als Bündnis weiterarbeiten und versuchen, dem rechtsgewirkten „Zeitgeist“ breiten Widerstand entgegenzusetzen — mit Klassenpositionen. Das Bündnis hat lediglich zur Bürgerschaft kandidiert, nicht bei den gleichzeitigen Wahlen zu den Hamburger Bezirksparlamenten. In Hamburg Bergedorf gab es für die Linken ein erfreuliches Ergebnis. Die örtliche GAL, wesentlich kämpferischer und basisnäher als die Hamburger Stadt-GAL, ermöglichte einer DKP-Angehörigen auf Ihrer offenen Liste eine aussichtsreiche Kandidatur. Sie wurde als engagierte Antifaschistin ins Bezirksparlament gewählt.

Rote Fahne, MLPD

Unter diesen Umständen sind die erreichten 4312 Stimmen für die Linke Alternative nicht schlecht.

Nicht besonders anziehend wirkte zweifellos die Tatsache, daß es das Bündnis nur zu einem „Anti“-Programm gebracht hat. Zum anderen fehlte etwas der engagierte Wahlkampf. Die MLPD machte als Teilnehmer der Linken Alternative im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten einen eigenständigen Wahlkampf mit dem positiven Programm für eine echte sozialistische Alternative. Dabei sind unsere Genossen gewachsen und haben dabei einen wichtigen Beitrag geleistet, in Hamburg etwas aus der Peripherie der politischen Szene herauszukommen.

Nachdem der Versuch an der PDS gescheitert ist, ein breites Wahlbündnis zu schaffen, bleibt der MLPD auf Bundesebene nur noch die Möglichkeit, mit einer offenen Liste zu kandidieren. Zu einem breiten Bündnis reichen weder die Zeit noch unsere Kräfte. Wir werden in den nächsten Wochen verschiedenen Kräften, mit denen wir auf der Grundlage des Kampfes schon eine praktische Zusammenarbeit durchführten, entsprechende Angebote machen. Dazu gehören nicht nur eine Reihe Einzelpersonen aus dem gewerkschaftlichen Kampf, dem aktiven Widerstand gegen die Umweltzerstörung, dem antifaschistischen Kampf oder der selbständigen Frauenbewegung, dazu gehören auch fortschrittliche und revolutionäre Organisationen.

Die Bestrebungen für ein breites Wahlbündnis halten wir gegenwärtig auf kommunaler Ebene für möglich, wobei wir allerdings künftig entschiedener darauf drängen werden, ein positives Programm und einen aktiven Wahlkampf zu führen. Vor allem die aktiven Teile der Massen suchen nach einer wirklichen Alternative und nicht nach der bloßen Formulierung ihres gesteigerten Unmutes.

Sozialistische Zeitung, VSP

Enttäuschend schnitt die „Linke Alternative“ (LA) ab, ein Bündnis aus der Alternativen Liste (AL), dem BWK, der DKP, dem Lesbenring, der MLPD, der PDS/LL, der Volksfront, der VVN und anderen: 0,5 Prozent. Diesen Anteil hatten jeweils PDS und AL bei der letzten Wahl erreicht, als sie noch getrennt kandidierten. Als Opposition links von der GAL hatten sie wenig Ausstrahlungskraft.

Ihre ersten Bündnistreffen erinnerten auch eher an einen „Altherrenverein“ als an eine neue lebendige Kraft. Veranstaltungen organisierten sie kaum und ihre ersten Plakate stellten eine Anti-Haltung dar, unter der sich kaum jemand etwas vorstellen konnte. Erst die letzten Plakatierungen drückten zaghaft ihre Forderungen aus. Die Auflistung aller Parteien des Bündnisses hinterließ auch eher den Geschmack des Sektenscheiterns, denn den eines bewußten Zusammenschlusses für eine andere Politik, einer treibenden Kraft auf der Straße.

Die VSP-Ortsgruppe Hamburg feierte am Sonntag ihre verdiente Wahlparty. Über das Sammeln von Unterschriften, Voraussetzungen für die Kandidatur, konnten viele Gespräche geführt werden, und auch die kleinen Hilfsaktionen von außerhalb ließen das Stimmungsbild bei den Unterstützern steigen. Drei Veranstaltungen wurden in der Wahlkampfzeit organisiert, die auch recht erfolgreich waren. Die meisten fühlten sich beim Thema „Leben auf Kosten der ‚Dritten Welt‘“ angesprochen, eine Veranstaltung, die auch eine Reihe von Farbigen anzog, und beim Thema „Urteil zum J218, Frauenunter-

drückung als Staatsziel“. Enttäuschend von der Besucherzahl her blieb die Diskussionsveranstaltung um „Ansätze antirassistischer Arbeit“. Der TV-Spot, in leicht veränderter Form ... wurde dann doch einmal vom NDR ausgestrahlt.

Die VSP hatte zu ihren Veranstaltungen die Alternative-Liste eingeladen, damit sich das linke Bündnis dort darstellen konnte. Es gab also keinen VSP-Wahlkampf mit Plakaten und anderen bunten Werbemitteln. 274 WählerInnen gaben der VSP ihre Stimme, das entsprach weitgehend den Erwartungen und der Relation zur Mitgliederzahl der VSP am Ort, zumal, wenn man zum Vergleich die Stimmenzahl der Alternativen Liste und die Mitgliederzahl des diese bildenden Bündnisses heranzieht.

PDS-Parteivorstand Pressedienst vom 24. 9. 93

Zunächst nahm Gregor Gysi (alle Hervorhebungen im Original, d. Red.) das Wort. Er ging auf das prononciert von Andreas Grünwald immer wieder vorgebrachte Argument ein, es sei in diesem Wahlkampf weniger um Stimmen, mehr zum den Verständigungsprozeß unter Linken gegangen. Genau das aber ist, so Gysi, eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Wahlkampf als Zeit der „Verständigung“ zu betrachten, negiert die gegebenen Zusammenhänge zwischen den gegenwärtigen Wahlkämpfen und dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf, in den die PDS mit dem eindeutigen Ziel gehe, den Einzug ins Parlament wieder zu schaffen. Insofern meinte der Bundestags-Gruppenvorsitzende, habe sich der Hamburger Landesverband mehrheitlich leichtfertig für eine Linie gegen die Interessen der Gesamtpartei entschieden und den Wiedereinzug in den Bundestag behindert, statt den zu befördern. Unbedingt erforderlich sei es, alle im Vorfeld von Europa- und Bundestagswahlen stattfindenden Wahlen auch in ihren möglichen Auswirkungen auf diese zu sehen. Daran knüpfte auch André Brie an, der den Hamburgern vorwarf, viel zu wenig überlegt zu haben, was gut für die PDS insgesamt, mehr noch, gut für die Politik in diesem Land ist. Er bezeichnete es als eine „besondere Verantwortung“, mit größtem Einsatz für den Einzug einer konsequenten linken Opposition in die höchsten Parlamente zu ringen. Wolfgang Gehrcke knüpfte daran die Überlegung an, daß von der Vertretung der PDS im Bundestag auch mit abhängt, ob dem Prozeß der Entmutigung Zeichen entgegengesetzt werden können, gleiches gelte für die bedrohliche Rechtsentwicklung hierzulande. Das, so faßte der PDS-Vize zusammen, seien aus seiner Sicht strategische Fragen, die „Eini-gung der Linken“ ins Zentrum zu stellen, sei eben eine andere strategische Orientierung. „Wenn wir uns darin eins sind, daß die Europa- und Bundestagswahlen 1994 für die Partei einen solchen Stellenwert haben, dann darf es meines Erachtens in der Partei auch bei anderen Wahlen kein Vorgehen geben, das im Widerspruch zu dem Wahlbeschuß der zweiten Tagung des 3. Parteitagess steht“, sagte Dietmar Bartsch. Deshalb könne es seines Erachtens auch für einzelne Landesverbände keinen beliebigen großen Entscheidungsspielraum geben. Gysi spitzte das noch zu: Einige Dutzend Mitglieder eines Landesverbandes können doch nicht Entscheidungen treffen, die in ihrer Konsequenz letztlich gegen die Interessen von z.B. weiter über 30000 Mitglieder eines anderen Landesverbandes gerichtet sind. Eindeutig kritisiert wurde der extrem enge, ja sektiererische Charakter des Hamburger Bündnisses „Linke Alternative“. Solch enges Herangehen, betonte Gregor Gysi, schließt breite offene Listen, für die der Parteitag plädierte, regelrecht aus. Es gelte doch, Bündnisse zu wählen, die unsere Akzeptanz erhöhen, statt diese zu minimieren. Ein real vorhandenes breites Wahlpotential, so gab André Brie zu bedenken, ist nur zu erschließen, wenn Form der Kandidatur, Wahlaussagen und Wahlkampf als Einheit gesehen werden. Deshalb müsse der Vorstand die gegebenen Beschlüsse auch hartnäckig verteidigen und durchsetzen. Sektens, so Harald Werner, erkennt man u.a. nicht daran, daß diese klein sind, sondern daran, daß sie klein bleiben wollen. In Hamburg sei es eben nicht nur darum gegangen, daß man keine andere Partei gewinnen konnte, man wollte sie auch nicht. Werner wies darauf hin, daß es auch — vorbei am Landesvorstand — in Niedersachsen Bestrebungen gibt, in der in Hamburg prakti-



Wie kann die Linke handlungsfähig werden gegen die Faschisierung der Gesellschaft? Bild: af/mz

VR China: Modernisierung auf Kosten der Armen?

Von Wal Buchenberg, z. Zt. Schanghai

Dem Kollaps des sowjetischen Kommunismus folgte nicht der vom Westen erwartete chinesische Zusammenbruch auf dem Fuß. Wurde die Kraft der Sowjetunion zwischen imperialem Anspruch und wirtschaftlicher Stagnation ausgezehrt, so stützt sich China weder auf Vasallenstaaten noch leidet es an ökonomischer Schwindsucht. Trotzdem wird dem chinesischen Kommunismus weiter der Zusammenbruch prophezeit. Statt an sowjetischer Fäulnis soll China an seiner Wirtschaftsdynamik zerbrechen, die einzelne Landesteile auseinandertriebe.

Auf dem letzten Parteitag hatte die chinesische KP noch einmal bekräftigt, daß „einzelne Leute und Gebiete vor den anderen wohlhabend werden sollen“. Können die vielen Armen den wenigen Reichen in den Wohlstand folgen oder entwickelt dieser Kurs die industrialisierten Küstenprovinzen auf Kosten der armen Bauern im Westen Chinas?

Milchkuh Landwirtschaft

Von 1989 bis 1991 stieg in China die landwirtschaftliche Produktion um 3,4 %, aber das Einkommen der Bauern nur um 0,7 % (1). In den Jahren 1990 und 1991 fielen die Preise für landwirtschaftliche Produkte um 5,5 %, dagegen stiegen die Preise für Industriegüter um 11,6 %. Es ist offensichtlich, daß damit von den Bauern, die Agrarprodukte verkaufen und Industriegüter einkaufen, landwirtschaftlicher Mehrwert abgeschöpft und in den industriellen Sektor übertragen wird.

Außer dieser indirekt wirkenden Preisschere zahlen die Bauern noch direkte Leistungen: erstens Steuern und zweitens regelmäßige Gemeindeabgaben für Schulen, Verwaltung etc. Beides zusammen soll laut Regierungserlaß 5 % ihres Nettoeinkommens nicht übersteigen, doch häufig scheint der Anteil doppelt so hoch zu liegen. Besonders ungeliebt sind aber zusätzliche Sonderabgaben, die nach Gutdünken der örtlichen Parteifunktionäre für besondere Gelegenheiten und Investitionsvorhaben fällig werden. Die aktuelle Belastungsgrenze der Bauern wird für die lokalen Beamten oft erst dann spürbar, wenn die erbosten Bauern die Gemeindeverwaltung stürmen und den Parteiherrn eine Tracht Prügel verabreichen.

Es gibt genügend Funktionäre, die „nicht daran interessiert sind, die Bauern über ihre Rechte aufzuklären, weil Bauern, die Bescheid wissen, „Schwierigkeiten machen“ und die „Beamten bei

der Erledigung ihrer Aufgaben behindern.“ (2)

Landwirtschaftlichen Mehrwert für die Entwicklung der Industrie abzuschöpfen war der Grund für die Vernichtung der wohlhabenden Bauern, der Kulaken, unter Stalin in der Sowjetunion. So brutal wurde in China nie vorgegangen. Aber auch dort wurde von Anfang an die Industrie mit Leistungsübertragungen aus der Landwirtschaft entwickelt. Früher lieferten die Volkskommunen ihre Überschüsse an den Staat ab, seitdem wieder die Bauernhaushalte die Rechnungsbasis der landwirtschaftlichen Produktion sind, werden die Einzelfamilien zur Ader gelassen. Das machte diese Mehrwertabschöpfung für die Bauern erst sichtbar. Wer wollte es ihnen verdenken, daß sie sich gegen zu große Auspressung zur Wehr setzen?

Westliche Touristen, die auf ihren Reisen durch chinesische Städte in Luxushotels leben, treffen zwar auf Bettler, aber nicht auf massenhafte Armut. Die Stadtbevölkerung stellt den größten Anteil der 250 Millionen ChinesInnen, die ohne tägliche Not und ohne existentielle Sorgen leben. Aber in den ländlichen Gebieten des Westens, meist trockene Berg- oder Wüstenregionen, leben 200 Millionen, rund 20 % der Gesamtbevölkerung, in Armut oder gar Not.

Zwischen diesen beiden breiten Polen, den 20 % ländlichen Armen und den 25 % Städtern in gesicherten Verhältnissen, lebt die Masse der dörflichen und kleinstädtischen Bevölkerung in normalen Zeiten ungefährdet, aber jede Naturkatastrophe und noch mehr jeder Mißgriff in der Wirtschaftspolitik bedroht sie mit Hunger und Elend: „Das Auf und Ab der chinesischen Landwirtschaft wird stärker von der wechselnden Regierungspolitik als vom wechselnden Wetter beeinflusst.“ (3)

Kontinent China

Der Gegensatz des agrarischen Westens zum industrialisierten Osten in China ist aus geographischen, klimatischen, historischen und politischen Gründen entstanden. Der gebirgige und trockene Westen ist nur dünn besiedelt, das gut bewässerte Flachland im Osten bringt viel höhere landwirtschaftliche Erträge, dort konzentriert sich die Bevölkerung und seit hundert Jahren auch die chinesische Industrie.

China ist mit rund 10 Millionen Quadratkilometern ebenso groß wie das geographische Europa vom Atlantik zum Ural, aber die Lebensunterschiede in China zwischen der Westprovinz Gansu

und der Küstenstadt Shanghai sind bei weitem nicht so gravierend wie z. B. die Diskrepanz zwischen Albanien und der BRD und erst recht nicht so groß wie die Kluft zwischen deutschen Sozialhilfeempfängern und den Nadelstreifenträgern von Daimler-Benz oder der Deutschen Bank.

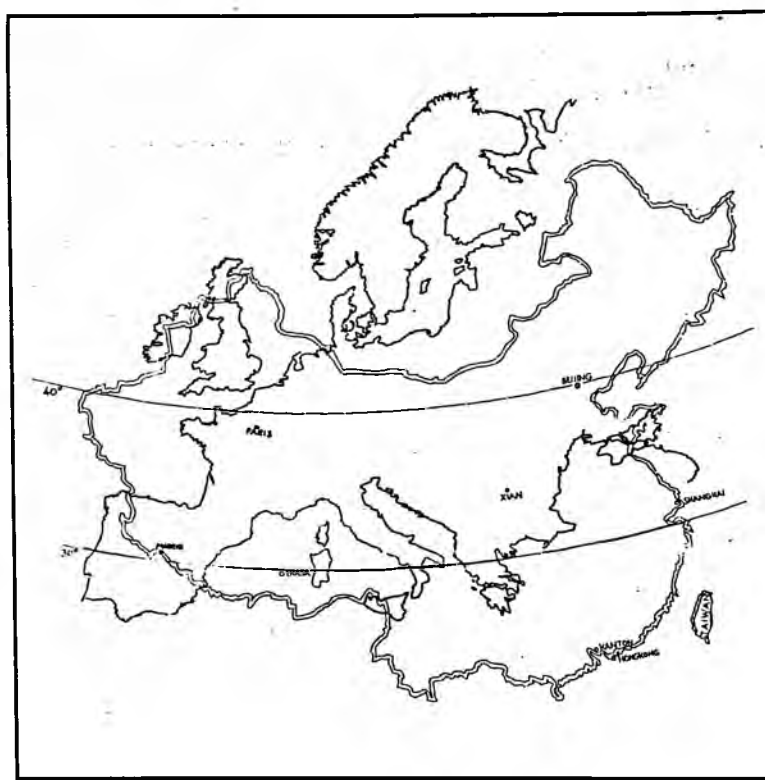
Ein Bauer in der rückständigen Westprovinz Gansu verfügte 1978 über durchschnittlich 100 Yuan für den privaten Konsum, 1990 besaß er 400 Yuan. Sein Berufskollege in der Nähe der Küstenstadt Shanghai hatte 1978 schon dreimal soviel Geld (290 Yuan) in der Tasche, das sich bis 1990 auf 1 660 Yuan vermehrte. Der Abstand zu den Bauern in Gansu ist größer geworden, aber das bäuerliche Einkommen ist landesweit und in allen Einkommensgruppen gestiegen, in den östlichen Regionen und den höheren Einkommensgruppen jedoch in schnellerem Tempo.

1980 lebten rund 10 Prozent der chinesischen Bauern unter dem chinesischen Existenzminimum von jährlich 100 Yuan, 1990 waren es noch 1 %. Gleichzeitig entstand eine neue Schicht wohlhabender Bauern, der Abstand der unteren Einkommensgruppen von den Spitzenverdienern weitete sich aus.

Sobald das nackte Überleben gesichert ist, wird Armut zu einem relativen Begriff. Die pure Not hat in China ohne Zweifel abgenommen. Aber gleichzeitig ist das Bewußtsein in der Bevölkerung vom Reichtum in anderen Regionen des Landes oder in andere Regionen der Welt gestiegen. So kommt es, daß heute in China mehr geklagt wird als früher, obwohl die Gründe zur Klage scheinbar abgenommen haben.

Ein regionaler Vergleich der Gebiete der nationalen Minderheiten mit dem nationalen Durchschnitt zeigt gleichfalls einen gemeinsamen, aber unterschiedlich schnellen Trend nach oben: Das Bruttosozialprodukt dieser chinesischen „Randzonen“ stieg von 1952 bis 1978 um 635 Prozent, von 1978 bis 1984 um 185 Prozent (insgesamt plus 820 Prozent). Der Landesdurchschnitt weist für den ersten Zeitraum ein Plus von 695 Prozent und für die letzte Zeit ein Plus von 191 Prozent auf, insgesamt eine Steigerung von 886 Prozent.

Das sind keine weltbewegenden Unterschiede. Wer daraus den baldigen Untergang des chinesischen Kommunismus ablesen will, ist entweder blind oder ein bezahlter Schwarzseher. Sogar innerhalb der alten BRD weisen die regionalen Wachstumsraten weit größere Diskrepanzen auf: So stieg z. B. das Sozialprodukt in Nordrhein-Westfalen von 1970 bis 1992 mit 47 Prozent nur halb so schnell wie in Hessen (99 Prozent) (4), ohne daß das den Bestand der BRD in



Gefahr gebracht hätte. Von China wird aber eine „gleichmäßige Entwicklung“ gefordert. Wer alle günstigen Faktoren einer rascheren und leichteren Wirtschaftsentwicklung, die nun mal im Osten Chinas konzentriert sind, ignoriert und China eine Strategie des „gleichmäßigen Wirtschaftswachstums“ aufschwätzen möchte, hat keinen Sinn für Ökonomie oder ist eben nicht an einer raschen Entwicklung interessiert.

Wirtschaftskraft und Souveränität

Es gibt im Westen auch eine Gruppe China-Schwärmer, die am liebsten das Modernisierungs-Rad anhalten und dem Land den angeblich so beschaulichen agrarischen Charakter erhalten wollen. Dagegen sprechen genügend innerchinesische Gründe, ich möchte noch ein globalpolitisches Argument anführen:

Im 19. Jahrhundert besaß England das industrielle Monopol und versuchte, die Länder der ganzen Welt zu Rohstoff- und Lebensmittellieferanten der „Werkstatt England“ zu degradieren. Sobald das britische Industriemonopol erschüttert war, brach die aufsteigende Großmacht Deutschland zwei weltweite und opfervolle „Verteilungskriege“ vom Zaun, um für sich jene Weltmachtstellung zu erkämpfen, die dann die USA von Großbritannien erbten. Heute bilden die Handvoll reicher industrialisierter Staaten, die USA, Japan und Europa, ein gemeinsames globales Machtkartell. Die übrige Welt muß, ob sie will oder nicht, deren Produkte, Preisgestaltung, Kreditbedingungen und politischen Diktate annehmen. Staaten, die wirtschaftlich schwach sind, haben keine volle Souveränität.

Die Sowjetunion hatte in ihrer Endphase versucht, gegen die wirtschaftliche Überlegenheit der westlichen Großmächte mit militärischer Macht gegenzusteuern. Das hat zu ihrem Zusammenbruch beigetragen. Gegen Preisdiktate und Zinswucher helfen keine Atombomben.

Die chinesische KP will das Land aus seiner marginalen Weltrolle herausführen, indem es sich im wesentlichen selbst ernähren kann, aber vor allem über eine eigenständige und moderne Industrie verfügt. Zur Zeit leben noch 75 % der chinesischen Bevölkerung im ländlichen Raum. Nur 24 Prozent der Ackerflächen werden mit Traktoren gepflügt, normal ist Ochsen- oder gar Menschenkraft. Um die Armut zu beseitigen und um das Land wirklich souverän zu machen, müssen weniger Bauern mehr Menschen ernähren können, muß die Arbeitskraft insgesamt produktiver werden.

Wenn dabei schlechter Ackerboden in China aufgegeben wird, der bisher mühselig bearbeitet worden war, wenn Millionen arme chinesische Bauern auf der Suche nach Arbeit und besserem Leben in ländliche und städtische Industrien strömen, ist das ebenso unvermeidlich wie positiv. Chinas chronische Krankheit ist seine Rückständigkeit. Nur über eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Gesundheits-Krisen kann eine fatale, tödliche Krise vermieden werden.

— (Wal Buchenberg, 13.9.93)

Quellen: (1) Sofern nicht anders vermerkt, stammen Zahlenangaben entweder aus den Statistischen Jahrbüchern der VR China oder aus China Daily, einer halbamtlichen chinesischen Tageszeitung.

(2) China Daily, 20.4.93

(3) China Daily, 27.3.93

(4) Die Zeit, Nr. 26, 1993

Termine

8./9.10. A.o. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Bonn über die Haltung der Partei zu Bundeswehreinsätzen im Ausland, inkl. „humanitäre Einsätze“

16.10. „Solidarität mit Cuba, Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!“ Demonstration in Bonn.

16./17.10. Herbstkonferenz der 13. BWK-Bundesdelegiertenkonferenz.

23.10. „Argumente gegen Rechts“: Erfahrungsaustausch von Bundesvorstand PDS, Bundestagsgruppe PDS/Linke Liste und PDS/LL-Landtagsfraktionen in Berlin, Karl-Liebknecht-Haus.

6.11. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

7.11. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

27./28.11. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln.

5.12. Kommunalwahl in Brandenburg

zierten Art und Weise im Wahlkampf vorzugehen. Programmatisch, so wandte Wolfgang Gehrke ein, wurde mit dem Hamburger Bündnis überdies ein Rückschritt auf fundamentalistisch-bögmatische Positionen erreicht. Michael Schumann machte auf eine Weichenstellung im weiteren Sinne aufmerksam: „Wo Politik durch Taktik ersetzt wird, werden wir apolitisch und können einpacken“. Hamburg lehrt nach Joachim Bischoffs Meinung auch, daß bei allen Wahlen konkret zu Politikfragen im Wahlgebiet Stellung genommen werden muß.

Teile der Kommunistischen Plattform der PDS hatten sich in den letzten Wochen eindeutig und öffentlich — z. B. mit ND-Anzeigen — für den Hamburger Kurs und gegen den Bundesvorstand positioniert. Er habe den Eindruck, so Gregor Gysi darauf eingehend, einige Genossen und Genossen in der Plattform fühlten sich einer anderen Partei näher als der, der sie selbst angehören. „Das macht mir Sorgen“ Er halte es, so Gysi weiter, für „gefährlich und blödsinnig“, jetzt die Frage in den Vordergrund zu rücken, wie sich die PDS zu Kommunisten außerhalb der PDS verhalten. Gysi registrierte eine Unfähigkeit, sich in der gesamten Partei wirklich auf den Einzug ins Europaparlament und in den Bundestag zu konzentrieren. „Die Kommunistische Platt-

form kämpft doch augenscheinlich nicht um eigene Listenplätze, sondern um solche für andere“, führte er aus. Es sei zu spüren, daß Teile der KPF und einige westliche Landesverbände anders wollen, als dies der Parteitag beschlossen hat. So ziehe man in der Konsequenz die Partei auch in Auseinandersetzungen interner Art, die von solchen mit Regierungskoalition, Rechten etc. abhalten. Es habe ein „Hauen und Stechen um Listenplätze begonnen, ohne daß Wahlausagen getroffen“ seien, noch kein einziger Landesparteitag zur Kandidatennominierung sei einberufen, aber schon machen manche „Prinzipienlosigkeit daran fest, ob dieser oder jener auf unsere Listen kommt oder nicht“. Auch Karin Dörre sprach von mittlerweile unentraglichen Angriffen aus Teilen der Plattform auf die Beschlüsse des jüngsten PDS-Parteitages.

Sahra Wagenknecht bemerkte, verbal sei zwar durch den Vorstand immer wieder erklärt worden, auch DKP-Mitglieder könnten auf offene PDS-Listen kommen, in der Praxis sei oft aber ein anderer Kurs gefahren worden. Sie wies Vorwürfe, durch KPF-Mitglieder werde der Parteitag-Wahlbeschuß ausgehebelt, zurück. Das täten andere, meinte sie, und verwies auf die in PID 36/93 veröffentlichte Erklärung von André Brie. Ihr hielt Diemar Barsch entgegen, daß doch kein Wähler es nachvollziehen

könne, wenn die DKP bei Europawahlen gegen die PDS antritt, Wochen später aber Mitglieder dieser Partei auf offenen Listen der PDS antreten. „Wenn das ‚Wer-mit-Wem‘ anstelle der Politik dominiert, werden uns die Leute davonlaufen, weil sie nicht gewillt sind, solcherart Hickhack mitzumachen“, äußerte Wolfgang Gehrke. Im Kern, warf Harald Werner ein, gehe es der Führung der DKP doch nicht um die Frage der Kandidatur von Mitgliedern dieser Partei auf den PDS-Listen, sondern um Verhandlungen, wer diese sein sollen. Das, so machten mehrere Vorstandsmitglieder deutlich, stehe im klaren Widerspruch zum PDS-Parteitagbeschuß, wonach Persönlichkeiten auf den Listen kandidieren können, die sich den Wahlzielen der PDS anschließen, nicht aber solche, die von Vorständen anderer Parteien und Organisationen „delegiert“ und damit in ihrem Wirken den Beschlüssen dieser Gremien verpflichtet sind. Denn, so Gregor Gysi, daß eine so zustandgekommene Fraktion praktisch effektiv und wirksam arbeiten könne, sei schlechterdings unvorstellbar.

Kann sich der Bundesvorstand überhaupt — wie im Falle Hamburg — „einschleichen“? Auch darüber wurde gesprochen. „Wozu brauchen wir einen Bundesvorstand, wenn er sich öffentlich zu solchen Fragen nicht äußern kann“, meinte Wolfgang Gehrke lakonisch.

„Warum aber ist der Einfluß des Parteivorstandes so gering, daß ein eindeutiger Hinweis im Landesverband Hamburg nicht akzeptiert wird“, fragte Lothar Bisky. „Offenbar hat das doch etwas mit Verdachtsmomenten zu tun, dieser Bundesvorstand betreibe intern eine andere Politik, als er öffentlich vorgibt“. Es sei folglich unabdingbar, daß alle Vorstandsmitglieder aktiv daran mitwirken, in den Ländern, vor Ort in der Partei die auf dem Parteitag mit großer Mehrheit und sehr bewußt beschlossene Linie zu den Wahlen zu erläutern. André Brie, Heidi Knake-Werner und andere stellten fest, daß die Vorgehensweise des Bundesvorstandes, im Interesse einer Deeskalation auf eine öffentliche Auseinandersetzung mit den Hamburgern zu verzichten, ein augenscheinlicher Fehler war, auch deshalb, weil verbunden mit einer Nicht-Information der Mitgliedschaft. Deshalb, so Joachim Bischoff, sei es unabdingbar, daß von dieser Tagung des Bundesvorstandes auch deutliche Signale an alle Landesverbände der Partei ausgehen. Auch Michael Schumann und Andrea Lederer mahnten praktische Schritte zur weiteren Umsetzung des Parteitagswahlbeschlusses an. Eingeleitet wurden konkrete Festlegungen, welche Vorstandsmitglieder wo in Landes- und Kreisverbänden sowie in Basisorganisationen auftreten.

Die Theorie Adornos wäre grob als eine radikale Vernunftkritik zu bezeichnen; als kritische Theorie richtet sich sein Denken gegen die These einer wertfreien Soziologie und aktualisiert einen historisch dialektischen Materialismus, indem die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie um Analysen zur Kultur ergänzt wird. Der Rückgriff auf eine berühmte Formulierung Hegels soll deutlich machen, worin die kritische Theorie Adornos besteht: „Das Wahre ist das Ganze. Das Ganze aber ist nur das durch seine Entwicklung sich vollendende Wesen.“¹ sagte Hegel und meinte damit den sich in seiner Geschichte verwirklichenden Menschen. Als treibende Kraft der Vernunft: sie soll sich als Weltgeist ausbilden. Schon Marx hatte Hegel materialistisch gewendet: statt von der Vernunftwerdung des Geistes sprach er von fortschreitender Produktivkraftentwicklung. Die Vernunft galt ihm und Engels bloß als „idealisiertes Reich der Bourgeoisie.“² Doch zu Unrecht reduzierten Marx und Engels Vernunft zur bloßen Ideologie; allein erkannten sie nicht ihre Bewußtseinsdimension, da sie in der Erkenntnistheorie „wie im sprichwörtlichen Porzellanladen wüteten“.³ Vernunft bedarf es aber schon, um die Ideologie der Vernunft zu erkennen. Es braucht Vernunft, um überhaupt kritisieren zu können, in welchem Ausmaß Vernunft in ihr Gegenteil umschlägt: geschichtlicher Fortschritt, der im Namen der Vernunft Krieg und Massenvernichtung billigt, kann nur selbst im Namen der Vernunft infrage gestellt werden. Adorno erkannte diese Widersprüchlichkeit der Vernunft und benannte sie im Titel des mit Horkheimer zusammen geschriebenen Buches „Dialektik der Aufklärung“. In Anlehnung an das obige Hegelzitat schrieb Adorno: „Das Ganze ist das Unwahre.“⁴ Diesem Ganzen ist sich zu stellen, weil jeder Mensch, auch der Wissenschaftler, immer schon Teil des gesellschaftlichen Ganzen ist. Deshalb kann auch die Wissenschaft nie wertfrei sein, wie Max Weber behauptete: denn selbst da, wo sie darauf beharrt, nicht Partei zu ergreifen, ergreift sie Partei für die Billigung der Zustände, indem sie von ihnen absieht. Zweifelloso ist das Ganze nicht unmittelbar zu erkennen, zumal wenn es durch die Lüge verschleiert ist. Adorno versuchte deshalb, das gesellschaftliche Ganze in „Modellen“ zu durchschauen. Dafür ist eine Vernunft benötigt, die die Menschen aufklärt über die herrschende instrumentelle Vernunft, die nur das als rational ansieht, was sich nach der ökonomischen Tauschlogik verwerthen läßt.

Es verwundert, daß eine derart radikale Theorie heute, 26 Jahre nach Adornos Tod, im Wissenschaftsbetrieb soviel Resonanz findet: ausgerechnet bei denen, die Adorno kritisierte und denen er vorwarf, sie würden mit ihrem Denken nur die herrschende Logik reproduzieren. Zu Lebzeiten waren es der Positivismus (Karl

Popper u.a.) und die Ontologie (Martin Heidegger, aber auch Karl Jaspers u.a.), von denen Adorno sich abgrenzte: der Positivismus übt sich als bloße Tatsachenerkenntnis, ist Faktenwissen von der Erscheinung der Dinge, deren Wesen nicht erkennbar sei. Die Existentialontologie hingegen will noch vor Erscheinung und Wesen, dem Seienden, ein unmittelbares Sein ausmachen. Beide Theorien übergehen die soziale Wirklichkeit: sie teilen „Erscheinung“ und „Wesen“ einzelwissenschaftlich unter sich auf, „während Dialektik den Unterschied von Wesen und Erscheinung nicht sich ausreden läßt... Entscheidende Strukturen des sozialen Prozesses wie die der Ungleichheit können... ohne Eingriff der Theorie nicht offenbar werden... Das verborgene Wesen ist das Unwesen“ und steht im Widerspruch zur Erscheinung der Dinge.⁵ Heute versteckt sich der Positivismus hinter einem Pluralismus der Meinungen, und die Ontologie legte den Grund für einen Irrationalismus. Erstere werfen Adorno vor, seine Kritik an der instrumentellen Vernunft sei zu einseitig und würde eine ästhetische oder kommunikative Vernunft übersehen. Die Irrationalisten hingegen klagen ein, daß das Grundübel der Welt die Vernunft überhaupt ist, nicht nur ihre instrumentalisierte Form. Der kritischen Rückfrage, daß doch auch die scheinbar befreienden Momente von Ästhetik, Kommunikation oder irrationalen Gefühlen nicht außerhalb des gesellschaftlichen Ganzen stehen können und von diesem ebenso bedingt sind, wird zumeist mit der kapitulierenden Antwort begegnet, daß das Ganze sowieso viel zu komplex sei, um es zu durchschauen. Einig ist man sich, daß Adornos umfassende Kritik an modernen totalitären Gesellschaftsformen falsch sei: in den westlichen Demokratien könne man auf ein plurales System der Meinungsbildung zurückgreifen, mit dem selbst ökonomische Probleme lösbar wären.⁶ Allein schon diese Vorwürfe gegen Adorno machen deutlich, daß heute kein wirkliches Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung mit Gesellschaft mehr bestehen kann. Nachdem der gesellschaftskritische Stachel aus der Theorie Adornos entfernt wurde, sind es ausgerechnet die einstigen „Kritiker“ Adornos, die sich nun als Erben seines Denken aufspielen. Als Pluralismus und Streitkultur wird dann gefeiert, daß die kritische Theorie Adornos mit Heidegger, dem Positivismus oder der Postmoderne gleichgeschaltet sind. Treffend könnte ein Buchtitel variert werden: Die offene Gesellschaft ehrt ihre Feinde.⁷

Adorno schreibt 1966 in weiser Voraussicht: „Dem Markt entgeht keine Theorie mehr: eine jede wird als mögliche unter den konkurrierenden Meinungen ausgebaut, alle zur Wahl gestellt, alle geschluckt. So wenig indessen der Gedanke dagegen sich Scheuklappen umbinden kann; so gewiß die selbstgerech-

te Überzeugung, die eigene Theorie sei jenem Schicksal entzogen.“⁸ Daß auch Adornos Theorie dieses Schicksal ereilte, zeigt sich heute, wo nicht einmal mehr um das Erbe der Philosophie Adornos gestritten wird: alle dürfen sich aus dem reichen Zitateschatz der Schriften Adornos bedienen.

Besonders in der gegenwärtigen Ethik- und Ästhetikdebatte wird gerne auf Adorno zurückgegriffen; dieses Interesse begründet sich scheinbar damit, daß Adorno Ästhetik und Philosophie aufeinander verwiesen sieht. „Jedes Kunstwerk bedarf, um ganz erfahren werden zu können, des Gedankens und damit der Philosophie.“⁹ Adorno begründete diese Verzahnung von Philosophie und Ästhetik damit, „daß der akademische Betrieb sie zur Branche degradierte.“¹⁰ Nur so ist die fachwissenschaftliche Arbeitsteilung aufzuheben; Kunst ist von öko-

nomischen Prinzipien ebenso durchflochten wie die Rezeption der Kunst durch Philosophie; nur aus diesem gesellschaftlichen Bezug ist Kunst ästhetisch überhaupt zu verstehen. Da jedes Kunstwerk, selbst noch das schlechteste, Ausdruck der Gesellschaft ist, ist Kulturkritik immer schon Gesellschaftskritik. Philosophie und Ästhetik sind heute immer noch „Branchen“; im Bezug auf Adorno soll das bloß kaschiert werden. Die Verbindung von Philosophie und Ästhetik, wie sie heute modern ist, schützt vor der Gesellschaftskritik und betreibt eine Ästhetisierung des Denkens wie des Denkenden: Theorie ist auf eine philosophierende Esoterik reduziert, Praxis soll bloß noch Kunst sein. Das neueste Schlagwort ist hier eine „Ästhetik der Existenz“: gegen die krude, harte Wirklichkeit soll ein Leben frei der gesellschaftlichen Widersprüche designt werden.

Auch wenn Adorno für diesen reaktionären Individualismus immer wieder bemüht wird, hat das alles doch mit seinem Denken wenig zu tun. Es ist eine Form der Selbstinszenierung vereinsamer und entfremdeter Menschen, die auch vor Professoren nicht halt macht.

Es handelt sich insgesamt nicht um eine nur auf Adorno zielende „Strategie der Entschärfung“, sondern es ist eine allgemeine gesellschaftliche Tendenz, die offensichtlich am Werk Adornos bloß ein Exempel statuiert und noch weit über die Sozialwissenschaften und Philosophie hinausgeht. Zu benennen wäre es als ein Relativismus von Meinungen, der sich gegen die Erkenntnis objektiver Wahrheit richtet, wie Adorno sie verteidigte. In der Philosophie wird dieser Relativismus von den Postmodernen gefeiert: sie sehen darin ein Gegenmittel zur Informationsgesellschaft, blind dafür, daß diese für die Konjunktur des Meinens verantwortlich ist; für die Theorie der Moderne ist das Meinen pluralistisch und kommunikativ begründet: in verdauten Stückchen wird die Welt dem Konsumenten plausibel gemacht, gleich ob es sich um Autos, Theorien, mordende Nazis oder Gesetzesbeschlüsse handelt. „Weil, der lieben Wahrheit zu Ehren, alle Wahrheiten doch bloß Meinungen seien, weicht die Idee von Wahrheit der Meinung. Die Gesellschaft wird von der Theorie nicht länger kritisch analysiert, sondern bestätigt als das, wozu sie real zunehmend wird, ein Chaos ungelenkter, zufälliger Ideen und Kräfte, deren Blindheit das Ganze dem Ursprung zutreibt.“¹¹

Der Relativismus der Wissenschaften hat scheinbar nur ein Gesetz zum Schutze des akademischen Meinungsstreits: von allem darf die Rede sein, nur nicht von der Gesellschaft. Dieses fällt schon auf in den Oberbegriffen „Moderne“ und „Postmoderne“, mit denen die Wissenschaft die Welt unter sich aufteilt: keine Spur vom Kapitalismus, der diese Gesellschaft so durchdringt, daß gar kein Oberbegriff mehr gefunden werden kann.¹²

Somit entlarven sich zitierte Termini aus der Theorie Adornos selbst, mit denen man sich als Kenner seines Denkens zeigen möchte: die Rede von „Mimesis“, „Rätselcharakter“ und „Authentizität“ — Begriffe aus der ästhetischen Theorie Adornos — klingt inhaltsleer.

Es geht mithin nicht um die Wiederbelebung eines „echten“ Adorno, sondern um die Gesellschaft, die einer wirklichen kritischen Theorie bedarf. Und das heißt: Fortführung und Weiterentwicklung der Theorie; ihr Maßstab ist der gegenwärtige Stand der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte. Adorno selbst müßte, wie er Hegel, in „minutiöser Versenkung und... freier Distanz“ gelesen werden.¹³

Nur die immanente Kritik Adornos bringt ans Licht, daß seine Analyse der Gesellschaft verschärft werden muß, will sie überhaupt noch weiterhin Kritik

sein. Der verschärfte Zustand der Gesellschaft selbst erzwingt dieses, die Stichworte wären die neue Armut, Rassismus, Kriegsbereitschaft der Herrschenden und massive Einschnitte in die Rechte der Arbeiterklasse, alles mit mutmaßlicher Billigung der Beherrschten. Immanente Kritik Adornos heißt auch, die nicht greifende Kritik seiner „Erben“ zu reflektieren; im negativen Sinne ist selbst von ihnen zu lernen. Keineswegs darf die Theorie Adornos von ihrem Gestalt, dem Ganzen der Gesellschaft, abgeschnitten werden.

Der am 6. August 1969 gestorbene Adorno wäre am 11. September Neunzig geworden. Im Juli dieses Jahres starb Gretel Adorno, die viel zum Werk ihres Mannes beigetragen hatte und an der Edition seiner Schriften mitwirkte. — (rob)

Die offene Gesellschaft ehrt ihre Feinde

Theodor Adorno wäre 1993 90 Jahre alt geworden



Adorno in den vierziger Jahren in seiner Wohnung in West Los Angeles

- 1 Hegel, Phänomenologie des Geistes, Werke 3, Ffm 1970, S. 24
- 2 Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 190
- 3 Adorno, Negative Dialektik, Ffm 1982, S. 206
- 4 Adorno, Minima Moralia, Ffm 1985, S. 57
- 5 Adorno, Einleitung, in: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Darmstadt/Neuwied 1972, S. 18f.
- 6 Dieses wird maßgeblich von Jürgen Habermas vertreten, der selbst von vielen Linken als ein „kritischer Theoretiker“ mißverstanden wird, nur weil er sich selbst so bezeichnet. Zwar sind seine politischen Beiträge oft von einem kritischen Ansatz durchzogen, doch zeigt seine „Theorie des kommunikativen Handelns“ nicht die Züge einer kritischen Theorie im Sinne Marxs oder Adornos. (Vgl. hierzu die Beiträge in G. Bolte (Hrsg.), Unkritische Theorie. Gegen Habermas, Lüneburg 1989) In seiner Kontroverse mit der postmodernen Philosophie ist man sich aber dennoch darüber einig, daß die heutige Welt, die beste ist und ökonomische Ausbeutungsverhältnisse nebeneinander existieren.
- 7 Poppers Buch „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ wirft, vor allem im zweiten Band, Hegel und Marx vor, sie seien falsche Propheten und totalitäre Denker gewesen und stünden einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft entgegen. Popper bemühte sich offenbar so redlich um die Demokratie, daß die englische Aristokratie, die Königin höchst persönlich, ihn zu adeln für richtig hielt.
- 8 Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S. 16
- 9 Adorno, Ästhetische Theorie, Ffm 1973, S. 392
- 10 ebd., S. 392
- 11 Adorno, Meinung Wahn Gesellschaft, Schriften 10.2, Ffm 1977, S. 585
- 12 An dieser Stelle möchte ich den Leser zu einem einfachen Experiment ermuntern: allein ein Vergleich der Inhaltsverzeichnisse von Büchern aus den 70er, 80er und 90er Jahren, zeigt zum Teil bei denselben Autoren, wie die Begriffe „Klassengesellschaft“, „Ausbeutung“, „Kapitalismus“, „Entfremdung“, „Ideologie“ ersetzt wurden durch „plurale Gesellschaft“, „Partizipation“, „Sozialstaat“ etc. In der Literatur der Postmoderne findet man zur Problembeschreibung Begriffe wie „der Fremde“ (statt: Rassismus) oder „Widerstreit“ (statt: dialektischer Widerspruch).
- 13 Adorno, Drei Studien zu Hegel, Ffm 1974, S. 88

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65.- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39.- DM im Jahr)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank)

Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 1207 22, 68163 Mannheim), Jörg Deljen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 10829 Berlin).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73, Konto: Postgriam Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39.- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65.- DM (Förderabo 78.- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volkfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volkfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 50674 Köln, Zulpicher Straße 7

Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg

Tel. 040/220 42 78, Fax: 040/229 74 19

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 10829 Berlin

Tel. 030/781 52 22

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover

Tel. 05 11/352 08 16

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln

Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 60043 Frankfurt

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 37

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München

Tel. 089/5 02 65 41, Fax: 089/5 02 81 12

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Tel. 03 42 04/20 93